

Das Parlament

Berlin, Montag 09. April 2018

www.das-parlament.de

68. Jahrgang | Nr. 15-16 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Überraschende Äußerungen

Mohammed bin Salman Seine Sätze waren eine Sensation: Der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman erkannte gegen die bisherige Politik der arabischen Welt und seines Staates kurzerhand die Existenz Israels an: „Ich glaube, dass alle Menschen das Recht haben, friedlich in einem Staat zu leben“, sagte er dem US-Magazin „The Atlantic“. Und: „Ich glaube, dass Palästinenser und Israelis das Recht auf ihr eigenes Land haben.“ Beobachter interpretieren die Äußerungen des 32-Jährigen so, dass der Konflikt mit dem verhassten Iran alles in den Schatten stellen soll – im Einklang mit der Politik von US-Präsident Trump. Die Blockade des iranfreundlichen Katar und der brutale Krieg gegen die von Teheran gestützten Huthi-Rebellen im Jemen sind Teil der saudischen Politik. Der Kronprinz gibt sich auch als Modernisierer der erzkonservativen Monarchie. Ob es wirklich zu tiefgreifenden Veränderungen kommt und die Jugend die eingeforderten Jobs bekommt, gilt aber als völlig offen. *kru*



ZAHL DER WOCHE

8,4 Milliarden

Euro investierten deutsche Banken zwischen 2014 und 2017 in Firmen, die nukleare Waffen herstellen. Das ergab eine Studie der mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichneten Vereinigung „Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen“ (Ican). Größter Financier ist demnach die Deutsche Bank mit 5,3 Milliarden Euro.

ZITAT DER WOCHE

»Das ist die schlimmste humanitäre Krise.«

António Guterres, UN-Generalsekretär, bei der Geberkonferenz für das Bürgerkriegsland Jemen vergangene Woche. Die UN haben Zusagen über zwei Milliarden Dollar für Hilfgelder erhalten.

IN DIESER WOCHE

- THEMA**
Interview Der CDU-Außenpolitiker Thorsten Frei im Gespräch **Seite 2**
- Historie** Der Wiener Kongress 1815 und die Ordnung von Versailles 1919 **Seite 4**
- Missionen** Eine Bilanz der UNO-Einsätze nach sieben Jahrzehnten **Seite 8**
- Gespräch** Die Friedensforscherin Nicole Deitelhoff zu den Krisen der Welt **Seite 9**
- Kalter Krieg** Die neuen Unsicherheiten um Putins Russland **Seite 10**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Westfalen ist überall

FRIEDENSORDNUNG Die Konflikte im Nahen Osten zeigen Ähnlichkeiten zum Dreißigjährigen Krieg

Es gibt eine Reihe von Ähnlichkeiten zwischen dem Dreißigjährigen Krieg in Mitteleuropa und den Kriegen im Nahen Osten, nicht nur dem in Syrien, sondern auch denen im Jemen und in Libyen: Auf den ersten Blick sind das die große Anzahl der bewaffneten Gruppierungen, die in wechselnden Koalitionen für- und dann auch wieder gegeneinander kämpfen. Das macht das Kriegsgeschehen ausgesprochen unübersichtlich. Es ist weiterhin das Hereinströmen von außerhalb der Kriegsgebiete beheimateter Kämpfer, die gemeinsam mit dem permanenten Zustrom von Geld und Waffen dafür sorgen, dass der Krieg nicht „ausbrennt“. Der Krieg wird also von außen permanent angefüllt.

Und dann ist da noch der Umstand, dass es relativ selten zu größeren Schlachten kommt, in denen die Parteien die Entscheidung suchen, sondern dass der Konflikt in Form eines Belagerungskrieges ausgetragen wird, bei dem eine Seite ihre Stellungen in größeren Städten bezieht und dabei die Zivilbevölkerung als Rückhalt und Schutzschild benutzt, während die andere Seite diese Städte einschließt, sie von der Versorgung abschneidet und Hunger und Krankheit als Waffe einsetzt. Alle drei Elemente – die Unübersichtlichkeit der Fronten, die offene Kriegsökonomie und die Untrennbarkeit von Kombattanten und Nichtkombattanten – lassen sich auch im Dreißigjährigen Krieg beobachten.

Das sind freilich nur Ähnlichkeiten auf den ersten Blick. Sie spielen im Hinblick auf die Beendigung des Krieges in Syrien eine Rolle, aber vermutlich nur eine nachgeordnete, weil sie mehr die Austragung des Krieges als dessen Ursachen betreffen. Sie sind zurzeit vor allem ein Problem der von außen intervenierenden Mächte: Wer ist, so eine der für sie relevanten Fragen, ein starker und zuverlässiger Bündnispartner, den es sich zu unterstützen lohnt? Was kann man sich von ihm in Zukunft bei der Neuordnung des Raumes versprechen? Und wie viel eigene Ressourcen – und Glaubwürdigkeit – will man für dieses machtpolitische Ziel einsetzen? Das sind Fragen, die sich nach 1618 auch für die spanische und holländische Politik stellten, später ebenso für Christian von Dänemark und Gustav Adolf von Schweden, vor allem aber für Kardinal Richelieu, der nicht auf katholischer Seite, sondern zur Unterstützung der anti-habsburgischen Mächte in den Krieg eingriff.

Negatives Ziel Diese Fragen stellen sich jetzt ebenso für Russland wie die USA und letzten Endes auch für die Europäer. Die Russen sind dabei durch die Koalition mit dem Assad-Regime im Vorteil, während „der Westen“ mit der Zerschlagung des sogenannten Islamischen Staates nur ein negatives Ziel hatte. Eine zeitweilig für den Kriegsverlauf überaus relevante Partei sollte ausgeschaltet werden. Diese Beschränkung auf Negative hat sich inzwischen als strategisches Manko erwiesen, weil sie de facto auf die Stärkung des Assad-Regimes hinausgelaufen ist. Die Thematisierung dieses Krieges als „humanitäre Katastrophe“, wie sie in Deutschland zumal verbreitet ist, verdeckt augenblicklich noch, dass das westliche Agieren in Syrien auf ein strategisches Desaster hinausläuft.

Das ist eine weitere, dem ersten Blick nicht so leicht zugängliche Analogie zwischen dem Dreißigjährigen Krieg und den Kriegen im Nahen Osten: dass beide immer auch Konflikte zwischen Wertbindungen und geostrategischen Interessen sind bzw. waren und es dabei unmöglich ist, beide Perspektiven in ein und derselben Rechnung unterzubringen. Im Dreißigjährigen Krieg mussten sich die Interventionsmächte entscheiden, ob für sie die Trennlinie Katholizismus/Protestantismus ausschlag-



Peter Paul Rubens (1577-1640) vermittelte im Dreißigjährigen Krieg zwischen der spanischen und der englischen Krone. Während dieser Bemühungen entstand seine Friedensvision „Minerva schützt Pax vor Mars“ (1629/1630). Die barbusige Ceres repräsentiert den Frieden, während die behelmte Minerva den Kriegsgott vertritt. © picture-alliance/akg-images

gebend war und sie aus Solidarität mit ihren Glaubensbrüdern in den Krieg eingriffen oder ob ihre langfristigen machtpolitischen Interessen für sie wichtiger waren. Auch im Falle Syriens geht es um die Frage, ob man nach den Vorgaben einer demokratisch-rechtsstaatlichen Ausrichtung nach Verbündeten Ausschau hält oder nach denen der Einflussnahme auf die geostrategischen Konstellationen des Raumes. Im Westfälischen Frieden haben sich zuletzt die geopolitischen Interessen durchgesetzt, während die Wertbindungen in einem Remis stillgestellt wurden. Im Augenblick spricht vieles dafür, dass das in Syrien bzw. im Nahen Osten nicht anders sein wird.

Das westliche Agieren in Syrien läuft auf ein strategisches Desaster hinaus.

Es gibt indes noch eine strukturelle Analogie zwischen dem Dreißigjährigen Krieg und den Kriegen im Nahen Osten, und die dürfte im Hinblick auf eine angestrebte Kriegsbeendigung ausschlaggebend sein. Es ist dies die Überlagerung von vier Kriegstypen, deren Gleichzeitigkeit dem Krieg in beiden Fällen Intensität wie lange Dauer verleihen: der Dreißigjährige Krieg begann als Verfassungskonflikt zwischen den böhmischen Ständen, die Ihre politischen Mitspracherechte verteidigten, und dem an einer straffen Herrschaftsausübung interessierten König Ferdinand. Dieser Streit gipfelte im Prager Fenstersturz. Der Krieg in Syrien begann mit dem, was man hier mit einiger Naivität „arabischen Frühling“ ge-

nannt hat: dem Konflikt um die Frage, ob die politische Macht bei einer Familie und ihrem Anhang oder aber bei den relevanten Akteuren der Gesellschaft liegen sollte. Der Konfliktverlauf in Syrien kann in Analogie zu dem in Böhmen zwischen 1618 und 1620 gesehen werden. Der Konflikt um die Machtlagerung wurde in Böhmen freilich von Anfang an von religiös-konfessionellen Konfliktlinien überlagert, die seit der Reformation entstanden waren und zu politischen Lagerbildung geführt hatten. Die konfessionellen Lager waren der Transmissionsriemen, mit dem der böhmische Bürgerkrieg in einen gesamt europäischen Konfessionskrieg verwandelt wurde. Ganz ähnlich ist das in Syrien, wo die Trennlinie zwischen Sunniten und Schiiten den innergesellschaftlichen Krieg befeuerte und zugleich die internationalen Bündniskonstellationen strukturierte. In beiden Fällen kommt zum Verfassungs- und Konfessionskrieg – drittens – noch der Staatenkrieg hinzu, in dem einzelne Parteien die Gelegenheit nutzen, um Grenzen zu verschieben, die ihnen schon lange ein Dorn im Auge sind. So gelangte die Oberpfalz im Dreißigjährigen Krieg zu Bayern, die beiden Lausitzen zu Sachsen, Pommern zu Schweden und Lothringen zu Frankreich. Wie das im Nahen Osten ausgehen wird, muss man abwarten.

Schließlich war der Dreißigjährige Krieg

auch noch ein Hegemonialkrieg, in dem ausgekämpft wurde, wer in Europa wie viel zu sagen hatte. Schweden und Frankreich waren die Gewinner, Spanien und das Wiener Kaiserhaus die Verlierer dieses vierten Kriegstyps. Im Nahen Osten stehen hier der Iran und Saudi-Arabien, die Türkei und Ägypten als Anwärter im Konflikt. Der Rückzug der USA aus ihrer Position als dominierende Macht im Nahen Osten, der Ausfall des Irak als Machtfaktor, die zeitweilige Paralyse Ägyptens – all das hat dazu geführt, dass die Frage nach der Machtlagerung in diesem Raum neu beantwortet werden musste. Syrien bot sich dazu an, diesen Konflikt auf seinem Territorium auszutragen. Im Dreißigjährigen Krieg war Deutschland dieses unglückselige Los zuteil geworden.

Im Westfälischen Frieden haben sich zuletzt die geopolitischen Interessen durchgesetzt.

Kein ewiger Frieden Was heißt das alles für einen möglichen Frieden? Der Erfolg der Friedensverhandlungen in Münster und Osnabrück beruhte darauf, dass diese vier Konfliktebenen systematisch voneinander separiert wurden und man darauf achtete, dass die je gefundenen Kompromisse sich nicht wechselseitig blockierten. Das war eine diplomatische Meisterleistung, für die vor allem Graf Trautmannsdorff verantwortlich zeichnete. Immerhin – die Verhandlungen zogen sich über vier Jahre hin und standen mehrfach am Rande des Scheiterns. Und auch nach dem Friedensschluss von 1648 bezweifelten viele, dass dieser Frieden halten werde. Er hat gehalten – nicht als ewiger Friede, aber doch als systematische Trennung von Bürger- und Staatenkrieg und als zukünftige Vermeidung von Konfessionskriegen. Mehr sollte man auch für Syrien und den Nahen Osten nicht erwarten. Es würde die Konfliktlinien übersichtlicher und Kompromissfindung leichter machen. Und das wiederum ist die Voraussetzung dafür, Kriege zu vermeiden. *Herfried Münkler*

Der Autor ist Politikwissenschaftler. Zuletzt erschien von ihm: »Der Dreißigjährige Krieg: Europäische Katastrophe, deutsches Trauma 1618-1648« (Rowohlt).

weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Der Autor ist Politikwissenschaftler. Zuletzt erschien von ihm: »Der Dreißigjährige Krieg: Europäische Katastrophe, deutsches Trauma 1618-1648« (Rowohlt).



EDITORIAL

Kampf für den Frieden

VON JÖRG BIALLAS

„Oma, erzähl“ doch mal vom Krieg.“ Die Generation derer, die heute selbst das Großelternalter erreicht haben, wird sich an solche Aufforderungen an die Altvordern erinnern. Nicht immer folgten darauf kindgerechte Berichte von den Grauen des Krieges, von Front und Flucht, Elend und Entbehrung. Oft flossen auch Tränen des Schmerzes und der Scham. Und manchmal war die Erinnerung so unerträglich, dass der Gedanke an das Erlebte noch Jahrzehnte später einzig stummstes Entsetzen auslöste. Und doch waren diese Momente zwischen Enkeln und Großeltern wichtig. Für beide Seiten. Den Erzählenden half es, Traumata zu verarbeiten, bestenfalls die Dinge im Lichte historischer Reflexion neu einzuordnen. Nicht selten wurde im Rahmen dieser sehr persönlichen Gesprächsstunden aber auch das eigene Verhalten durch kindliche Nachfragen zum Gegenstand massiver Kritik. Und gewiss wurde mancher auch mit selbst begangenen Unrecht konfrontiert, woraus jedoch längst nicht immer die richtigen Schlüsse gezogen wurden.

Für die nachwachsende Generation waren solche Berichte von unschätzbarem Wert. Krieg wurde vorstellbar, weil die Protagonisten im Wohnzimmer-Lehnhuhl unmittelbar vor einem saßen. Frieden wurde wichtig, weil die Erkenntnis, dass das auf keinen Fall wieder geschehen darf, sich hundertenmal in der Frage entlud: „Kann das heute auch passieren?“ Wer ehrlich ist, muss zugeben: Es war schon einmal leichter, diese Frage mit einem entschiedenen Nein zu beantworten. Die Kriege, die bewaffneten Konflikte in vielen Teilen der Welt machen Angst. Längst exportiert der internationale Terrorismus Mord und Totschlag mit unvorstellbarer Brutalität. Auch wenn die militärischen und polizeilichen Sicherungssysteme der westlichen Welt weit verlässlicher als gelegentlich unterstellt funktionieren, wächst die Gewissheit: Frieden ist kein Gut, das sich von allein ergibt. Und Frieden ist schon gar nicht selbstverständlich. Die Massen der Flüchtlinge, die weiterhin nach Europa drängen, belegen, wie nah uns der Krieg ist. Es lohnt sich also, für ein friedliches Miteinander zu kämpfen. In der Familie, am Ausbildungs- und Arbeitsplatz, in der Freizeit. Denn Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. Frieden ist eine Lebenseinstellung. Im Zwischenmenschlichen wie in der Politik.

GASTKOMMENTARE

BRACHEN WIR DIE VEREINTEN NATIONEN?

Schlicht unersetzlich

PRO



Ulrike Winkelmann, Deutschlandfunk

Selbstverständlich brauchen wir die Vereinten Nationen. Wir brauchen sie sogar mehr denn je – und zwar genau deshalb, weil die USA unter Donald Trump derzeit alles tun, die UN zu blamieren und auszubluten. Die UN sind der größte außenpolitische Think Tank der Welt. Wo sonst soll denn der Rahmen für die multipolare Weltordnung geschaffen werden, wenn die USA sich nun tatsächlich aus der Geopolitik zurückziehen? Bei der Nato vielleicht?

Ja, Syrien ist das schwärzeste Kapitel der jüngeren UN-Geschichtsschreibung. Und natürlich sind die Nachrichten über Vergewaltigungen durch UN-Blauhelme in Afrika peinigend.

Doch beim Thema Syrien ist es der Sicherheitsrat, der seit Jahren jeden Fortschritt verhindert. UN-Sondervermittler Steffan de Mistura kann in Genf keinen Frieden schaffen, wenn die Veto-Mächte ihn blockieren. Es ist traurig, dass alle Anläufe, die Sicherheitsrats-Struktur zu reformieren, bislang gescheitert sind. Doch dies ist eindeutige Schuld der Veto-Mächte – und nicht Schuld der UN. Und es spricht auch mehr für die Vereinten Nationen als die bloße Gegenfrage: Was denn sonst? Gerade die jüngere Zeit hat gezeigt, dass die UN leistungsfähig sind. Die riesigen Missionen in Afrika sind fehleranfällig, doch daran wird jetzt gearbeitet – im Kongo zum Beispiel durch einen deutlich schärfer geschnittenen Auftrag. In Sachen Bürokratie schiebt Generalsekretär António Guterres digitale Reformen an, die selbst die UN flexibler machen sollen.

Die Arbeit der mehr als 30 UN-Unterorganisationen schließlich – man denke nur an das Flüchtlingshilfswerk UNHCR – ist schlicht unersetzlich. Sie verdienen Unterstützung und mehr Geld – und nicht Verachtung.

Zynische Heuchelei

CONTRA



Richard Herzinger, »Die Welt«, »Welt am Sonntag«

Das Versagen der UN könnte kaum größer sein. Seit sieben Jahren sieht die Weltorganisation praktisch tatenlos zu, wie das Assad-Regime in Syrien mit Hilfe seiner Schutzmächte Russland und Iran einen Vernichtungs- und Vertreibungskrieg gegen die eigene Bevölkerung führt.

Auch das ähnlich verheerende Gemetzel im Jemen zu stoppen sind die UN nicht in der Lage. Die „Responsibility to Protect“, die vor 15 Jahren von fast allen UN-Mitgliedstaaten angenommen wurde und die sie zum Eingreifen verpflichtet, wenn eine Regierung im eigenen Land Massaker verübt, ist nur noch Makulatur – wie die in den vergangenen Jahrzehnten erzielten Fortschritte im humanitären Völkerrecht insgesamt. Zwar ließ die UN den Einsatz von Giftgas durch das Assad-Regime untersuchen. Doch obwohl der abschließende Expertenbericht die Fakten offenlegt und den Urheber dieses horrenden Kriegsverbrechens benennt, bleiben Konsequenzen aus. Dass Russland im Sicherheitsrat entsprechende Beschlüsse per Veto verhindert, ist auf Dauer keine Ausrede. Die UN-Vollversammlung nämlich wäre frei, die Schuldigen unzweideutig zu verurteilen und sie so zumindest moralisch unter Druck zu setzen. Statt dessen wird unter UN-Dach jede Menge zynische Heuchelei produziert. So prangert der UN-Menschenrechtsrat obsessiv stets vor allem Israel an, während systematische Menschenrechtsverletzer wie die Hamas, Saudi-Arabien oder Nordkorea selten bis gar nicht kritisiert werden, von Russland und China ganz zu schweigen. Gewiss wäre eine starke Weltorganisation eigentlich so notwendig wie nie. Doch in ihrem jetzigen Zustand braucht sie niemand – schon gar nicht die Opfer von Massenmord und Verfolgung, die von ihr im Stich gelassen werden.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 7 und 8. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Frei, in diesem Jahr jährt sich zum 370. Mal der Friede von Münster und Osnabrück zur Beendigung des Dreißigjährigen Kriegs. Kann man aus dem Westfälischen Frieden etwas für die heutige Zeit lernen, zum Beispiel zum Syrienkrieg?

Durchaus. Der frühere Außenminister Steinmeier hat einmal davon gesprochen, dass der Nahe Osten einen neuen Westfälischen Frieden bräuchte. Es gibt Parallelen in der Geschichte: Vor 400 Jahren ist ein Religionskrieg ausgebrochen, der sich schnell zu einem Verfassungskonflikt, Bürgerkrieg und europäischen Hegemonialkrieg entwickelt hat und zum ersten gesamteuropäischen Krieg geworden ist.

Auch im Nahen und Mittleren Osten haben wir viele Konfliktfelder. In Syrien geht es neben Hegemonialstreben und Machtkämpfen im Konflikt zwischen Schiiten und Sunniten auch um Religion. Es gibt dort inzwischen ein großes Chaos, einen Bürgerkrieg, der heute internationalisiert ist, wo Iran, Türkei, Russland und die USA eine wesentliche Rolle spielen. Dort ist es schwierig Trennlinien zu ziehen und zu erkennen, wo Freund und Feind stehen. Nach der erfolgreichen Bekämpfung des „Islamischen Staates“ ist alles noch einmal komplizierter geworden.

Sie erwähnten, dass in Syrien auch Großmächte wie Russland oder die USA mitspielen. Kann daraus ein Großkonflikt entstehen?

Die Gefahr besteht natürlich, weil wir im Nahen und Mittleren Osten viele Konfliktfelder haben. Wir haben den gigantischen Krieg in Syrien mit 500.000 Toten, wo zwei Drittel der Bevölkerung seit 2001 vertrieben wurde. Es gibt aber noch andere Konflikte, so in Libyen oder den furchtbaren Krieg im Jemen, der weitgehend aus den Medien verschwunden ist und wo die Bevölkerung schrecklich leidet. Dort ist aus einer zunächst regionalen Krise inzwischen auch ein Konfessions- und Stellvertreterkrieg zwischen Iran und Saudi-Arabien geworden. Wenn man dies zusammen betrachtet, kann man schon befürchten, dass alles in einem großen Konflikt endet. Das muss mit aller Kraft verhindert werden.

Zurück zum Dreißigjährigen Krieg. Der wurde erst beendet, nachdem sich in Münster und Osnabrück eine dritte Partei aus kleinen Reichsständen gebildet hatte und die großen Parteien aufeinanderzubrachte. Sehen Sie auch eine solche dritte Partei im Syrienkonflikt, die vermitteln könnte, etwa die EU?

Es ist bedauerlich, dass wir Europäer bei der Friedenssuche in Syrien und im Nahen und Mittleren Osten keine Rolle spielen. Das ist ein Konflikt in unserer Nachbarschaft, bei dem wir eigentlich in der Lage sein müssten, unmittelbare Ordnungsfunktionen zu übernehmen. Wir leiden ja vor allen anderen unmittelbar unter den Folgen, wenn man etwa die vielen Flüchtlinge betrachtet, die seit 2015 vor allem nach Deutschland gekommen sind. Man muss auch die islamistischen Anschläge in Europa betrachten. Wir sollten deshalb eine stärkere Rolle übernehmen. Das kann auch eine sein, die dort vermittelnd eintritt.

Müsste die EU nicht schon jetzt in dieser Hinsicht mehr tun?

Ja. Es ist bedauerlich, dass Gespräche über Syrien eher in Sotschi am Rand des Kaukasus stattfinden als in Europa. Im Grunde wäre die EU der ideale Ansprechpartner dafür. Das würde aber auch Glaubwürdigkeit, Einigkeit und die Fähigkeit voraussetzen, Positionen, die man gefunden hat, auch durchzusetzen.

Apropos EU: Sie versteht sich selbst auch als großes Friedensprojekt nach dem Zweiten Weltkrieg. Beginnt mit dem Brexit ihr Zerfall?

Das sehe nicht so. 2016 war ein schwieriges Jahr, vor allem mit dem Brexit-Plebiszit, aber

»Mit einer Stimme agieren«

THORSTEN FREI Der CDU-Außenpolitiker meint, die EU solle sich im Syrienkonflikt stärker zugunsten einer Friedenlösung einbringen. Dazu seien aber Glaubwürdigkeit und Einigkeit nötig



© DBT/Achim Melde

auch der Wahl von Trump zum US-Präsidenten. Dennoch sind wir aus dem Jahr 2016 gestärkt hervorgegangen. Wir haben mit der Außen- und Sicherheitspolitik ein Politikfeld definiert, wo wir gemeinsam einen echten Mehrwert erzielen. Dass wir im Nahen und Mittleren Osten keine Rolle spielen, hängt auch damit zusammen, dass die einzelnen europäischen Staaten alle nicht mächtig genug sind, ob Frankreich, Deutschland oder Großbritannien. Gerade in diesem Politikfeld sollte möglichst mit einer Stimme gesprochen werden, um das durchzusetzen, was man für wichtig hält. Damit könnte man eine friedensdienende Funktion über-

nehmen, nicht aus altruistischen Motiven, sondern weil es in unserem unmittelbaren Interesse liegt.

Zum Ausgleich der europäischen Schwäche gibt es seit 1945 den amerikanischen atomaren Schutzschirm. Wird auch unter Donald Trump die Nukleargarantie für Europa erhalten bleiben? Es gab ja zu Beginn seiner Amtszeit irritierende Äußerungen des US-Präsidenten dazu.

Wir haben uns in der Vergangenheit zu sehr auf andere verlassen. Dazu gehört vor allem der amerikanische atomare Schutzschirm. Richtig ist aber auch, dass alle europäischen

Staaten zusammen weniger als die Hälfte für Sicherheit und Verteidigung aufwenden als die USA alleine. Das ist auf die Dauer nicht akzeptabel. Dazu erreichen wir trotz des Aufwands nur 15 Prozent der militärischen Effektivität der Amerikaner. Die Lücken kann man teils durch bessere Kooperation schließen, so bei der permanenten strukturierten Verteidigungs-Zusammenarbeit. Zudem sollte man, wenn man Mitglied in einer „Versicherung“ wie der Nato ist, seine Beiträge bezahlen. Deutschland hat sich wie andere Staaten mehrfach, zuletzt 2014 in Wales, verpflichtet, bis 2024 zwei Prozent der Wirtschaftsleistung für Sicherheit und Verteidigung aufzuwenden.

Aber im Koalitionsvertrag von Union und SPD ist diese Zahl nicht genannt.

Leider nicht. Wir liegen derzeit bei 1,2 Prozent jährlich. Aufgrund der anhaltend guten Konjunktur nimmt der Wert absehbar weiter ab. Es ist schließlich vorgesehen, für den gesamten Bereich der Außenpolitik zwei Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung zu stellen – für Sicherheit, Verteidigung, wirtschaftliche Zusammenarbeit und zivile Krisenprävention. Ich finde das zu wenig. Man kann nicht nur davon reden, mehr Verantwortung zu übernehmen und dann nicht die finanziellen Mittel dafür bereitzustellen.

Washington und Moskau werfen sich Vertragsverletzungen bei der Reduzierung von Mittelstreckenraketen vor. Auch beim Atombombenabbau hapert es: Im neuen nuklearen Strategiebericht der USA ist keine Rede mehr davon, den Abrüstungsvertrag New Start zu verlängern. Washington will gar neue kleine Atombomben bauen. Ist es mit der Abrüstungssäure zwischen den USA und Russland vorbei?

Es gibt unschöne Signale zwischen den USA und Russland. Wir sollten auf einen Pfad der Deeskalation zurückkehren. Wir müssen sehen, welchen Beitrag wir dazu leisten können. Die Situation mutet wie ein Wettrennen aus alten Zeiten an, auch wenn man sieht, mit welchen Worten sich Putin an sein Volk wendet und wie Moskau enorme Mittel in die Erneuerung der atomaren und sonstigen Waffen steckt. Inzwischen gibt Russland 5,6 Prozent seiner Wirtschaftsleistung für Militär aus. Auch die enormen Ausgaben Chinas für seine Streitkräfte müssen wir im Blick haben.

Deutschland ist einer der Hauptgeldgeber für zivile Krisenprävention angesichts der vielen Konfliktfelder auf der Welt. Ist Berlins Engagement ausreichend?

Für den nachhaltigen Erfolg bedarf es einer gesamthafter Strategie. Deshalb haben wir vor allem auch die Mittel für die zivile Krisenprävention seit 2005 um das 25-fache von 12,6 Millionen auf heute 316 Millionen Euro gesteigert, angesichts der Krisen in der Welt die humanitäre Hilfe gar um das 31-fache. Da Krisenprävention umfassend zu verstehen ist, ist es auch beachtlich, dass wir bei der Entwicklungszusammenarbeit das deutsche Engagement seit 2013 um über 35 Prozent erhöht haben. Daran kann man sehen, welche Bedeutung wir dem Thema zumessen.

Das Gespräch führte Hans Krump.

Thorsten Frei (CDU) gehört dem Bundestag seit 2013 an. Der 44-jährige Jurist aus dem Südschwarzwald sitzt im Auswärtigen Ausschuss und gehörte in der vergangenen Legislaturperiode dessen Unterausschuss für zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln an.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Krisenreporter: Armin-Paulus Hampel

Er hat 1996 die Taliban auf dem Vormarsch von Dschalalabad nach Kabul begleitet. Den Finanzminister Theo Waigel (CSU) beim Feilschen um die Euro-Einführung beobachtet. Und er war im August 1991 mit Hans-Dietrich Genscher (FDP) unterwegs, als aus der Sowjetunion ein Putsch gemeldet wurde und es eine Weile so aussah, als hätte eine Junta hartgesottener Altkommunisten den Charismatiker Michail Gorbatschow aus dem Kreml verdrängt. Genschers Kommentar hat Armin-Paulus Hampel bis heute nicht vergessen. Er bedauere Gorbatschows Schicksal, „aber man muss mit denen reden, die jetzt in Moskau die Macht haben“, habe der Minister gesagt und damit die Maxime jeder tauglichen Außenpolitik formuliert, wie Hampel sie sieht, der außenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Bundestag. Von Genscher habe man lernen können, die Welt zu sehen, „wie sie ist“ – eine Übung, mit der Deutsche sich nach Hampels Eindruck immer etwas schwer tun: „Außenpolitik ist die Kunst, mit den Leuten zu reden, mit denen man eigentlich nicht reden will.“

Drei Jahrzehnte von 1978 bis 2008 hat er heute 60-Jährige gebürtige Bielefelder in unterschiedlichen journalistischen Funktionen verbracht – als Lokalreporter beim Bonner Generalanzeiger, als Hauptstadtkorrespondent für private und öffentlich-rechtliche Sender in Bonn und Berlin, schließlich als Leiter des Südasien-Studios der ARD in Neu-Deulhi. Einige Jahre lang war er anschließend noch als freiberuflicher Fernsehproduzent in Südasien unterwegs. Hampel hat in seiner Journalistenzeit viele Konfliktregionen gesehen. 2013 kehrte er nach Deutschland zurück und stürzte sich in die Politik.

Die Initialzündung sei das Entsetzen über die Euro-Rettung gewesen, sagt Hampel. Die Bestürzung angesichts der „Kaltchnäuzigkeit“, mit der eine deutsche Regierung „sämtliche Vereinbarungen“, feierlich beschworene Verträge und Rechtsetzungen, „in einer Nacht vom Tisch wischte“. Hampels politische Laufbahn führte rasch an die Spitze der AfD in Niedersachsen, wo er sich bis Anfang 2018 halten konnte, und im vorigen Herbst dann in den Bundestag einzog. Hier streitet er seither für sein Anliegen, der „Realpolitik“ in den



© DBT/Achim Melde

»Außenpolitik ist die Kunst, mit den Leuten zu reden, mit denen man eigentlich nicht reden will.«

auswärtigen Beziehungen wieder Geltung zu verschaffen, und zwar, wie er betont, „im deutschen Interesse“. Das sei in jüngerer Vergangenheit „erheblich zu kurz gekommen“. Hampel nennt als Beispiel den Umgang mit Russland. Die Kosten der westlichen Sanktionspolitik hätten sich mittlerweile auf 100 Milliarden Euro summiert, die zum überwiegenden Teil zulasten der deutschen Wirtschaft gingen. Also weg damit: „Sanktionen halten noch

nie etwas bewirkt.“ Ein Musterfall schlechter Außenpolitik ist für Hampel auch die Abhängigkeit von einer „umstrittenen Person“ wie dem türkischen Präsidenten, in die sich die deutsche Regierung gegeben habe. Alle Fraktionen im Bundestag seien sich einig, dass dessen Feldzug gegen das nordsyrische Afrin ein völkerrechtswidriger Akt der Aggression sei, doch alle hüteten sich, das auszusprechen: „Durch die Milliardenzahlungen an Erdoğan sind uns die Hände gebunden.“

Reden würde Hampel am liebsten auch mit Baschar al Assad. Er begrüßt den Ausflug, den eine Gruppe von Parteifreunden kürzlich nach Syrien unternommen hat, wo die Besucher „überrascht“ festgestellt hätten, dass man in weiten Teilen des Landes gut und sicher leben könne. Warum also nicht schon damit beginnen, Flüchtlinge nach Hause zu schicken, selbstverständlich nur gegen wasserdichte Zusagen Assads, dass ihnen dort kein Leid geschieht: „Die Syrer bitten inniglich darum, weil sie die Leute zum Aufbau des Landes brauchen.“ Im Herbst 2015 hatte Hampel angeregt, in Syrien Schutzzone einzurichten, die von UNO-Truppen „mit robustem Mandat“ bewacht werden sollten, auch von Einheiten der Bundeswehr. Er ist nicht grundsätzlich gegen militärische Auslandseinsätze, wenn sie denn „deutschen Interessen“ dienen. Wer seinen Sarkasmus reizen möchte, muss sich nur verdächtig machen, Außenpolitik als „Gutmenschen-Kolonialismus“ betreiben zu wollen. Das Gegenteil von hartem Realismus – nicht sein Ding. „Ich bin ein konservativer Knochen“, sagt Hampel.

Winfried Dolderer

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos
Stephan Roters

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Redaktionsschluss
6. April 2018

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kurhusenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

Leserservice/Abonnement
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Detsenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32
E-Mail: fazit-com@intime-media-services.de

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi)

Verantwortliche Redakteure
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ahe), stellv. CxO
Claas Peter Kosfeld (pk)
Hans Krump (kru), CxO
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Kristina Pezei (pez)
Sören Christian Reimer (scr)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Anzeigenverkauf,
Anzeigenverwaltung,
Disposition
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Detsenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 36
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36
E-Mail: fazit-com-anzeigen@intime-media-services.de

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Das ursprünglich als „Friedenstor“ erbaute Brandenburger Tor wurde nach dem Sieg über Napoleon als Triumphbogen neu gestaltet. Aus der Friedensgöttin Eirene, die die Quadriga lenkt, wurde die Siegesgöttin Victoria.

© picture-alliance/Global Travel Images

Der unvollendete Siegeszug

GESCHICHTE Seit dem biblischen Brudermord strebt die Menschheit nach einem dauerhaften Frieden – bislang vergeblich

Im Jahr 321 v. Chr. gelingt es dem italischen Volk der Samniten, ein römisches Heer bei den Kaudinischen Pässen in einen Hinterhalt zu locken und einzukesseln. Unsicher, wie er den militärischen Coup optimal nutzen soll, sendet der samnitische Feldherr Gaius Pontius einen Boten zu seinem Vater Herennius mit der Bitte um einen Ratschlag. Dieser lässt seinem Sohn ausrichten, er solle die Römer unversehrt abziehen lassen. Doch dies erscheint dem Feldherr zu großmütig. Erneut schickt er einen Boten zu seinem Vater mit der Bitte um eine Alternative. Diesmal rät Herennius, alle Römer zu töten. Verunsichert lässt Gaius Pontius daraufhin seinen Vater in sein Heerlager bringen und verlangt eine Erklärung für die völlig konträren Vorschläge. Dieser setzt seinem Sohn auseinander, dass es am besten wäre, mit dem großen und mächtigen Volk der Römer einen dauerhaften Frieden zu schließen. Dies ließe sich durch einen Akt der Großmut bewerkstelligen. Die zweite Option bestehe darin, die Römer so nachhaltig zu schwächen, dass sie sich von diesem Schlag sehr lange nicht mehr erholen. Eine dritte Möglichkeit gebe es nicht. Gaius Pontius zeigt sich von den Argumenten seines Vaters nicht überzeugt und fragt, ob es nicht möglich sei, die Römer zu einem für die Samniten vorteilhaften Frieden zu zwingen. Herennius entgegnet ihm, dass dies weder der Weg sei, Freunde zu gewinnen, noch Feinde zu beseitigen. Und er warnt seinen Sohn nachdrücklich: „Ein für die Römer schmachvoller Friedensschluss wird sie nicht ruhen lassen, bis sie sich dafür gerächt haben!“

Gaius Pontius missachtet die Ratschläge und die Warnung seines Vaters, diktiert den eingekesselten Römern seine Bedingungen für einen Frieden und zwingt ihr Heer unter das sprichwörtlich gewordene Kaudinische Joch: Jeder römische Legionär muss als Zeichen seiner Niederlage unbewaffnet in gebückter Haltung unter einem Spalier aus gekreuzten Speeren hindurchlaufen.

Der Rest der Geschichte ist schnell erzählt. Wie von Herennius vorhergesagt, sinnen die Römer auf Rache. Der römische Senat akzeptiert den ausgehandelten Frieden nicht, die kriegerischen Auseinandersetzungen ziehen sich über weitere Jahrzehnte hin und am Ende sind die Samniten die Besiegten. Überliefert sind die geschilderten Ereignisse durch den römischen Geschichtsschreiber Titus Livius, der diese rund 300 Jahre später zu Zeiten Kaisers Augustus aufzeichnet. Es ist mehr als unwahrscheinlich, dass der Dialog zwischen dem weisen Herennius und seinem uneinsichtigen Sohn in dieser Form wirklich stattgefunden hat. Aber die Geschichte zeigt, dass die Frage nach dauerhaften Friedenslösungen bereits in der Antike aktuell war. Und den modernen Leser erinnern die Ratschläge des Herennius frapperierend an die widerstreitenden Vorstellungen des US-Präsidenten Woodrow Wilson über einem Verständigungsfrieden mit dem geschlagenen Deutschen

Reich bei Ende des Ersten Weltkriegs im Gegensatz zur Überzeugung des französischen Ministerpräsidenten Georges Clemenceau, der Deutschland dauerhaft geschwächt sehen wollte. Begreift man den biblischen Brudermord von Kain an Abel als Gleichnis, so scheint der Menschheit das Übel des Krieges in die Wiege gelegt – ebenso wie das Bedürfnis, dieses zu überwinden und „Schwerter zu Pflugscharen“ zu schmieden. Immerhin stammt der älteste und schriftlich fixierte Friedensvertrag aus biblischen Zeiten. Der ägyptische-hethitische Friedensvertrag, geschlossen zwischen Pharao Ramses II. und dem Hethiterkönig Hattusili III. um das Jahr 1259 v. Chr., weist nicht nur Züge völkerrechtlicher Friedensverträge der Neuzeit auf, sondern verhielt neben der Beendigung eines Krieges auch dessen Vermeidung in der Zukunft. Der in ägyptischen Hieroglyphen und in akkadischer Keilschrift abgefasste Vertrag beinhaltet neben Regelungen über die Amnestie und Auslieferung von Kriegsgefangenen und Flüchtlingen auch einen Nichtangriffspakt und einen Beistandspakt gegen gemeinsame Feinde. Eine Kopie des Vertrages hängt heute quasi als stete Mahnung im UNO-Hauptquartier in New York.

Allgemeiner Frieden Weitergehende Vorstellungen über einen dauerhaften Frieden entwickelten sich im vierten vorchristlichen Jahrhundert in den griechischen Stadtstaaten, die sich – allen voran Athen, Athen und Sparta – seit dem Ende der Perserkriege untereinander in einer Art permanenten Kriegszustand um die Hegemonie befanden. Nach dieser annähernd hundertjährigen Phase wurde der Begriff des „Allgemeinen Friedens“ geprägt. Belegt ist dieser Begriff erstmals 391 v. Chr. in einer Rede des athenischen Politikers Andokides an seine Mitbürger, in der er für die Annahme eines Friedens zur Beendigung des Korinthischen Krieges warb. Nach der zweiten Schlacht von Mantinea 362 v. Chr. taucht der Begriff „Allgemeiner Frieden“ dann erstmals in einem Vertrag zwischen den kriegsführenden Parteien auf. Waren bis zu diesem Zeitpunkt Friedensverträge meist nur bessere Waffenstillstandsabkommen zwischen zwei Stadtstaaten, die obendrein eine festgelegte Gültigkeitsdauer hatten, wurde der Allgemeine Friede zunehmend an bestimmte Bedingungen geknüpft. So sollten Friedensverträge nicht länger nur bilateral abgeschlossen werden, sondern für alle am Krieg beteiligten griechischen Stadtstaaten gelten. Zudem musste die Autonomie und die völkerrechtliche Gleichheit der Stadtstaaten anerkannt werden. Und schließlich sollten die Verträge nicht länger zeitlich begrenzt werden.

Diese Prinzipien setzten sich in allen Friedens- und Bündnisverträgen dieser Zeit durch – auch wenn sie letztlich nicht den

erwünschten Erfolg brachten. Es sollte immerhin rund 2.000 Jahre dauern, bis die Prinzipien des Allgemeinen Friedens der griechischen Antike in Europa erneut entdeckt wurden und Eingang fanden in den Westfälischen Frieden von 1648.

Pax Romana Als eine der längsten friedlichen Perioden in der europäischen Geschichte gilt die annähernd 200-jährige Zeitspanne, die 27 v. Chr. mit der Herrschaft des römischen Kaisers Augustus beginnt und mit dem Tod von Kaiser Marc Aurel (180 n.Chr.) endet und als Römischer Frieden (Pax Romana) in die Geschichtsbücher einging. Dieser Frieden galt jedoch in erster Linie für die Bürger des Römischen Reichs und dessen Schutz vor äußeren Feinden, die die Reichsgrenzen bedrohten. Eine prinzipiell friedfertige Grundeinstellung

war den Römern, die für sich in Anspruch nahmen, stets nur einen „gerechten Krieg“ (bellum iustum) zu führen, ebenso fremd wie der Gedanke, die Autonomie und Souveränität anderer Völkern und Staaten anzuerkennen.

Mit dem Zusammenbruch des Römischen Reichs in den Wirren der Völkerwanderungszeit zum Ende des vierten Jahrhunderts spielte die Idee einer dauerhaften Friedensordnung vorerst keine Rolle mehr. Gleichzeitig war aber mit der Verbreitung des Christentums eine Religion auf den Plan getreten, für die das Friedensgebot einen zentralen Bestandteil bildet.

Gottes- und Landfrieden Im frühen Mittelalter ist es dann auch die Kirche, die erste ernsthafte Schritte unternimmt, der Geißel des Krieges Einhalt zu gebieten. Ausgehend von der Auvergne in Frankreich breitet sich die Idee des sogenannten „Gottesfriedens“ (pax dei) aus, der die ständigen Fehden des Adels eindämmen sollte. Der Kirche ging es dabei jedoch nicht nur um die Durchsetzung des christlichen Friedensgebotes, sondern auch um den Schutz kirchlicher Güter, die in den unzähligen Kleinkriegen litten. Immerhin sah der Gottesfriede, ausgehandelt zwischen den jeweiligen Bischöfen und weltlichen Herrschern und durch Eide bekräftigt, den Schutz wehrloser Menschen wie Geistliche, Bauern, Frauen und Kinder sowie von Kirchengebäuden und Friedhöfen und Viehbeständen und Ernten vor. Bei Verstößen drohte die Exkommunikation. Später wurde dies durch das Prinzip der „Waffenruhe Gottes“ (treuga dei) ergänzt, die die Kriegsführung an bestimmten Wochentagen oder zu Festzeiten im Kirchenjahr verbot.

In Deutschland entwickelte sich aus dem Gottesfriede der Landfrieden, der auf ähnlichen Regeln beruhte und die Regelung von Streitigkeiten durch eigene Gerichte vorsah. Verkündet wurde er jetzt aber von weltlichen Herrschern wie Königen und Fürsten und Königen.

Die Renaissance und der Humanismus verhalfen schließlich im 15. und 16. Jahrhundert jenen Ideen in Europa zum Durchbruch, die grundlegend sind für das moderne Völkerrecht. Vertreter der Naturrechtslehre wie der Spanier Francisco de Vitoria und der Holländer Hugo Grotius entwickelten Ideen, welches Recht in Friedens- und Kriegszeiten zwischen souveränen Völkern gelten soll und wie dadurch auch Kriegsexzesse zumindest gemindert werden können. Grotius war dabei beeinflusst von den Gräueltaten und Verwüstungen des 30-jährigen Krieges, den er als schwedischer Botschafter in Frankreich aus der Sicht des Diplomaten erlebte.

Den Krieg ächten Den revolutionärsten Ansatz in der Ideengeschichte zum Erreichen einer dauerhaften Friedensordnung legt schließlich der deutsche Philosoph Immanuel Kant 1795 mit seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“ vor. Anders als Vitoria, Grotius und andere Denker vor ihm, will Kant die Kriegsführung nicht nur einem völkerrechtlich bindenden Regelwerk unterwerfen, sondern den Krieg als Mittel der Politik insgesamt ächten. Für Kant ist Frieden kein natürlicher Zustand zwischen den Menschen, er muss gestiftet werden. Deshalb präsentiert er nicht nur Bedingun-

gen zur Beendigung von Kriegen, sondern für einen dauerhaften, einen ewigen Frieden. Dazu müssen in der Vorstellung Kants aus der Vernunft abgeleitete Maximen gelten. Für den formalen Aufbau seiner Schrift wählt Kant die damals gültige Form von Friedensverträgen, in denen auf eine Präambel Präliminarartikel und Definitivartikel folgen.

Friedensverträge dürfen nach Kant nicht mit dem geheimen Vorsatz geschlossen werden, bereits den nächsten zu planen. Kein Staat darf einen anderen durch Erbe, Tausch, Kauf oder Schenkung erwerben. Die stehenden Heere müssen langfristig aufgelöst werden und der Staat darf sich nicht verschulden zum Zweck der Aufrüstung. Kein Staat darf sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen einmischen. Kriegsführende Staaten dürfen keine Meuchelmörder oder Giftmischer einsetzen oder zum Verrat anstiften, um einen künftigen Friedensschluss nicht unnötig zu erschweren. Darüber hinaus plädiert Kant für eine republikanische Verfassung in allen Staaten, einen Föderalismus freier Staaten und ein Besuchsrecht für alle Menschen in allen Staaten.

Die von Kant formulierten Maximen waren weitsichtig: Seine Idee eines Völkerbundes wurde erstmals nach dem Ersten Weltkrieg

realisiert und nach dem Zweiten Weltkrieg in Form der Vereinten Nationen wiederbelebt. Sein Plädoyer für die republikanische Staatsform war eine Vorwegnahme der These, Demokratien würden keine oder zumindest weniger Kriege gegeneinander führen. Sein Verbot für den Einsatz von Giftmischern und Meuchelmördern lässt sich problemlos übertragen auf die Aktivitäten von Geheimdiensten und Terroristen sowie auf Hackerangriffe auf die digitale Infrastruktur ganzer Staaten. Sein Besuchsrecht für alle Menschen in allen Staaten lässt sich erkennen in Jugendaustauschprogrammen im Sinne der Völkerverständigung.

Doch so aktuell die Kant'schen Maximen auch sind – den Siegeszug der griechischen Friedensgöttin Eirene, wie er auf der Attika des Brandenburger Tors unterhalb der Quadriga verewigt ist, konnten auch sie bis heute nicht verwirklichen. Oder besser gesagt, sie werden bis heute nicht konsequent umgesetzt. *Alexander Weinlein*

»Stehende Heere sollen mit der Zeit ganz aufhören.«

Immanuel Kant, Philosoph, in: „Zum ewigen Frieden“



FÜNF FRAGEN ZUM: WESTFÄLISCHEN FRIEDENSPreis



Reinhard Zinkann ist Vorsitzender der Wirtschaftlichen Gesellschaft für Westfalen und Lippe.

»Wir müssen für Frieden und Verständigung kämpfen.«

Herr Zinkann, im Jubiläumsjahr des Westfälischen Friedens geht der Preis der Wirtschaftlichen Gesellschaft für Westfalen und Lippe an die drei baltischen Staaten. Warum?

Die Entscheidung unserer Jury steht in der Kontinuität unserer Preisträger seit 1998 mit Namen wie Vaclav Havel, Helmut Kohl, Carla del Ponte, Valéry Giscard d'Estaing, Helmut Schmidt, Kofi Annan, Daniel Barenboim oder der König von Jordanien. Diesmal wird durch die Auszeichnung von drei Ländern, die von ihren Präsidentinnen und Präsidenten bei der Preisvergabe repräsentiert werden, etwas Symbolisches hervorgehoben: Die drei Völker bekennen sich zur Entwicklung und Festigung ihrer Demokratien in Europa. Sie haben diesen Willen 1989 mit der „Baltischen Kette“ gemeinsam demonstriert, als Millionen Esten, Letten und Litauer die größte Menschenkette der Geschichte bildeten. Sie demonstrierten für Unabhängigkeit, Freiheit und ihren Weg in die Demokratie im europäischen Verbund. Danach haben

sie dies in einem beispielhaften Entwicklungsweg in funktionierende Demokratien, in der EU und Nato umgesetzt.

Der Preis ist mit 100.000 Euro dotiert. Was motiviert Ihre Mitglieder, alle zwei Jahre eine so stolze Summe beizustellen.

Die Stifter des Preises sind über 70 Unternehmer aus Westfalen-Lippe, die zum größten Teil erfolgreich auf dem Weltmarkt unterwegs sind. Dieser Erfolg hängt in großem Maß vom jeweiligen politischen Umfeld ab. Wo Frieden herrscht, Völker sich verstehen, Menschen sich entwickeln können, sind die Grundlagen für erfolgreiches Wirtschaften auch zum Wohle der jeweiligen Bevölkerung auf diesen Märkten gegeben. Das ist Motivation genug, Persönlichkeiten aus Politik, Gesellschaft und Kultur zu ermuntern, für Frieden und Verständigung zu wirken.

Mit dem Friedenspreis wird auch immer eine Jugendorganisation ausgezeichnet. In diesem Jahr sind das die Pfadfinder. Wieso?

Neben den Lebenswerken, die wir in der ersten Kategorie auszeichnen, wollen wir Jugendliche und Jugendgruppen ermuntern und auffordern, in demselben Sinne für die Zukunft zu handeln. Diesmal sind es die 220.000 deutschen Pfadfinder, die sich eingebettet in ihre Internationale Bewegung für Werte der Gemeinschaft und Teamfähigkeit, für gleichberechtigtes Zusammenleben, Toleranz und den Naturschutz einsetzen.

Wie selbstverständlich ist es, dass wir, zumindest in Europa, in Frieden leben?

Überhaupt nicht: Wir müssen auch hier ständig für Frieden und Verständigung kämpfen, selbst beispielhaft handeln und andere ermuntern, in diesem Sinne zu wirken.

Was wünschen sich die Stifter des Friedenspreises von der Bundespolitik?

Sie muss dauerhaft eine aktive Rolle in der weltweiten Friedensstiftung und Friedensbewahrung spielen. Auch dazu ermuntern wir durch unsere Preisstiftungen. *jbi*

Der Westfälische Friedensvertrag hinterließ einen wegweisenden Grundsatz: „Alle (...) Rechtsverletzungen, Gewalttaten, Kriegshandlungen, Schäden und Kosten“, hieß es in Paragraf 2, sollen „ohne jede Rücksichtnahme auf Personen oder Sachverhalte so vollständig getilgt sein, dass das, was auch immer unter Berufung auf eine solche Sache einer gegen den anderen vorbringen könnte, in immerwährendem Vergessen begraben“ sei.

Tilgen und Vergessen waren die beiden Maximen, die 1648 in das Völkerrecht geschrieben wurden. Ihre säkulare Leistung bewiesen sie einen Frieden später, im Wiener Kongress von 1814/15, der dem Kontinent die längste Friedensperiode seit dem Untergang des Römischen Imperiums bescherte. Was dagegen ihre Aufgabe bedeutete, zeigte die Friedensordnung, die ein Jahrhundert danach, 1919/20, in Versailles und anderen Vororten von Paris verabschiedet wurde. Nur 20 Jahre später setzte ein neuer, noch weitaus furchtbarer Krieg die ganze Welt in Brand.

Der Vergleich zwischen den Friedensschlüssen von 1815 und 1919 liefert auf den ersten Blick einen weiteren Beleg für die These, dass der Mensch außerstande sei, aus seiner Geschichte zu lernen. Dabei hatte man sich doch darum bemüht. Erst in der Endphase des Ersten Weltkriegs hatte das britische Außenministerium den Historiker Charles Webster beauftragt, eine Darstellung des Wiener Kongresses zu schreiben. Schließlich lagen die Parallelen zum Sieg über Napoleon auf der Hand.

Totale Kriege Beide Kriege waren – gemessen an den Möglichkeiten ihrer Zeit – total gewesen und hatten beinahe alle Staaten Europas einbezogen. Beide Kriege hatten entsetzlich viele Menschenleben gekostet – sechs beziehungsweise 17 Millionen Tote. Beide Kriege waren im Namen unterschiedlicher politischer Ordnungssysteme und Ideologien geführt worden. Beide Kriege hatten eindeutige Sieger und Verlierer. Und beide Friedenskongresse nahmen für sich in Anspruch, eine Ordnung zu schaffen, die derartige Kriege zumindest für sehr lange Zeit aus der Welt schaffen würde. Aber warum gelang das in Wien, in Versailles aber nicht?

Vor allem hatte der Wiener Kongress ein großes Vorbild: den Westfälischen Frieden. Nachdem die Französische Revolution und ihr Kaiser niedergeworfen waren, ging es im Grunde darum, Europa wieder nach den gleichen Kriterien zu ordnen, wie dies 1648 der Fall gewesen war. Dass Frankreich darin eingebunden werden sollte, war bereits im Vorfrieden von Paris nach Napoleons Abdankung 1814 geklärt worden.

Wie das geschehen sollte, war ein Thema in Wien. Dabei bediente man sich der Spielregeln von Münster und Osnabrück. Es gab keine Plenardebatten, sondern die Verhandlungen wurden bilateral geführt. Auch setzte man sich nicht unter Zeitdruck, sondern nutzte die Annehmlichkeiten der Habsburger Residenz, um sich in Soireen, Bällen und Affären zu ergehen. Die Anwesenheit vieler Herrscher und Spitzenpolitiker machte das umfangreiche Begleitprogramm nötig, während viele Detailfragen in Kommissionen geklärt wurden.

Die Entscheidungen fielen Österreich, Russland, England und Preußen. Da sie Europa nach dem Vorbild der vorrevolutionären Zeit ordnen wollten, fiel es den vier Großmächten leicht, Frankreich unter der restaurierten Bourbonnen-Dynastie in ihren Kreis aufzunehmen. So wurde das Land, in dem der Ruf nach Freiheit und Gleichheit seinen Siegeszug angetreten hatte, darin eingebunden, ihn wieder zu unterdrücken. Fast 100 Jahre sollte das Vertragswerk von Wien den Frieden zwischen den europäischen Staaten einigermaßen sichern. Weder der Krimkrieg noch die italienischen

Genau das Gegenteil

HISTORIE Als nach dem Ersten Weltkrieg 1919 eine neue Friedensordnung kam, konnte der Unterschied zum Wiener Kongress von 1814/15 nicht größer sein



Auf dem Wiener Kongress wurde mit dem besiegten Frankreich verhandelt (Bild oben u.a. Metternich, 2. v.l., und Frankreichs Außenminister Talleyrand, 2. sitzend v.r.), in Versailles über das besiegte Deutschland (Bild unten v.l.: Lloyd George, Großbritannien; Orlando, Italien; Clemenceau, Frankreich; Wilson, USA).

und deutschen Einigungskriege weiteten sich zu lang anhaltenden Konflikten. Wenn auch die polizeistaatlichen Methoden, mit denen Österreichs Kanzler Metternich und seine Kollegen Europas Völkern jeden Gedanken an eine Revolution auszutreiben suchten, den Zeitgenossen die Erinnerung an den Wiener Kongress verleiden, so genossen diese doch ein bis dahin unbekanntes Maß an Ruhe und Ordnung. Diese Rückschau aus historischer Perspektive reichte allerdings nicht aus, die Menschen mit dem Frieden von Wien zu versöhnen. Für sie zementierte er den Sieg über Bürger- und Menschenrechte. Deutsche Patrioten sahen sich zudem durch die Verweigerung eines Nationalstaats um die Früchte ihres Kampfes gebracht. Für sie erschien 1815 nur als Wiederauflage von 1648, als das „Heilige Römische Reich

Deutscher Nation“ als machtloser Trümmerflecken festgeschrieben worden war. Der Albtraum von „fremden“, vor allem französischen Heeren, die Deutschland wieder verwüsten würden, diskreditierte die Erinnerung an 1648 und 1815, wo ja scheinbar versäumt worden war, mit der Schaffung eines mächtvollen neuen Reiches die nötige Sicherung zu errichten. In diesem Sinne schmiedeten preußische Militärs ihre Aufmarschpläne gegen Frankreich. Und der berühmte Historiker Leopold von Ranke begründete 1870 vor Paris die deutsche Kriegführung mit den Eroberungszügen Ludwigs XIV., der sich die Stadt Straßburg mit Verweis auf den Westfälischen Friedensvertrag angeeignet habe. So ließen zunächst die Zeitläufte die Leistungen der Friedensschlüsse in Westfalen und Wien verschwimmen. Nicht nur in

Deutschland, sondern auch in Frankreich. Dort empfand man es als Affront, dass die Proklamation des kleindeutschen Nationalstaats am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal Ludwigs XIV. in Versailles stattfand, dem Schloss, das doch der Größe Frankreichs gewidmet war. Der selbe Ort wurde auf den Tag genau 48 Jahre später von den Siegern gewählt, um die Friedensverhandlungen mit Deutschland zu eröffnen. Frankreichs Staatspräsident Raymond Poincaré erinnerte in seiner Rede daran, um zugleich die Linie seiner Regierung vorzugeben: Das Deutsche Reich „war somit schon befleckt in seinem Ursprung ... Sie sind versammelt, um das Übel wiedergutzumachen, das es angerichtet hat, und um seine Wiederkehr zu verhüten.“ Krasser konnte der Unterschied zum Wiener Kongress nicht sein. Es wurde nicht mit

dem geschlagenen Deutschland und seinen Verbündeten verhandelt, sondern über sie, wie es der Historiker Eberhard Kolb ausgedrückt hat. Das begann bereits mit der Wahl des Tagungsortes. Vehement widersetzte sich der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau dem britischen Vorschlag, in der Schweiz zu verhandeln. Stattdessen wurde über die künftige Ordnung Europas in einer Atmosphäre gerurteilt, in der „die deutsche Schuld als bewiesen galt. Jedermann hatte Angst, für deutschfreundlich erklärt zu werden“, beschrieb ein amerikanischer Teilnehmer die Lage. Damit aber rückte ein Akteur an den Verhandlungstisch, den es in Wien zwar gegeben hatte, den aber weitmöglichst auszuschließen alle Beteiligten sich einig gewesen waren: die öffentliche Meinung. Das

Franzosen und Deutsche ihre „Erbfeindschaft“ über ein Jahrhundert weiter gepflegt hatten, war nur die eine Seite. Die andere war vierjähriger totaler Krieg zwischen Nationalstaaten gewesen, der durch einen noch nie dagewesenen Einsatz moderner Propaganda angetrieben wurde. Millionen Soldaten der Entente hatten im Krieg ihr Leben verloren. Ihre Familien, ihre Nationen forderten Genugtuung in Form von Beute, Wiedergutmachung und Demütigung des Feindes, und radikale Parteien dienten sich ihnen als Anwälte an.

Anders als Metternich und Co. handelte es sich bei den Akteuren in Versailles um demokratisch gewählte Politiker, denen die Wünsche ihrer Wähler wichtiger waren als Mäßigung und Gerechtigkeit. Und die Situation schien günstig. Nachdem die Deutschen im November 1918 den Waffenstillstand unterzeichnet hatten, mussten sie innerhalb von 15 Tagen ihre Armeen zurückziehen und die effizienten Waffen ausliefern. Das Deutsche Reich war total geschlagen und zu einer Wiederaufnahme des Krieges nicht mehr im Stande.

Damit stand Deutschland nicht allein. Russland, Österreich-Ungarn und das Osmanische Reich lösten sich buchstäblich auf. Bürgerkriege tobten und hinter allem drohte die bolschewistische Weltrevolution. Die Zeit drängte, aber die großen Vier – Frankreich, Großbritannien, die USA und Italien – hatten weder ein gemeinsames Konzept noch ein einigendes Interesse, um die riesige Agenda zu bewältigen.

Clemenceau setzte alles daran, das Deutsche Reich auf absehbare Zeit derart zu schwächen, dass es Frankreich nicht mehr gefährlich werden konnte. Der britische Premier David Lloyd George drängte auf Gewinne für das Empire und umfangreiche Entschädigungen. Italiens Regierungschef Vittorio Emanuele Orlando verlangte ein Maximum an Beute. Um seinen Traum von einem Völkerbund durchzusetzen, verabschiedete sich US-Präsident Woodrow Wilson von seinem 14-Punkte-Programm, das unter anderem das Selbstbestimmungsrecht der Völker vertreten hatte, und gestand seinen Verbündeten viele Forderungen zu, die diesen Punkten diametral zuwider liefen. Eine Entschuldigung hatten ihm die Deutschen mit ihrer Vorstellung von einem Frieden selbst geliefert, als sie im März 1918 in Brest-Litowsk Russland buchstäblich zerstückelten.

Finaler Schuldspruch Um die zahllosen Probleme zu lösen und die kontroversen Wünsche ihrer Partner zu befriedigen, tagte der „Rat der Vier“ innerhalb von drei Monaten 148 Mal – entsprechend kurzfristig und konfus gerieten viele Entscheidungen, die Ursachen neuer Konflikte werden sollten, wie sich etwa bei der Aufteilung des Osmanischen Reiches bald zeigen sollte. Die völkerrechtliche Verantwortung dafür schob man den Verlierern zu. In Artikel 231 des Vertragswerks wurden „Deutschland und seine Verbündeten“ zu „Urhebern für alle Verluste und Schäden des Krieges“ erklärt. Was eigentlich exorbitante Reparationsforderungen legitimieren sollte, wurde zu einem finalen moralischen Schuldspruch. Der Weimarer Republik blieb nichts anderes übrig, ihn zu akzeptieren. Damit aber öffnete sie ihren radikalen innenpolitischen Gegnern eine Flanke, an der sie nur verlieren konnte. Dass die Weltordnung von Versailles nicht mit den Verlierern, sondern gegen sie verhandelt wurde, unterscheidet sie vor allem anderen von ihrem Wiener Vorgänger. Dort hatte man sich noch um das Tilgen und Vergessen bemüht, was der Westfälische Frieden vorgelebt hatte. Den Siegern in einem totalen Krieg der Nationen war so viel politische Vernunft nicht mehr gegeben.

Berthold Seewald

Der Autor ist bei der „Welt“ leitender Redakteur für Kulturgeschichte.

Krieg gewonnen, Frieden verspielt

1945 Die Planungen der Siegermächte für eine neue Weltordnung nach dem Zweiten Weltkrieg waren teils vage, teils widersprüchlich. Am Ende mündeten sie in den Kalten Krieg

Als das Ende des Zweiten Weltkriegs nahte, war die alte europäische Staatenordnung endgültig zerstört, und auf ihren Trümmern mussten die künftigen Siegermächte Großbritannien, USA und UdSSR eine neue Weltordnung errichten. Dabei verhandelten indes drei weltanschaulich und diplomatisch verschiedene Kulturen, die nur die Feindschaft zu Deutschland einte. Diese Unterschiede spiegeln sich auch in den Persönlichkeiten der „Großen Drei“ – Roosevelt, Stalin und Churchill –, wodurch die Nachkriegsplanungen zum Akt ideologisch gefärbter Improvisation inmitten des noch tobenden Krieges wurden.

Dennoch lassen sich zwei prägende Handlungsmotive erkennen: Die Furcht vor einem weiteren Krieg und die gestalterischen Möglichkeiten, die das zusammengebrochene Staatensystem bot. Die Siegermächte konzentrierten sich schließlich auf zwei neuralgische Punkte: Deutschland und Po-

len. Da der Krieg seit 1943 unter der alliierten Maßgabe der „bedingungslosen Kapitulation“ Deutschlands geführt wurde, war zu fragen, wie man mit der Kernregion Europas verfahren würde. Daneben war die Besetzung Osteuropas durch die UdSSR absehbar. Somit stellte sich die Frage, was aus Londons Verbündeten Polen würde. Keine der drei Siegermächte hatte einen Masterplan für die Nachkriegsordnung. Die Vorstellungen des US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt basierten auf einem System kollektiver Sicherheit, das durch die USA, UdSSR, Großbritannien und China als „Weltpolizisten“ garantiert werden sollte. Er hoffte, durch die Anerkennung sowjetischer Sicherheitsbedürfnisse eine Nachkriegskooperation zu US-Bedingungen zu erreichen; an Polen war er weitgehend desinteressiert. Deutschlandpolitisch unterstützte er 1944 zunächst den „Morgenthau-Plan“ zur Umwandlung Deutschlands in einen schwachen Agrarstaat, verwarf diesen Plan dann aber, um nicht den Wiederaufbau der gesamten europäischen Wirtschaft zu gefährden. Nach seinem Tod am 12. April 1945 konzentrierte sich sein Nachfolger Harry Truman zunächst auf die weitere Zusammenarbeit mit Moskau.



Die „Großen Drei“ 1944 in Jalta: Churchill, Roosevelt und Stalin (v.l.)

Der dortige Staatschef Josef Stalin strebte die weltweite Verbreitung des Kommunismus an, die er nur mittels der Roten Armee für möglich hielt. Der Krieg sollte mit der Wiedererrichtung der sowjetischen Grenze von 1941 enden, inklusive der im Hitler-Stalin-Pakt gewonnenen Gebiete. Zudem erstrebte er in Osteuropa eine sowjetisch dominierte Sicherheitszone. Die größte Gefahr sah er in einem wiedererstarkenden Deutschland, dessen Kontrolle und die des vorgelagerten Pufferstaates Polen zum Kern seiner Nachkriegspolitik wurden.

Der britische Premier Winston Churchill wollte eine weltpolitische Dominanz der USA und UdSSR verhindern und Londons Weltmachtstatus erhalten. Während des Krieges entwickelte er ein vages Konzept der „Vereinigten Staaten von Europa“, angeführt von Großbritannien, das eine Mittlerrolle zwischen Washington und Moskau übernehmen sollte. Sein Europakonzept, das auch eine Teilung Deutschlands zwischen Preußen und einem Zusammenschluss der süddeutschen Staaten plus Österreich vorsah, stieß indes bei Roosevelt

und Stalin auf Ablehnung. Bereits 1943 hatte Churchill vor einer drastischen Schwächung Deutschlands gewarnt, die nicht britischer Gleichgewichtspolitik entsprach; Polen sah er dagegen primär als Faustpfand gegenüber Stalin.

Bereits im Oktober 1944 hatten Churchill und Stalin während der „Tolstoy-Gespräche“ in Moskau ihre Einflusszonen in Südosteuropa festgelegt; die wesentlichen deutschen Beschlüsse, vor allem die Aufteilung in Besatzungszonen, wurden auf den Konferenzen von Jalta (4.2. bis 12.2.1945) und Potsdam (17.7. bis 2.8.1945) gefasst. Wichtiger für das Scheitern einer gemeinsamen Nachkriegsordnung war indes der Umgang mit der „polnischen Frage“ auf der Konferenz von Jalta. Diese wurde lange als Showdown zwischen Stalins Sowjetunion und dem transatlantischen Westen gedeutet. Tatsächlich verliefen die Konfliktlinien zwischen den Realpolitikern Stalin und Churchill einerseits und dem plötzlich stark idealistisch argumentierenden Roosevelt auf der anderen Seite. Um dem US-Wähler vorzeigbare Ergebnisse bieten zu können, erkaufte Roosevelt Stalins Zusage zu den Vereinten Nationen mit der Preisgabe Polens.

Diesen Kuhhandel kaschierten die USA mit der idealistisch gefärbten „Declaration on liberated Europe“, die das Recht der Völker auf eigene Wahl ihrer Regierungsform betonte und nach Jalta vom Westen rhetorisch ausgeschlachtet wurde.

Diese Deutung der Ergebnisse von Jalta formte die moralische Lesart des Ost-West-Konflikts. Roosevelt hatte in der US-Öffentlichkeit Erwartungen geweckt, die nur enttäuscht werden konnten, und Stalin unterschätzte die Sprengkraft, die diese Lesart des Abkommens von Jalta entfallen sollte; er setzte Sicherheit mit der Herrschaft über die eroberten Gebiete gleich. Somit prallten völlig gegensätzliche diplomatische Kulturen aufeinander. Als Stalin 1945/46 Krisen um den Iran, die Türkei und Griechenland heraufbeschwor und die bei den „Tolstoy-Gesprächen“ mit Churchill festgelegte Ordnung torpedierte, sprang die USA den Briten zur Seite. Wie 1914 schlug ein Krisenherd an der Peripherie auf das Zentrum Europas zurück. Aus Alliierten wurden Feinde und Deutschland zur Bruchlinie des heraufziehenden Kalten Krieges.

Thomas Freiberger

Der Autor ist Historiker und schreibt derzeit an einem Werk zum Kalten Krieg.

Die Utopie

ABRÜSTUNG Hybride Kriegsführung und neue nichtstaatliche Akteure lassen die Träume von einer weitgehend waffenfreien Welt platzen

Zu den Teilnehmern der Ersten Haager Friedenskonferenz, zu der die niederländische Königin Wilhelmina auf Anregung des russischen Zaren Nikolaus II. eingeladen hatte, gehörte im Sommer 1899 auch der polnische, in Sankt Petersburg wirkende Bankier Ivan Bloch. Das Thema lag ihm am Herzen. Ein Jahr zuvor hatte er ein sechsbändiges Werk über den Krieg der Zukunft und seine ökonomischen Konsequenzen zum Abschluss gebracht. Eine englische Übersetzung verteilte er an die Delegierten. Die Botschaft seiner Studie ließ das, was Pazifisten als ethisches Gebot ansahen, zugleich als alternativloses Ergebnis erscheinen. Angesichts des Standes der Waffentechnik kann Krieg im Zeitalter der Massenheere kein Mittel der Politik mehr sein, das Interessenkonflikte zwischen großen Mächten löst, da selbst für den vermeintlichen Sieger Kosten und Verluste den erzielbaren Nutzen bei weitem übersteigen.

Weichenstellung Tatsächlich ließen sich sowohl die Erste als auch die Zweite, acht Jahre später anberaumte Haager Friedenskonferenz von dieser Logik leiten. In einer bis heute nachwirkenden völkerrechtlichen Weichenstellung konzipierten die Vertreter von zuletzt 44 Staaten einen rechtlichen und institutionellen Rahmen zur Lösung internationaler Streitfälle und vereinbarten Regeln, mit denen sich in einem Krieg, so er denn dennoch ausbräche, zivilisatorische Mindeststandards wahren ließen. Be-

strebungen, darüber hinaus auch konkrete Abrüstungsschritte zu vereinbaren, blieben jedoch erfolglos.

Auch im Zeitalter der Massenvernichtungswaffen, deren Potenzial zur globalen Verwüstung Ivan Blochs Argumentation doch so eindrucksvoll zu bestätigen schien, blieb Abrüstung als Instrument der Friedenssicherung eine Utopie. Zwar vermochten die Kontrahenten des Kalten Krieges, das Gleichgewicht des Schreckens durch Verträge zu stabilisieren; der Rüstungswettlauf zwischen Ost und West wurde jedoch nicht gestoppt. Es gibt vielmehr sogar Stimmen, die behaupten, dass das Ende des Kalten Krieges letztendlich ihm zu verdanken ist, weil die Sowjetunion ökonomisch nicht stark genug war, weiter mitzuhalten.

Abrüstung wurde somit in Europa erst möglich, als die Voraussetzungen, die zur Hochrüstung geführt hatten, entfallen waren. Alle wesentlichen Vereinbarungen wie der Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSSE), der Open Skies Vertrag, das Wiener Dokument und selbst der Vertrag zur Verringerung strategischer Waffen (START) wurden unter Staaten getroffen, die sich nicht länger als Gegner, sondern als Sicherheitspartner betrachteten. Da sich niemand mehr in seinem unmittelbaren Umfeld Sicherheitsrisiken ausgesetzt sah, die eine



Demontage von sowjetischen Atomwaffen am Ende des Kalten Krieges in Kasachstan. Inzwischen wachsen die Atomwaffenarsenale weltweit wieder.

© picture-alliance/dpa

Den Wettlauf zwischen Ost und West konnten Verträge nicht stoppen.

Ausrichtung der Streitkräfte auf klassische Szenarien der Landesverteidigung erforderten, wurden in großem Stil Truppenstärken reduziert und Waffensysteme abgebaut. Folgt auf fast drei Jahrzehnte faktischer Abrüstung in Europa nun eine neue Phase der Aufrüstung? In NATO und EU wachsen jedenfalls die Verteidigungsbudgets, und auch der langjährige Sparkurs der Bundeswehr geht zu Ende. Die Lage hat sich geändert, und Berlin sieht sich stärker als zuvor in der Verantwortung für Frieden und Stabilität. Die Sicherheit Europas ist durch Krisen und Konflikte an seiner Peripherie bedroht – im Süden, Südosten und Osten. Insbesondere hat Russland durch sein aggressives und völkerrechtswidriges Vorgehen (nicht allein) in der Ukraine den Mitgliedern von NATO und EU vor Augen geführt, dass auch Sze-

narien der klassischen Landes- und Bündnisverteidigung nicht länger unvorstellbar sind. Die Rhetorik des Kalten Krieges ist zurückgekehrt, und manche in den Archiven abgelegte Konzepte dienen plötzlich als Inspiration für die Verteidigungsplanung von morgen. In solch einer Lage mag es als paradox erscheinen, dass die Bundesregierung dem Parlament alljährlich einen Bericht vorlegt, in dem sie über ihre Bemühungen um Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtver-

breitung Rechenschaft ablegt. Dieser Eindruck relativiert sich jedoch, wenn man genauer betrachtet, wozu die zusätzlichen Mittel, die den Streitkräften in zahlreichen europäischen Staaten zur Verfügung stehen, tatsächlich ausgegeben werden. Nahezu ausnahmslos geht es darum, den Verfall militärischer Fähigkeiten zu stoppen und veraltetes, Gerät durch modernes zu ersetzen. Aufrüstung lässt sich dies nicht nennen, und auch eine neue Rüstungsspirale nach dem Muster der 1970er und 1980er Jahre wird dadurch nicht in Gang gesetzt. Dieser Befund gilt allerdings nur für Europa. In anderen Weltregionen, allen voran Ostasien und Nahost, ist in den vergangenen Jahren eine massive Aufrüstung auf nahezu allen Gebieten festzustellen. In Fernost ist China der Motor dieser Entwicklung. Regionale Institutionen, die dem Rüstungswettlauf Einhalt gebieten oder Ausgangspunkt für eine Sicherheitsordnung sein könnten, gibt es nicht. Auch die Vereinten Nationen bieten sich hierfür nicht an. Ihre Bemühungen, ein Forum für Abrüstungsverhandlungen zu bieten, sind so vielfältig wie fruchtlos.

In der euroatlantischen Hemisphäre hingegen sind Vertragswerke, die kurz nach dem Kalten Krieg oder sogar noch in diesem ausgehandelt wurden, entweder bereits aufgekündigt, umstritten oder einer Aktualisierung bedürftig, ohne dass diese jemand mit der Aussicht auf Konsens in Angriff nähme. „Die seit Jahrzehnten bestehende Abrüstungs- und Rüstungskontrollarchitektur

steht weiterhin vor erheblichen Herausforderungen“, lautet Fazit der Bundesregierung in ihrem aktuellsten Bericht.

Als ein Erfolg internationaler Rüstungskontrollpolitik der jüngsten Zeit, an dem auch Deutschland Anteil hatte, darf immerhin das Anfang 2016 in Kraft getretene Nuklearabkommen mit dem Iran gelten. Unter dem Druck massiver Sanktionen hatte sich Teheran bereit erklärt, auf technologische Kapazitäten zu verzichten, die zum Aufbau eines Nuklearwaffenarsenals genutzt werden könnten – eine Absicht, die zu verfallen der Iran stets bestritten hatte. So groß auch die Erleichterung war, als das Abkommen geschlossen werden konnte, so umstritten ist es geblieben. Israel und die USA argwöhnen, dass der Iran sein Atomprogramm lediglich für den im Abkommen definierten Zeitraum zurückgestellt, aber nicht gänzlich aufgegeben hat. Zudem arbeite er weiter an der Entwicklung von Mittelstreckenraketen, die später als Trägerwaffen für Nuklearsprengköpfe genutzt werden könnten. Eingelenkt hat der Iran zudem auf Druck, den vor allem der USA bis hin zur Androhung einer militärischen Intervention ausgeübt haben, und nicht, weil das Instrumentarium aus Nuklearem Nichtverbreitungsvertrag (NVV) und der dessen Einhaltung kontrollierenden internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) das erforderliche Durchsetzungsvermögen besessen hätte. Durch NVV und IAEO allein konnten Staaten, die sich diesem Regime erst gar nicht unterwerfen, wie Pakistan und Indien, oder aus diesem ausscherten, wie

Nordkorea, nicht davon abgehalten werden, in den Besitz von Nuklearwaffen zu gelangen.

Gleichwohl kann das Instrumentarium aus Verträgen und Institutionen, die Produktion, Einsatz oder Verbreitung von atomaren, biologischen oder chemischen Massenvernichtungswaffen unterbinden oder regulieren sollen, als engmaschig gelten. Die Sensibilität für die Risiken einer Proliferation ist weltweit groß. Auf konventionellem Gebiet hingegen ist über Rüstungskontrollinstrumentarien oder Abrüstungsinitiativen, auf die sich während oder kurz nach dem Kalten Krieg die Hoffnungen richteten, die Zeit hinweggegangen. Zur Einhegung des Ost-West-Gegensatzes waren bloß zwei Vertragsparteien einzubinden. Die Welt von heute jedoch ist multipolar. Hybride Kriegsführung ist eher die Regel denn die Ausnahme. Konfliktparteien sind oftmals nicht mehr Staaten, die als Völkerrechtssubjekte in Verträge eingebunden werden könnten. Die Frage, wie unter diesen neuen Bedingungen Abrüstung zur Friedenssicherung betrieben werden kann, harret einer Antwort.

Peter Boßdorf

Der Autor ist Fachjournalist für Sicherheitspolitik in Bonn.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Renaissance der Abschreckungsdoktrin

AUFRÜSTUNG Die konventionellen Fähigkeiten des Westens sind unzureichend. Politischer Rahmen ist unverzichtbar

Si vis pacem, para bellum: Die antike Maxime, dass den Krieg vorbereiten muss, wer den Frieden bewahren will, kennzeichnete die euroatlantische Sicherheitspolitik vom Zerfall der Anti-Hitler-Koalition unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum Ende des Ost-West-Gegensatzes in den Jahren 1989/90. Das auf der Doktrin der „garantierten wechselseitigen Zerstörung“ basierende „Gleichgewicht des Schreckens“ sollte die beiden weltpolitischen Kontrahenten aus purem Überlebensinteresse heraus davon abhalten, die Vernichtung des jeweils anderen zu betreiben, weil dies die eigene unweigerlich nach sich ziehen würde. Im Rückblick darf heute zwar festgehalten werden, dass das Kalkül aufgegangen ist und die Abschreckung wirksam war. Die Zeitgenossen jedoch konnten sich zu der optimistischen Einschätzung eines gesicherten Friedens nicht durchringen. Für sie waren die Risiken, dass die nukleare Hochrüstung – und wäre es nur aus menschlichem Versagen – in eine Apokalypse münden könnte, unübersehbar.

Mit der Auflösung des Warschauer Paktes und der Sowjetunion schien auch die Doktrin der Abschreckung ihr Verfallsdatum überschritten zu haben. Für ein Vierteljahrhundert spielte sie in den Verteidigungskonzeptionen der Europäer keine größere

Rolle. Mit dem NATO-Gipfel von Wales im September 2014, der Antworten auf das russische Vorgehen gegen die Ukraine und die Annexion der Halbinsel Krim zu finden hatte, erfuhr sie eine Renaissance. Seither wird sie Schritt für Schritt umgesetzt.

Großverbände Die jüngsten Maßnahmen sehen ein neues Logistikkommando der NATO in Ulm vor, das sich schon bald mit der Frage zu befassen haben wird, wie man die rasche Verlegung von Truppen und Großgerät in Europa wieder möglich machen kann. Im Kalten Krieg war das Bündnis darauf eingerichtet, insbesondere amerikanische Verstärkungsverbände schnell heranzuführen und eine breit gefächerte Logistik zu unterhalten. Heute ist die Infrastruktur unzureichend, die Bürokratie umso aufwändiger, und zudem gilt es, militärische Präsenz ja nicht mehr in der Mitte Deutschlands, sondern viel weiter im Osten, in Polen und im Baltikum zu demonstrieren. Diese aktuellen Initiativen, die darauf abzielen einen „militärischen Schengenraum“ zu schaffen, sind das jüngste Element der so genannten Rückversicherungspolitik, mit der die NATO Moskau signalisiert, dass man keinen Versuch hinnehmen wird, die territoriale Integrität eines Mitgliedstaates in Frage zu stellen

Das Gewicht, das die NATO in die Waagschale werfen kann, ist allerdings gering und bei weitem nicht mit den Streitkräftepotenzialen vergleichbar, die vor 30 Jahren zur Verfügung standen. Die Verstärkung der Luftraumkontrolle über den baltischen Staaten und die je 1.000 Soldaten, die zusätzlich in rotierenden Kontingenten in Estland, Lettland, Litauen und Polen präsent sind, haben kaum mehr als eine symbolische Funktion. Mit ihnen ließe sich kein Angriff abwehren, und es wäre auch müßig, einen Invasoren so lange aufhalten zu wollen, bis Verstärkung einträte, weil eine solche kaum noch vorhanden ist. Wenn Russland aggressive Absichten verfolgen sollte, würden die konventionellen Möglichkeiten der NATO als Abschreckung alleine schwerlich ausreichen. Diese ist dennoch wirksam, weil das Bündnis, auch wenn es nicht lautstark mit ihnen droht, unverändert über Nuklearwaffen in relevantem Umfang verfügt.

Zur Zeit des Kalten Krieges war das konventionelle Gewicht der NATO ein anderes – und dies aus gutem Grund. Abschreckung, so die strategischen Überlegungen damals, wäre nicht allein eine Frage der Waffen, über die man verfügte, sondern auch der Glaubwürdigkeit, mit der man ihren Einsatz androhte. Wäre es aber glaub-

würdig, damit zu drohen, beim Ausbruch von Kampfhandlungen unverzüglich zur Ultima Ratio strategischer Nuklearwaffen zu greifen? Würden die USA im Falle eines konventionellen Angriffs auf europäische Verbündete tatsächlich ihre eigene Bevölkerung in einem atomaren Schlagabtausch opfern? Spätestens als die Sowjetunion den Aufbau ihrer nuklearen Waffenarsenale so weit vorangetrieben hatte, dass sie über die Zweitschlagfähigkeit verfügte, durfte dies als ausgeschlossen erscheinen. Glaubwürdigkeit ließ sich für die NATO daher nur durch den Übergang von der Strategie der „massiven Vergeltung“ zu einer neuen Doktrin, der Strategie der „flexiblen Antwort“ sicherstellen, die im Falle eines Angriffs ein breites Spektrum abgestufter Reaktionen eben auch konventioneller Streitkräfte vorsah, ohne sofort und automatisch die nukleare Eskalation zu betreiben. Allerdings war es auch nie die Abschreckung allein, die dafür Sorge trug, dass sich der Ost-West-Gegensatz nicht in einem militärischen Konflikt entlud. Beide Seiten folgten ungeachtet aller rhetorischen Scharmützel dem Prinzip der friedlichen Koexistenz und respektierten in Europa die Interessensphären des anderen. Auch im Kalten Krieg war die militärische Logik in einen politischen Rahmen eingebettet. pb

Anzeige



Jahrbuch der Europäischen Integration 2017

Herausgegeben von Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld und Prof. Dr. Wolfgang Wessels
2017, 604 S., brosch., 89,- €
ISBN 978-3-8487-4225-7
eISBN 978-3-8452-8489-7
nomos-shop.de/29967

Das Jahrbuch der Europäischen Integration des Instituts für Europäische Politik (Berlin) dokumentiert und bilanziert seit 1980 zeitnah und detailliert den europäischen Integrationsprozess. Entstanden ist in 37 Jahren eine einzigartige Dokumentation der europäischen Zeitgeschichte. Das „Jahrbuch der Europäischen Integration 2017“ führt diese Tradition fort. In mehr als 100 Beiträgen zeichnen die Autorinnen und Autoren in ihren jeweiligen Forschungsschwerpunkten die europapolitischen Ereignisse des Berichtszeitraums 2016/2017 nach und informieren über die Arbeit der europäischen Institutionen, die Entwicklung der einzelnen Politikbereiche der EU, Europas Rolle in der Welt und die Europapolitik in den Mitgliedstaaten und Kandidatenländern.

Unser Wissenschaftsprogramm ist auch online verfügbar www.nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Nomos

Wissenschaftler mögen darüber streiten, wie groß die Zahl der Opfer sein muss, um von einem Konflikt zu sprechen – in einer Sache sind sie sich einig: Die Welt wird wieder kriegerischer. 2006 verzeichnete das renommierte Uppsala Data Program (UCDP) 33 staatliche Konflikte. Zehn Jahre später waren es schon 50. Im selben Zeitraum verdoppelte sich die Zahl nichtstaatlicher Auseinandersetzungen von 29 auf 60. Zu etwas anderen Zahlen kommt die Hamburger Arbeitsgemeinschaft für Kriegsursachenforschung (Grafik unten). Doch die Tendenz ist die gleiche. Immer mehr Menschen sterben durch kriegerische Konflikte. Nicht erfasst sind Hunderttausende Verletzte, Millionen Flüchtlinge sowie materielle und seelische Schäden, die sich in keiner Währung der Welt beziffern lassen. Wenig verwunderlich lassen die Europäer meist den Blick gen Südosten schweifen, sobald sie über Kriege und Konflikte sprechen. In Afrika mögen südlich der Sahara Kriege toben. Die Entspannungssignale aus Pjöngjang und Washington können jederzeit wieder in verbales Säbelraseln umschlagen. Russland mag den Krieg in der Ostukraine befeuern und immer wieder dem Westen drohen – sichtbar und spürbar werden die Folgen für die Europäer in erster Linie durch Menschen aus dem Pulverfass, das sich von der syrischen Levante bis an den Hindukusch erstreckt. Ein gewaltiges Knäuel aus Bürgerkriegen. Befeuert von ausländischen Akteuren. Am Laufen gehalten von Despoten und Kriegsfürsten. Ausgenutzt von Terrorgruppen wie dem „Islamischen Staat“ (IS), deren Anhänger auch in Europa zuschlagen.

Syrien Dabei steht kein Land so sehr im Zentrum der Aufmerksamkeit wie Syrien. Innerhalb der vergangenen sieben Jahre haben sich immer neue Akteure in den Bürgerkrieg eingemischt. Vier der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats greifen militärisch ein. Dazu: Sämtliche bedeutenden Regionalmächte. Nach dem vorläufigen Sieg über den IS ordnen die großen Allianzen ihre Karten neu. Das gilt umso mehr, als Amerikas Präsident



Auf der Flucht aus dem syrischen Ost-Ghouta: Im März hatten Assad-Truppen die Enklave erobert.

© picture-alliance/AA

Langer Atem

KRIEGERISCHE WELT Ob Syrien oder Afghanistan: Der Westen muss mit viel Geduld das Allerschlimmste verhindern

vergangene Woche in einer Rede überraschend einstreute, dass er die Streitkräfte der USA komplett aus Syrien zurückziehen will. Die erst drei Monate alte Strategie, nach der die USA in Syrien bleiben, um die nationale Sicherheit zu schützen und ein Wiedererstarken des IS zu verhindern, steht damit zur Disposition. Bislang sind rund 2.000 US-Soldaten im kurdisch dominierten Norden stationiert. Die Türkei und die mit ihnen verbündeten sunnitischen Milizen haben bereits in den vergangenen Wochen den Kanton Afrin militärisch unter ihre Kontrolle gebracht. Doch Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan will noch mehr. Seine Truppen dürf-

ten spätestens nach dem Abzug Amerikas versuchen, weitere Gebiete im Norden den dortigen kurdischen Milizen zu entreißen. Hunger auf diesen Streifen Land haben aber auch die syrischen Truppen von Präsident Baschar al Assad. Ihre brutale Eroberung von Ost-Ghouta kündigt davon, dass Assad mit maßgeblicher Hilfe russischer Streitkräfte, iranischer Militärberater und Kämpfer der libanesischen Hisbollah sich anschickt, sein Herrschaftsgebiet in Syrien wieder zurückzuerobern. Iran selbst will mit dem alawitischen Machthaber seinen Traum einer schiitisch dominierten Achse von Teheran bis ans Mittelmeer verwirklichen. Zwischen der syrischen Assad-

Allianz und der Türkei droht ein Kampf um die kurdischen Gebiete im Norden auszubrechen. Wie dieser Schlagabtausch ausgehen würde, ist offen. Sicher scheint nur eines: Die Kurden wären der große Verlierer. Der Krieg gegen den IS, der zeitweise auch ein Drittel des Landes beherrschte, hat große Gebiete des Zweistromlands in Schutt und Asche gelegt. Nach seiner Zerschlagung rücken die ethnische Konflikte zwischen Kurden, arabischen Sunniten und Schiiten mit aller Kraft wieder in den Vordergrund. Auch hier ist der Hunger der regionalen Anrainer auf Macht und Einfluss groß.

Irak Im Nordirak weht die türkische Flagge. Präsident Erdogan will auch dort die Kurden in ihre Schranken weisen, die noch 2017 für eine Loslösung vom Irak gestimmt hatten. Der Irak selbst hat bereits seine Armee mobilisiert. Iran sucht indes, die schiitische Bevölkerungsmehrheit im Irak auf seine Seite zu ziehen. Die mit der Zentralregierung in Bagdad verbündeten schiitischen Milizen stehen unter direkter Kontrolle Teherans, zudem sind zahlreiche Militärberater im Land. Auch iranische Militäreinheiten selbst greifen mitunter im Irak ein, etwa beim Vormarsch der irakischen Armee gegen kurdische Peshmerga im Herbst vergangenen Jahres, die zuvor noch auf Seiten Bagdads gegen den IS gekämpft hatten. Seit der amerikanischen geführten Invasion 2003, die das Ende der Diktatur Saddam Husseins herbeiführte, war ein immer wieder aufflammender Bürgerkrieg zwischen Sunniten und Schiiten ausgebrochen. Die Benachteiligung der unter Hussein privilegierten arabisch-sunnitischen Iraker war ein wesentlicher Grund dafür, warum der IS sich so weite Teile des Irak bis 2014 aneignen konnte. Sollte der Reformkurs von Präsident Abadi nicht schnell genug vorankommen, drohen im Irak neue Aufstände, vielleicht sogar ein neuer Bürgerkrieg.

Afghanistan In Afghanistan bedrohen derzeit 16 Jahre nach ihrem Sturz die Taliban wieder zwei Drittel des Landes. Die Sicherheitslage im Land verschlechtert sich zusehends. Effektive zivile Hilfe ist kaum noch möglich. Der schnelle Abzug der Nato-Kampfruppen Ende 2014 hat ein Sicherheitsvakuum hinterlassen. Die afghanischen Sicherheitskräfte stehen unter starkem Druck. Nun intensiviert US-Präsident Trump Amerikas Anstrengungen wieder. Freilich können ein paar Tausend Soldaten nicht mehr tun, als den Vormarsch der Taliban (und zunehmend auch des IS) in Grenzen zu halten. Doch das bleibt eine Sisyphe-Aufgabe. Und es gibt keine Schraube zu drehen, durch die sich der Konflikt einfach gewinnen ließe. Pakistan bietet den Taliban ebenso wie anderen dschihadistischen Gruppen Unterschlupf. Hinzu kommen Iran und Russland, die sich auch zunehmend in das innerafghanische Gefüge einzumischen beginnen. Der afghanische Präsident Achraf Ghani machte den Taliban Anfang März ein Friedensangebot. Doch darauf haben die Dschihadisten bislang nicht reagiert. Die Ziele des deutschen Engagements sind inzwischen weit hinter die Träume der Vergangenheit gefallen. Im reichlich verspätete-

ten Afghanistan-Bericht der Bundesregierung wird nicht mehr von „Fortschritten“ berichtet. Stattdessen geht es um „die Reduzierung des Gewaltniveaus“ und die „Minimierung der terroristischen Bedrohung.“ Neben den Taliban finden sich immer noch zahllose Warlords im Land, auch in der Regierung. Würden die Taliban eines Tages besiegt, würde Afghanistan ähnliches drohen wie Syrien und Irak. Ein Rückfall in einen neuen Bürgerkrieg.

Illusion von Demokratie Mögen all diese Konflikte weit von dem entfernt sein, was im Kalten Krieg als Norm erschien – um „neue Kriege“ handelt es sich nicht. Im Gegenteil sind dauerschwellende Konflikte, mit einer bunten Mischung aus staatlichen Heeren, Söldnern und Milizen den größten Teil der Geschichte die Regel gewesen. Selbst die Asymmetrie kann in vielen Fällen in Zweifel gezogen werden. In Syrien und im Irak geht es über weite Strecken ziemlich symmetrisch zu, was die Kräfteverhältnisse angeht. Selbst in Afghanistan herrscht ein strategisches Patt. Auch wenn die zu Verfügung stehenden Waffen und Taktiken mitunter deutlich voneinander abweichen mögen, selbst eine Terrormiliz wie der IS funktioniert in den genannten Ländern nicht anders. Dass diese Milizen häufiger zu Selbstmordanschlägen greifen, mag westliche Beobachter zu Recht schockieren. Doch unterscheidet sich ihr Vorgehen gegenüber dem waghalsiger Vorstöße regulärer Truppen in konventionellen Kriegen mitunter nur graduell. Neu ist allein die Bereitschaft von Terroristen, zahlreiche unschuldige Zivilisten durch Himmelfahrtskommandos in den Tod zu reißen. Ob in Bagdad oder in Berlin.

Ein Ende der Gewaltspiralen in diesen Konflikten ist – so brutal das klingt – nur auf zwei Weisen denkbar. Entweder durch den Sieg einer Partei oder durch Ermattung aller Kriegsparteien. Letzteres erinnert an das Ende des 30-jährigen Krieges in Europa. Wertet man den Ausbruch der arabischen Massenproteste, des sogenannten „arabischen Frühlings“, Ende 2010 als Ausgangspunkt des jetzigen Großkonflikts, besteht wenig Grund zur Hoffnung. Dann hat der Nahe Osten noch viele blutige Jahrzehnte vor sich. Der Westen ist mit seiner Illusion einer Demokratisierung solcher Staaten gescheitert. Er kann in dieser Phase nur eines tun: Mit langem Atem zu versuchen, das Allerschlimmste zu verhindern. Zivill und militärisch.

Lorenz Hemmiker

Der Autor ist Redakteur der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Kriegerische Konflikte im Jahr 2017

Die Hamburger Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung verzeichnete im Vorjahr 27 Kriege und 4 bewaffnete Konflikte in folgenden Ländern:

- Krieg
- bewaffneter Konflikt

Vorderer und Mittlerer Orient

- 3 Afghanistan
- 4 Ägypten
- 5 Algerien
- 6 Armenien/Aserbeidschan
- 7 Irak
- 8 Jemen (Al-Qaida)
- 9 Jemen (Huthi)
- 10 Libyen
- 11 Russland (Nordkaukasus)
- 12 Syrien
- 13 Tunesien
- 14 Türkei (Kurden)

Asien

- 24 Indien (Kaschmir)
- 25 Indien (Naxaliten)
- 26 Myanmar (Kachin u.a.)
- 27 Myanmar (Rohingya)
- 28 Pakistan (Taliban)
- 29 Philippinen (Mindanao)
- 30 Philippinen (NPA)
- 31 Thailand (Südthailand)

Europa

- 2 Ukraine

Süd-/Mittelamerika

- 1 Kolumbien

Afrika (ohne Mittelmeeranrainer)

- 15 Dem. Republik Kongo (Kasai)
- 16 Dem. Republik Kongo (Ostkongos)
- 17 Mali
- 18 Nigeria (Boko Haram)
- 19 Somalia
- 20 Sudan (Darfur)
- 21 Sudan (Südkordofan und Blauer Nil)
- 22 Südsudan
- 23 Zentralafrikanische Republik

KRISENGEBIETE (AUSWAHL)

Jemen

Von Iran unterstützte Huthi-Rebellen hatten die jemenitische Hauptstadt Sanaa 2014 erobert und Anfang 2015 den von Saudi-Arabien unterstützten Präsidenten Abd Rabbuh Mansur Hadi gestürzt. Vor drei Jahren griff dann die von Riad angeführte Militärkoalition in den Konflikt ein. Seit Beginn der Intervention wurden rund 10.000 Menschen getötet. In dem bitterarmen Land auf der arabischen Halbinsel sind 22 der etwa 27 Millionen Einwohner auf Hilfe angewiesen. Ende 2017 waren rund 900.000 Menschen an Cholera erkrankt. UN-Generalsekretär António Guterres bezeichnete den Konflikt als die „weltweit schlimmste humanitäre Krise“.

Libyen

Mehr als sechs Jahre nach dem Zusammenbruch des Gaddafi-Regimes hat sich in Libyen ein komplexes Geflecht aus lokalen Konflikten, transnationalen kriminellen Netzwerken und den Interventionen externer Mächte entwickelt. Tausende Migranten durchqueren das Land auf dem Weg nach Europa, obwohl sie der Willkür lokaler Milizen und krimineller Banden ausgesetzt sind. Regionalmächte, wie Ägypten und die Vereinigten Arabischen Emirate, fliegen Luftangriffe, die lokale Milizen und Zivilisten treffen. Der „Islamische Staat“ (IS) hat nach seiner Expansion im libyschen Chaos seit 2016 jegliches Territorium verloren; in entlegenen Regionen treiben kleinere IS-Gruppen aber weiter ihr Unwesen.

Sudan/Darfur

Hinter der Autonomieforderung für Darfur steht ein Zentrum-Peripherie-Konflikt zwischen der Zentralregierung in Khartoum und dem politisch und wirtschaftlich marginalisierten Westen des Landes. Seit Darfur Anfang der 2000er Jahre vom Friedensprozess zwischen Nord- und Südsudan und der Neuverteilung von Macht und Ressourcen ausgeschlossen blieb, kämpfen darfurische Rebellen gegen die sudanesischen Zentralregierung. Nachdem mehrere Friedensabkommen und internationale Friedensmissionen den Krieg nicht eindämmen konnten, gerät er langsam in Vergessenheit und das internationale Engagement in eine Sinnkrise. Die Situation vor Ort ist so dramatisch wie lange nicht.

Zwei Weltkriege, Millionen Tote, ungezählte Flüchtlinge und dann ein neuer Anlauf für eine internationale Völkerverständigung: Noch während des Zweiten Weltkrieges sondierten die USA und Großbritannien die Möglichkeiten zur Bildung einer globalen Friedensmacht, nachdem der 1920 gegründete Völkerbund, ambitioniert gestartet war, aber dem Ausbruch des zweiten großen Krieges 1939 nichts entgegenzusetzen hatte.

Als ein Manko des 1946 aufgelösten Völkerbundes erwies sich, dass die USA als Weltmacht das Bündnis zwar entscheidend voranbrachten, jedoch letztlich nicht daran teilnahmen. Das Deutsche Reich als Verlierer des Ersten Weltkrieges durfte sich erst mit Jahren Verspätung beteiligen. Ab 1926 gehörte Deutschland dann neben Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan mit einem ständigen Sitz dem Völkerbundrat an, was vor allem dem Einsatz von Außenminister Gustav Stresemann (DVP) (1878-1929) zu verdanken war. 1926 erhielt Stresemann für seine Verdienste um die Verständigung mit Frankreich gemeinsam mit seinem französischen Amtskollegen Aristide Briand den Friedensnobelpreis.

Der Völkerbund mit Sitz in Genf konnte in einigen Konflikten erfolgreich vermitteln, darunter im Streit um die Ålandinseln zwischen Finnland und Schweden. Allerdings schien der Erfolg immer nur dann möglich, wenn keine Großmächte im Spiel waren, die ausschließlich auf ihre eigenen Interessen fokussiert waren und weniger auf das Ziel der Friedenserhaltung. Diese Einstellung änderte sich zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Das Konzept einer weltumspannenden Organisation, dem Frieden verpflichtet, wurde nach Kriegsende 1945 mit der Gründung der United Nations Organization (UNO) umgesetzt. Die UNO entwickelte sich rasch zur wichtigsten globalen Friedensinstitution. Jedoch konnte das in der Präambel der UN-Charta genannte Ziel, „künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren“, nicht erreicht werden. Und so sehen manche Kritiker die UNO wegen der zunehmenden Blockaden im Sicherheitsrat als Debattierclub ohne echte Durchschlagskraft. Gleichwohl repräsentiert die UNO als einzige Organisation das globale Völkerrecht.

Der Friedenskoloss

UNO Die Vereinten Nationen gelten als unverzichtbar, stoßen aber an Grenzen



Die UNO kann mehr politische Durchsetzungskraft entfalten, als jede andere Organisation der Erde. Kriege gibt es dennoch immer wieder.

© picture-alliance/Geisler-Fotopress

Himmel und Hölle Einen weiteren Weltkrieg hat es nicht mehr gegeben, mit der atomaren Bedrohung besteht aber weiter Eskalationspotenzial. Hinzu kommen regionale Dauerkonflikte wie im Nahen und Mittleren Osten, in Asien und Lateinamerika, wie das Heidelberg Institute for International Conflict Research (HIK) festgestellt hat. In seinem „Conflict Barometer“ 2017 listet das Institut nicht weniger als 222 „gewaltsame Konflikte“ (violent conflicts) auf, darunter 20, die als Kriege eingestuft werden. Der Schwede Dag Hammarskjöld (1905-1961), von 1953 bis zu seinem Unfalltod 1961 erfolgreicher Generalsekretär der UN und an der Entschärfung großer Konflikte beteiligt, formulierte einmal: „Die Vereinten Nationen wurden nicht geschaffen, um die Menschheit in den Himmel zu führen, sondern um sie vor der Hölle zu retten.“

Wenn auch der ganz große Wurf des Weltfriedens unrealistisch erscheint, so hat die UNO mitsamt ihren zahlreichen Unterorganisationen und assoziierten Programmen doch wesentlich zur Konfliktlösung in aller Welt beigetragen. Und nicht nur das. Die UNO sorgt heute mit ihren Sozial-, Gesundheits- und Umweltprogrammen dafür, dass in Krisengebieten die ewigen Ver-

lierer von Krieg und Chaos, die Kinder und die Frauen, die Alten und die Schwachen, zumindest Zuwendung und eine Grundversorgung erhalten: Essen, Trinken, Unterkunft, Medikamente.

Erfolg in Liberia Der frühere Berliner SPD-Bundestagsabgeordnete Detlef Dzembitzki (75) verfolgt die Entwicklung der UNO seit vielen Jahren aktiv und sieht in den nachhaltig organisierten Kriseneinsätzen die bedeutendste Stärke der Organisation. Es gehöre zu den größten Leistungen der UN, dass sie bei Konflikten als erste zur Stelle seien und vor allem bis zuletzt blieben, sagt Dzembitzki, der früher der Unterausschuss „Vereinte Nationen“ im Bundestag leitete und heute Vorstandsvorsitzender der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) ist. Als Beispiel für eine erfolgreiche UN-Mission in jüngerer Zeit nennt Dzembitzki den Einsatz in Liberia ab 2003. In dem westafrikanischen Land hatte ein 14 Jahre langer Bürgerkrieg schätzungsweise 250.000 Tote gefordert und die Infrastruktur zer-

stört. Dort habe die UN mit der Friedensmission (UNMIL) erstmals eine Präsidentenwahl und damit einen demokratischen Wechsel ermöglicht. Ellen Johnson Sirleaf setzte sich 2006 im Präsidentschaftswahlkampf durch und wurde die erste Frau, die in Afrika in freier Wahl an die Spitze eines Staates gelangte. Sie wurde 2011 mit dem Friedensnobelpreis geehrt und blieb bis Januar 2018 Staatschefin. Der frühere Präsident Liberias, Charles Taylor, wurde 2003 entmachtet und später als erstes Staatsoberhaupt aus Afrika vor einem internationalen UN-Tribunal wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen verurteilt.

Weit verzweigt Die UNO mit Hauptsitz in New York und Büros in Genf, Wien und Nairobi ist heute eine weit verzweigte Organisation mit 193 Mitgliedsstaaten und rund 76.000 Mitarbeitern im erweiterten UN-System. Die UNO umfasst 13 Programme und Fonds, weitere 20 Sonderorganisationen und angeschlossene Organisationen, fünf wirtschaftliche Regional-

kommissionen, sechs Forschungs- und Ausbildungsinstitute und vier Einrichtungen zu den Themen HIV/Aids, Menschenrechte, Klimaänderungen und Katastrophenvorsorge. Finanziert wird die UNO durch Pflichtbeiträge, Pflicht-Beitragsumlagen (unter anderem zur Finanzierung der Friedensmissionen) sowie freiwillige Beiträge der Mitgliedsstaaten. Die USA sind derzeit mit 22 Prozent größter Beitragszahler, es folgen Japan (knapp 10 Prozent), China (knapp 8 Prozent) und Deutschland (rund 6 Prozent), die alle zusammen rund 46 Prozent zum UNO-Haushalt beitragen. Der im Dezember 2017 beschlossene UN-Haushalt für das Biennium 2018/2019 beläuft sich auf rund 5,4 Milliarden US-Dollar. Für die Friedensmissionen werden für das laufende Fiskaljahr rund 6,8 Milliarden Dollar kalkuliert. Das ist viel Geld und angesichts der enormen Herausforderungen doch immer zu wenig. Die vielen Programme und Missionen sind nach Ansicht von Dzembitzki, die der UN zusätzlich eine besondere Bedeutung

verleihen, denn sie gewährleisten unabhängig von den jeweiligen Stimmungen bei der Generalversammlung oder im Sicherheitsrat und unabhängig vom Erfolg des Generalsekretärs unmittelbare Hilfe für Menschen in Krisenlagen und Krisenländern. So seien heute die großen Flüchtlingslager ohne den UNHCR kaum denkbar. Auch viele Bildungsangebote würden unter dem Dach der UN organisiert.

Geduld gefragt Freilich ist nicht alles glücklich in der UN-Geschichte. Der Politikwissenschaftler und UN-Experte Helmut Volger spricht in seiner Abhandlung über die Geschichte der UNO von „vielen Niederlagen und vielen Siegen, großen Erwartungen und enttäuschten Hoffnungen“. Die Mitgliedsstaaten hätten immer wieder versucht, ihre nationalen Interessen durchzusetzen, die UNO habe jedoch stets „in kreativer Art und Weise“ den Prinzipien ihrer Charta Geltung verschafft. Die UN überzeuge letztlich auch „durch standhaften Optimismus, verbunden mit politischem Realismus und mit großer Geduld“.

Wie groß die Geduld bisweilen sein muss, zeigt das Beispiel des Nahost-Konflikts, wo die UN bereits seit den 1940er Jahren mit Friedensmissionen im Einsatz ist. Als Beleg für die erfolgreiche Flexibilität des UN-Systems nennt Volger die Gründung der UN-Blauhelme, die unter anderem in der Suez-Krise 1956 im Einsatz waren mit dem Ziel, einen Waffenstillstand zwischen Ägypten und Israel zu sichern. Die Blauhelme, die nach einem Beschluss des UN-Sicherheitsrates und mit Zustimmung der Konfliktparteien entsandt werden, erhielten 1988 den Friedensnobelpreis.

Reformzwang Sieben Jahre später, 1995, kam es im Bosnien-Krieg zum Massaker von Srebrenica. Unter den Augen niederländischer Blauhelmsoldaten ermordeten bosnische Serben nach der Einnahme Srebrenicas mehr als 7.000 muslimische Männer und Jugendliche. Die Blauhelme, die für die Schutzzone verantwortlich waren, konnten gegen die Angreifer nichts ausrichten. Ein traumatischer Moment für die UN, deren Friedenssicherung hier versagte, wie Volger resümiert (siehe auch Seite 8). Ähnlich wie beim Massaker in Ruanda 1994 habe der Vorfall in Srebrenica „das Vertrauen der Menschen in die Friedenssicherung der Vereinten Nationen erschüttert“. Die Kriegsverbrecher wurden Jahre später vor UN-Tribunalen verurteilt.

Das System der Vereinten Nationen ist schon oft reformiert worden. Neue Herausforderungen, Fehler und Unzulänglichkeiten halten den Reformdruck aufrecht. Längst geht es nicht mehr nur um die Befriedung von Konflikten. Die UNO ist auch engagiert im Kampf gegen Hunger, Krankheiten, Umweltgifte und die globale Erwärmung.

International mit Sorge gesehen werden die zunehmenden Konfrontationen im Sicherheitsrat, der, wie jüngst im Fall Syrien, lange verhandeln muss, um überhaupt zu einer Resolution zu kommen, die dann womöglich nicht eingehalten wird. Mit der neuen US-Administration ist nicht nur ein Streit über die Höhe der Beitragsgelder an die UNO entbrannt, die US-Präsident Donald Trump um 285 Millionen Dollar in zwei Jahren kürzen will. Die Vetomächte USA und Russland blockieren sich auch im UN-Sicherheitsrat, sodass Entscheidungen gefährlich lange hinausgezögert werden, etwa im Fall der syrischen Rebellenklave Ost-Ghouta, wo Tausende Menschen auf eine Waffenruhe angewiesen sind. Fälle wie dieser erklären, warum Experten inzwischen auch Alternativen zur UN-Friedenssicherung diskutieren (siehe Interview unten) und nach neuen Wegen suchen, Frieden zu schaffen. *Claus Peter Kosfeld*

KOMPAKT

Das System der Vereinten Nationen

> Programme Die UNO umfasst 13 Programme und Fonds, darunter die Flüchtlingsorganisation UNHCR, das Kinderhilfswerk UNICEF und das Welternährungsprogramm WFP.

> Sonderprogramme Assoziiert sind 20 weitere Einrichtungen, so die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO, die Atomenergie-Organisation IAEA, der Währungsfonds IWF, die Kulturorganisation UNESCO und die Weltgesundheitsorganisation WHO.

> Finanzen Größte Beitragszahler sind die USA, Japan, China und Deutschland.

»Wir müssen etwas gegen die ungleiche Entwicklung in der Welt unternehmen«

FRIEDENSSICHERUNG Verschiedene multilaterale Organisationen beteiligen sich an Einsätzen zur Konfliktlösung. Nicht immer ist ein dauerhaft friedlicher Ausgang garantiert

Herr Gareis, neben der UNO beteiligen sich auch andere multilaterale Organisationen an der internationalen Friedenssicherung. Wie funktioniert das? Die Vereinten Nationen stellen mit den Beschlüssen des Sicherheitsrates das völkerrechtliche Rahmenwerk und erteilen das Mandat für einen Einsatz. Die UN arbeiten mit einer Reihe von Regionalorganisationen zusammen. Die Afrikanische Union (AU) etwa unterhält mit der UNO eine „hybride Mission“ in Darfur (UNAMID). Neben den reinen Blauhelmeinsätzen der UN gibt es sogenannte mandatierte Einsätze, bei denen die regionalen Organisationen eine Mission selbst planen, finanzieren und ausführen. In Somalia zum Beispiel organisiert die AU eine mandatierte Mission (AMISOM). Es gibt aber auch Fälle, wo die UN und eine oder mehrere Organisationen parallel in Aktion treten, etwa im Kosovo, oder im Kongo 2006, wo neben der UN auch die Europäische Union (EU) mit einer Mission aktiv war.

Und diese Doppel-Missionen sind erfolgreich?

Das kann man schon so sagen, denn beide Seiten haben etwas davon. So bekommen die UN Unterstützung auch in komplizierten Einsätzen, und die EU oder die NATO können auf ihre eigenen Strukturen zurückgreifen.

Andererseits kann jeder Soldat und jeder Hubschrauber nur einmal eingesetzt wer-

den, und wenn die Kräfte schon in EU- oder NATO-Operationen eingebunden sind, stehen sie der UN nicht mehr zur Verfügung. Das ist dann eine Art Zweiklassen-Friedenssicherung mit womöglich schlechter ausgestatteten UN-Missionen. Im Kosovo und in Bosnien-Herzegowina haben solche Einsätze auf der Basis eines UN-Mandates mit der NATO und EU aber gut funktioniert.

Es werden auch alternative Formate zur Friedenssicherung diskutiert, wie weit gediehen sind diese Überlegungen?

Die Ideen kommen immer mal wieder auf, wenn man mit der UNO unzufrieden ist. Dann werden sogenannte Club-Governance-Formate diskutiert, um mit einer kleineren Zahl von Mitgliedern schneller zu Ergebnissen zu kommen. Diesen fehlt aber schlicht die Legitimation, während die UNO mit ihrer Charta das Völkerrecht und die Staatengemeinschaft repräsentiert. Das ist letztlich der einzige legitime Rahmen für weitreichende Entscheidungen über Krieg und Frieden.

Die G7- oder die G20-Staaten etwa haben faktisch viel Macht und können große politische Wirkung entfalten, aber die rechtliche Legitimation hat nur die UNO.

Die Staatengemeinschaft steht neben der Konfliktbewältigung noch vor weiteren großen Herausforderungen. Welches Problem muss vor allem gelöst werden?

Die entscheidende Aufgabe besteht darin, etwas gegen die ungleiche Entwicklung in der Welt zu unternehmen. Es gibt eine himmelschreiende Ungerechtigkeit, was die Zugänge zu Lebensancen betrifft. Die Bekämpfung der Unterentwicklung ist die entscheidende Herausforderung im 21. Jahrhundert. Die UNO hat ja 2015 die Ziele für nachhaltige Entwicklung ausgerufen, etwa gegen Armut, für bessere Gesundheit, Bildung, aber auch für den Schutz der Umwelt. Das ist ein wichtiger Ansatz, aber

letztlich müssen alle Staaten, auch die Entwicklungsländer, ihre Verantwortung wahrnehmen, damit die Unterstützung nicht in den Taschen Weniger landet.

Wie bewerten Sie den jüngsten Konfrontationskurs der USA gegenüber der UNO? US-Präsident Trump fordert ja Reformen.

Die UN sind in einem permanenten Reformprozess und das wird so weitergehen. Die USA waren immer auch ein schwieriger Partner der UN. Sie haben Reformen gefordert und dabei auch den finanziellen Hebel eingesetzt. Das könnte jetzt wieder zu einer komplizierten Lage führen. Wichtig ist, dass die UNO effizienter und effektiver wird. Das ist aber nicht einfach, weil die UNO aus 193 Staaten besteht, die ihre Interessen auch beim organisatorischen Zuschnitt und den Arbeitsweisen berücksichtigt sehen wollen.

Im Fall Syrien ist kürzlich eine Resolution des Sicherheitsrates für einen Waffenstillstand nicht umgesetzt worden. Woran liegt das?

In solchen Fällen heißt es dann immer, die UN hätten versagt, wenn schwach formulierte Resolutionen nicht eingehalten werden. Aber letztlich sind die einzelnen Mitglieder der UN verantwortlich. Gerade im Sicherheitsrat mit seinen fünf ständigen und zehn nichtständigen Mitgliedern ist nach wie vor zu beobachten, dass die ein-

zelstaatlichen Interessen oft Vorrang haben.

In einigen Krisenregionen verfestigen sich die Konflikte. Welcher Regionalkonflikt macht Ihnen am meisten Sorgen?

Die Lage in Syrien ist furchtbar, auch im Jemen und in Sub-Sahara Afrika, wo die Dauerkonflikte schon fast zu einer Gewöhnung geführt haben. Die Probleme kommen nun auch hier an, weil massenhaft Menschen von dort nach Europa fliehen. Die Staatengemeinschaft muss daran arbeiten, die Lebenschancen dieser Menschen zu verbessern, was aber leichter gefordert, als politisch umgesetzt ist.

Die USA und Nordkorea haben sich unlängst gegenseitig mit einem Atomschlag gedroht. Sehen Sie einen Ausweg aus dem Atom-Dilemma?

Man wird schlicht anerkennen müssen, dass Nordkorea eine Atommacht ist und muss dann sehen, wie man mit dem neuen Status dieses Landes umgeht. Nordkorea ist sicher nicht darauf aus, seine Atomwaffen einzusetzen und einen Konflikt zu eskalieren, den es nicht gewinnen kann. Es wird darum gehen, mit Nordkorea zu sprechen, Zeit zu gewinnen und auf graduelle Annäherungen zu setzen, um diesen gefährlichen Konflikt herab zu ziehen. Man kann nicht davon ausgehen, dass Nordkorea durch Sanktionen dazu ge-

bracht wird, von seinem Atomprogramm abzusehen. Über Verhandlungen kann die Gefahr aber reduziert werden.

Wagen Sie eine Prognose, wie friedlich oder auch nicht die Erde in 20 Jahren sein wird?

Auf eine Prognose würde ich mich nicht einlassen. Wichtig ist, dass die Staaten und Gesellschaften erkennen, dass es nur diese eine Erde gibt und Konflikte, Bedrohungen und sozioökonomische Verwerfungen uns letztlich alle angehen. Wir brauchen mehr Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit, mehr Anstrengungen beim Klima- und Umweltschutz und insgesamt einen partnerschaftlichen Umgang der Staaten.

Das Gespräch führte Claus Peter Kosfeld. |

Professor Sven Bernhard Gareis lehrt Politikwissenschaft an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster. Er ist Experte für internationale Sicherheitspolitik und die Vereinten Nationen.



Der Politikwissenschaftler Sven Gareis

© picture-alliance/epa

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Oft ein zahnloser Tiger

UNO-MISSIONEN Eine Bilanz nach 70 Jahren – die Weltorganisation und ihr Versuch, mit internationalen Einsätzen Frieden zu gewährleisten

Die militärischen Missionen der UNO und ihre Rahmenbedingungen haben sich in den 28 Jahren seit Ende des Kalten Krieges stark verändert: Vom relativ kalkulierbaren „Peacekeeping“ (Friedenssicherung) unter klar geregelten Voraussetzungen hin zu robusteren Einsätzen zur Erzwingung und Durchsetzung von Frieden (Peace Enforcement) mit unwägbarer, höherem Eskalationsrisiko. Dabei war ein „Peacekeeping“ in der 1945 verabschiedeten Gründungscharta gar nicht ausdrücklich vorgesehen. Die Charta enthält in ihrem Kapitel 7 lediglich Bestimmungen für die Entsendung von UNO-Kampfruppen oder zur Ermächtigung von Mitgliedsstaaten durch den Sicherheitsrat, militärische Mittel einzusetzen zur „Wiederherstellung von Frieden und internationaler Sicherheit“. Diese Bestimmungen der Charta kamen indes nur zwei Mal zur Anwendung: 1950 entsandte die Weltorganisation Kampfruppen in UNO-Uniformen in den Korea-Konflikt. Ende 1990 legitimierte der Sicherheitsrat die UNO-Mitgliedsstaaten zum Einsatz „aller erforderlichen Mittel“, um die irakischen Besatzungstruppen aus Kuwait zu vertreiben – was unter Führung der USA nach Ablauf des UN-Ultimatums an die irakische Führung unter Saddam Hussein Mitte Januar 1991 geschah (2. Golfkrieg). Die Peacekeeping-Missionen entwickelten sich eher aus der Not heraus. Schon im Mai 1948 hatte der Sicherheitsrat zum ers-

ten Mal Militärbeobachter entsandt, um den Waffenstillstand im ersten militärischen Konflikt zwischen Israel, den Palästinensern und diversen arabischen Nachbarstaaten zu überwachen. Bis zum Ende des Kalten Krieges folgten weltweit 13 weitere Peacekeeping-Missionen, immer mit den Vorbedingungen eines Waffenstillstands zwischen den Konfliktparteien mit einer klar definierten geographischen Linie sowie ihrer ausdrücklichen Zustimmung zur Stationierung von UNO-Blauhelmsoldaten entlang dieser Linie. Deren Auftrag war ausschließlich, die Einhaltung des Waffenstillstands zu überwachen beziehungsweise eine Pufferzone zwischen den Konfliktparteien zu sichern und damit ein Wiederaufflammen von Kriegshandlungen zu verhindern. Bewaffnet waren die Blauhelme lediglich mit Handfeuerwaffen zur Selbstverteidigung.

Das Jahr 1989 als Zäsur Den meisten Missionen gelang es, weitere Kriegshandlungen dauerhaft zu verhindern. Ihre relative Erfolgsgeschichte endete mit dem Kalten Krieg. Zwar mandatierte der Sicherheitsrat allein zwischen 1989 und 1994 mehr Einsätze (17) als in den vorangegangenen 45 Jahren. Insgesamt waren es bislang 77 Missionen, von denen 61 abgeschlossen sind. Ein Grund für den erheblichen Anstieg nach 1989 liegt darin, dass die ehemaligen Einflussphären und Hinterhöfe der USA und der Sowjetunion, in denen Missionen der UNO aus geopolitischen Gründen ausgeschlossen waren, nach Ende



Soldaten neben Soldaten im bosnischen Bürgerkrieg: Schwedische und dänische Mitglieder einer UN-Einheit fahren 1994 an bosnischen Kämpfern vorbei.

© picture-alliance/dpa

der globalen Ost-West-Konflikte nicht mehr existierten. Die seit 1989 mandatierten Einsätze fanden aber unter zum Teil erheblich veränderten Rahmenbedingungen statt, zunächst ohne dass das Mandat der Blauhelmsoldaten und ihre Einsatzregeln den neuen Herausforderungen angepasst wurden. Zu Beginn der Peacekeeping-Operation zur Befriedung des Bürgerkrieges in Somalia (UNOSOM) im Jahr 1992 etwa existierte in dem nordostafrikanischen Land weder ein Waffenstillstand zwischen den drei Bürgerkriegsparteien noch eine handlungsfähige Zentralregierung. Entscheidend verändert wurden die militärischen Missionen durch die Erfahrungen



Deutscher Soldat auf UN-Mission.

der UNO-Schutztruppe UNPROFOR (United Nations Protection Forces), die der Sicherheitsrat ab 1991 in Reaktion auf die jugoslawischen Zerfallskriege nach Kroatien und Bosnien-Herzegowina entsandte. Der Sicherheitsrat hatte damals die bosnische Hauptstadt Sarajevo und fünf weitere von den Milizen der serbischen Nationalisten belagerte Städte zu „UNO-Schutzzonen“ erklärt. Auftrag der UNPROFOR war es, die Bevölkerung in diesen Zonen gegen militärische Angriffe von außen zu schützen sowie die Lieferung humanitärer Versorgungsgüter zu gewährleisten. Die Mission scheiterte weitgehend, weil das Mandat realitätsfern und die darauf basierenden operativen Einsatzregeln für die Blauhelmsoldaten unzureichend waren. Im Juli 1995 wurde Srebrenica erobert und ein Völkermord an rund 8.000 ihrer männlichen muslimischen Einwohner verübt. Für diese Katastrophe tragen allerdings die beiden ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates USA und Frankreich erhebliche Mitverantwortung. Denn die Regierungen in Washington und Paris verhinderten, dass das zwischen der UNO und der NATO bereits im Februar 1993 vereinbarte Verfahren zur Herbeiführung von NATO-Luftstreitkräften zur Abwehr von Angriffen auf die UNO-Schutzzonen in Bosnien-Herzegowina im Juli 1995 in Srebrenica umgesetzt wurde. Im Jahr zuvor versagte der gesamte Sicherheitsrat vor der Herausforderung, rechtzeitig eine vom damaligen Generalsekretär Boutros Boutros Ghali geforderte robuste Blauhelmschutztruppe nach Ruan-

da zu entsenden, um den drohenden Völkermord der Hutus an den Tutsis zu verhindern.

Reformvorschläge Das Scheitern der UNO in der ersten Hälfte der 1990er Jahre in Somalia, Ruanda und Bosnien-Herzegowina führte zum Einen zu einer intensiven Debatte über die Reform militärischer Missionen der Weltorganisation. Eine vom damaligen Generalsekretär Kofi Annan beauftragte Expertengruppe unter Leitung des algerischen Diplomaten Lakdar Brahimi legte im Jahr 2000 einen Bericht mit 57 Reformvorschlägen vor. Zu ihnen zählten eine schnellere und ausreichende Bereitstellung von Soldaten und Ausrüstung aus den Mitgliedsstaaten sowie die Erhöhung des Budgets für Friedensmissionen genauso wie realistischere Mandate des Sicherheitsrates für „robustere“ Einsätze zur Friedenserzwingung (peace enforcement). Die wenigsten Forderungen wurden umgesetzt, und auch sie nur teilweise. „Robustere“ Einsätze von UNO-Soldaten finden in den letzten 15 Jahren vor allem auf dem afrikanischen Kontinent statt. Plädoyers für ausreichendes Personal, Ausrüstung und mehr Geld scheitern weiterhin am Unwillen der Mitgliedsstaaten. Die jüngste drastische Kürzung der US-Beitragszahlungen

um mehr als 600 Millionen Dollar jährlich führt dazu, dass bereits angelaufene Missionen erheblich eingeschränkt oder gar abgebrochen werden müssen und vom Sicherheitsrat beschlossene künftige Missionen wenn, dann nur in reduziertem Umfang beginnen.

Zum Zweiten führte das „Scheitern“ der UNO-Missionen der 1990er Jahre zu neuen Formen der Arbeitsteilung zwischen der UNO und anderen Akteuren wie den USA oder der NATO. Erste Beispiele waren die Einsätze auf Haiti 1994 und in Bosnien-Herzegowina ab 1995/96. In Haiti kam zuerst die US-geführte Multinational Force (MNF) zum Einsatz, die später die Verantwortung an die UN-Mission in Haiti (UNMIH) abgab. In Bosnien-Herzegowina wurde der internationale Einsatz parallel organisiert: die NATO leitete die militärische Komponente, die UNO die Polizei und den zivilen Aufbau. Die Bilanz dieser Arbeitsteilung fällt allerdings nicht besser aus als bei den reinen UNO-Missionen. Der bisher umfangreichste und längste Einsatz dieser Art, den die NATO und die UNO im Herbst 2001 in Afghanistan begannen, ist gemessen an den damals verkündeten Zielen restlos gescheitert.

Andreas Zumach

Der Autor ist freier Journalist in Genf.

Die Erfahrungen aus den Jugoslawien-Kriegen markierten eine Wende.

Gerecht ist nur der Frieden

KRIEG UND SEINE RECHTFERTIGUNG Über die Frage nach der Existenz eines gerechten Krieges wird seit Jahrhunderten gestritten. Eine Antwort steht aus

Die Frage, ob es den gerechten Krieg gibt, lässt sich einfach beantworten: Es kommt darauf an. Diese Antwort ist natürlich unbefriedigend und bedarf der Differenzierung. Bereits die Antwort auf die Frage, was Krieg ist, ist umstritten. Es existiert keine allgemein akzeptierte Definition dieses Begriffs. Sie ist vielmehr Gegenstand politischer und wissenschaftlicher Debatten. Man denke an die politisch brisante Streitfrage aus der letzten Dekade, ob Deutschland in Afghanistan im Krieg ist. Der binären Unterscheidung zwischen gerechtem und ungerechtem Krieg liegen politische und ethische Konzepte zugrunde.

Die Frage nach dem gerechten Krieg ist so alt wie der Krieg selbst und ebenfalls umstritten. Was ist gerecht? Sind die Rechtfertigungsgründe überzeugend? Wer entscheidet darüber? In historischer Perspektive hat es schon immer Regeln für den Krieg gegeben, zumindest zwischen kulturell ähnlichen Gegnern. Sie variierten je nach gesellschaftlichem Kontext und moralischen Standards. Prinzipien eines gerechten Krieges haben sich über eine lange Zeitspanne

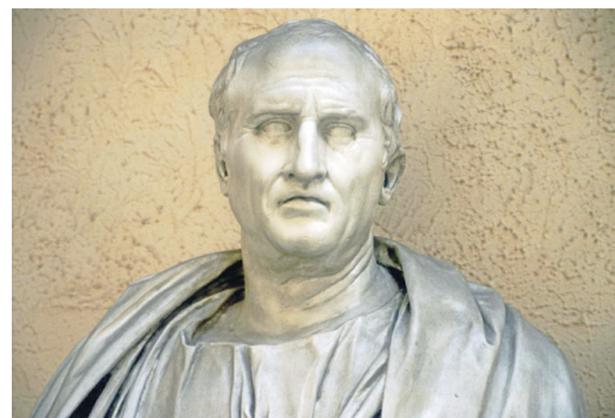
entwickelt. Schon in der Tugendethik der antiken Griechen galten Angriffskriege als ungerecht und Verteidigungskriege als legitim. Cicero nennt als gerechte Kriegsgründe etwa Strafe für erlittenes Unrecht, Selbstverteidigung und Nothilfe. Allerdings betrachtete das Römische Reich auch Angriffskriege als gerecht, sofern die Götter sie unterstützten. Thomas von Aquin bekräftigte im Mittelalter, dass nur die von Gott eingesetzte Autorität das Recht hat, Krieg zu führen, sofern dafür ein gerechter Grund vorliegt und eine gerechte Absicht zugrunde liegt. Während des Dreißigjährigen Krieges zerbrach schließlich die moralische Autorität der christlichen Kirchen als Quelle für den gerechten Krieg.

Gewaltverzicht An die Stelle einer höheren Ordnung traten die moderne Naturrechtslehre und das auf Vernunft basierende Vertragsrecht. Nach dem Westfälischen Frieden oblag es allein dem souveränen Territorialherren, über Krieg und Frieden zu entscheiden, allerdings eingeschränkt durch ein sich entwickelndes Kriegsrecht. Immanuel Kant plädierte für ein durchsetzbares

Völkerrecht, dem sich jeder Staat zu unterwerfen habe, wenn Frieden dauerhaft sein sollte. Neben der Idee eines universellen, auf Völkerrecht basierenden Friedens schritt die Kodifizierung des Kriegsvölkerrechts voran, etwa durch die Haager Friedenskonferenzen 1899 und 1907. Die grausigen Erfahrungen des Ersten Weltkriegs führten 1928 im Briand-Kellogg-Pakt zum Verbot des Krieges.

Nach dem Zweiten Weltkrieg schrieben die Staaten sogar einen generellen Gewaltverzicht in die UNO-Charta. Kriegerische Gewalt ist seitdem völkerrechtlich nur unter zwei Bedingungen erlaubt: zur Verteidigung im Falle eines Angriffs und, wenn der UNO-Sicherheitsrat das Mandat für Zwangsmaßnahmen erteilt. An die Stelle des gerechten Krieges trat eigentlich die Friedenspflicht.

Debatte hält bis heute an Gleichwohl hält die Debatte über das Für und Wider von Krieg an. Die bis heute grundlegenden Kriterien für die normative Beurteilung von Krieg unterteilen sich in Prinzipien des Rechts zum Krieg (ius ad bellum) und des Rechts im Krieg (ius in bello). Krieg muss



Auch Cicero dachte über Kriege und ihre Rechtfertigung nach.

© picture-alliance/dpa

nach dem ius ad bellum einen gerechten Grund haben, von einer legitimen Autorität erklärt, mit rechter Absicht getroffen, als letztes Mittel angewendet und in der begründeten Hoffnung auf Erfolg begonnen werden.

Das ius in bello besagt, die Verhältnismäßigkeit der Mittel und die Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nichtkom-

battanten zu beachten. Die Anwendung militärischer Gewalt ist nach der Theorie des gerechten Krieges nur dann legitim, wenn ein Staat alle diese Kriterien erfüllt. Das Problem ist, dass diese Kriterien recht abstrakt und allesamt unterschiedlich interpretierbar sind.

Auf politischer Ebene stellen sich eher praktische Fragen: Wann liegt beispielswei-

se ein Angriffskrieg vor? Kriege werden schon lange nicht mehr erklärt. Welche Gewaltschwelle ist hinreichend, um Verteidigungsmaßnahmen zu rechtfertigen? Was gilt, wenn beide Seiten sich beide Seiten bedroht fühlen? Veränderungen des Kriegsbildes verkomplizieren das Problem. Gibt es seit der Erfindung der Nuklearwaffen überhaupt noch moralische Rechtfertigungsgründe für Krieg? Sind humanitäre Interventionen in souveräne Staaten, wie sie die umstrittene Norm der Schutzverantwortung vorsieht, gerechtfertigt? Können die Kriterien des gerechten Krieges in „hybriden Kriegen“, die ja zum Teil in einer Grauzone stattfinden, überhaupt Anwendung finden? Regionale und universelle Friedensordnungen haben nur Aussicht auf Realisierung und Bestand, wenn sie Antworten auf diese Fragen finden. Die Prinzipien des ius ad bellum und des ius in bello sollen eine moralische Richtschnur geben. Bei allem Interpretationsspielraum kann man sagen, dass es besser ist, solche Kriterien zu haben, als gar keine. Man kann aber auch sagen, es gibt eigentlich keinen gerechten Krieg, sondern nur einen gerechten Frieden.

Hans-Georg Ehrhart

Der Autor ist Leitungsmitglied des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

»Eine Krise des Zusammenhalts«

FRIEDENSFORSCHUNG Nicole Deitelhoff über die Stabilität von Normen und die Notwendigkeit des lebendigen Streits

Der Nahe Osten steht in Flammen, Russland provoziert an den EU-Außengrenzen und Kim-Jong Un will die Bombe. Frau Deitelhoff, müssen wir uns Sorgen machen?

Wir müssen uns immer Sorgen machen. Krisen und Konflikte gibt es immer. Gewisse Krisen sind aber tatsächlich bedrohlicher geworden. Dass wir uns mit Blick auf Nordkorea am Rande einer nuklearen Auseinandersetzung befinden, gehört dazu. Oder auch das Kalte-Krieg-Säbelrasseln zwischen Russland und den USA und deren Aufrüstung der nuklearen Arsenalen. Das ist gerade für Europa eine Bedrohung, für die es noch keine überzeugenden Antworten gefunden hat. Wir befinden uns aber auch in einer gefühlten Zeit der multiplen Krisen.

Was meinen Sie damit?

Angefangen hat das mit der großen Finanz- und Schuldenkrise der 2000er Jahre und hat danach kaum noch abgenommen. Allenthalben scheint aktuell der Populismus an Kraft zu gewinnen und unsere Demokratien in die Krise zu stürzen. Den Brexit hätte man sich vor einigen Jahren auch nicht vorstellen können. Bei den Vereinten Nationen ist der Sicherheitsrat komplett blockiert. Und auch die Welthandelsorganisation muss sich gerade fragen, was ihre Zukunft ist, wenn US-Präsident Donald Trump plötzlich wieder Handelskriege anzetteln will.

Erleben wir in dieser gefühlten Zeit der Krise das Ende der liberalen Ordnung? Schließlich werden grundlegende Normen wie das Verbot von Folter oder des Einsatzes von Chemiewaffen in Frage gestellt.

Das glaube ich nicht. Aber diese gefühlte Krise erstreckt sich auch auf liberale Werte und Normen. Gleichzeitig wird aber zu wenig darauf geschaut, ob diese gefühlte Krise tatsächlich einen Niederschlag findet – und in der Forschung sehen wir, dass es in vielen Fällen eben nicht der Fall ist. Obwohl die USA, salopp gesprochen, ihr Bestes getan haben, um die Folter-Norm kaputt zu machen, gibt es nicht mehr Folter. Die anderen Staaten haben sich vielmehr gegen die Aufweichung des Folterverbotes gewehrt. Solche Entwicklungen lassen sich in verschiedenen Bereichen beobachten. Interessant wird es dann, wenn Normen tatsächlich geschwächt werden.

Zum Beispiel?

Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) ist dafür ein guter Fall. Klare Normbrüche, etwa wenn Länder nicht mit dem IStGH kooperieren, werden nicht mehr verurteilt. Der sudaneseische Präsident Umar al-Baschir, gegen den ein Haftbefehl des Gerichtshofs vorliegt, kann quasi frei durch ganz Afrika reisen. Das ist ein deutliches Zeichen dafür, dass etwas in Bewegung geraten ist.

Woran liegt das?

Im Fall von al-Baschir hatte die Afrikanische Union den UN-Sicherheitsrat darum gebeten, das Verfahren für sechs Monate aufzuhalten, um vor Ort eine Lösung zu finden. Der Sicherheitsrat reagierte darauf aber auf eine sehr eigentümliche Weise – nämlich mit Nicht-Befassung. Das Ansinnen der wichtigsten Regionalorganisation Afrikas wurde einfach ignoriert. Danach hat sich die Kritik, die zu Beginn noch konstruktiv war, radikalisiert.

Fehlt international eine Sanktionsinstanz, die im Zweifel auch mal zuschlägt?

Wir haben diese Instanz im Grunde mit dem UN-Sicherheitsrat. Der ist aber blockiert. Nun könnte man viel über Reformen reden, aber in der gegenwärtigen Großwetterlage wird da nichts passieren. Es gibt nun zwei Möglichkeiten, mit dieser Problematik umzugehen: Zum einen könnte die Generalversammlung dem Sicherheitsrat im Sinne der „Uniting for Peace“-Resolution die Arbeit abnehmen. Das ist sehr schwierig zu erreichen, aber die einzig legitimierte Alternative. Eine weniger attraktive, aber häufigere Variante sind „Koalitionen der Willigen“. Das



„Es kommt kaum noch zu Auseinandersetzungen innerhalb der Gesellschaft über gemeinsame Werte und Normen, sondern es wird nur noch innerhalb kleiner Milieus diskutiert.“

Nicole Deitelhoff

Gegensätzlicher wurde es selten: SDS-Vordenker und 68er-Ikone Rudi Dutschke (links) diskutierte im Januar 1968 mit dem Soziologen und FDP-Politiker Ralf Dahrendorf. 50 Jahre später fürchten Beobachter, dass der konstruktive Streit kaum noch stattfindet – man diskutiert innerhalb des eigenen Milieus, nicht mehr mit dem Anderen. © picture-alliance/dpa

kann ein einzelner Staat sein wie die USA, aber auch größere regionale oder überregionale Koalitionen.

Wie ist denn die EU als Friedensmacht aufgestellt?

Im außen- und sicherheitspolitischen Bereich ist die EU nicht gut aufgestellt. In vielen verteidigungspolitischen Fragen gibt es eine sehr große Heterogenität, treffen doch in der EU ständige Mitglieder des Sicherheitsrates, Nuklearmächte, Nicht-Nuklearmächte, neutrale Staaten und Nato-Partner aufeinander. Ich sehe momentan nicht, wie daraus ein globaler Akteur gemacht werden kann, der mit einer Stimme spricht oder gar eine eigene Armee unterhält. Die EU ist aber sehr stark im Bereich der zivilen Konfliktprävention. Ihre große Herausforderung in Zukunft wird in der Verzahnung von militärischer Projektionsfähigkeit und Operabilität mit den Stärken in der zivilen Konfliktprävention und -bearbeitung bestehen.

Welche Rolle spielt die Bundesrepublik in diesem Kontext?

Deutschland muss insbesondere mit Frankreich den Austausch suchen. Macron hat sehr konkrete Pläne auf den Tisch gelegt, zu denen sich Deutschland noch nicht verhalten hat. Ist Deutschland bereit, über Europa als Interventionsmacht zu reden? Kann sie das aus friedenspolitischer Sicht wollen? Das ist eine von Macrons Ideen. Da müssen noch viele Hausaufgaben gemacht werden.

Die Globalisierung hatte einst als visionären Unterbau die Hoffnung, eine friedlichere Welt zu gestalten. Inzwischen wird Globalisierung häufig kritisch gesehen. Was ist passiert?

Globalisierung bedeutet grundsätzlich etwas Positives, da Verbindungen geschaffen werden, die zu mehr Wissen führen. Mehr Wissen führt häufig dazu, dass eine friedliche Koexistenz wahrscheinlicher wird. Zugleich produziert Globalisierung aber Verlierer und Gewinner. Das haben wir lange nicht beachtet beziehungsweise es wurde angenommen, dass sich diese Effekte über allgemeine Wohlstandssteigerung auffangen lassen. Das ist aber nicht passiert.

Verbunden mit der Globalisierung war das universalistische Projekt auf liberaler Basis – hat sich der Westen zu viel vorgenommen?

Was hat uns eigentlich in irgendeiner Weise zu der Idee verleiten können, dass

Globalisierung auch Harmonisierung in unserem Sinne bedeuten würde? Es gab nichts in der Geschichte, was darauf hindeutete. Das heißt nicht, dass wir global nicht ein Set von substantiellen Normen und Werten erreichen können. Aber es wird auch immer gestritten werden und das muss auch so sein, denn sonst wären diese Normen und Werte faktisch tot.

Tut der Westen genug, um eigene Normen und Werte zu verbreiten?

Die Euphorie nach Ende des Kalten Krieges ist verfliegen. Die Politik des militärischen Demokratieexports beispielsweise im Nahen und Mittleren Osten hatte verheerende Auswirkungen. Auch die Demokratieförderungs-Politik hat die hohen Erwartungen, die in sie gesetzt wurden, nicht erfüllen können. Größere autoritäre Systeme, insbesondere Russland, bemühen sich inzwischen hingegen um Autokratie-Export in der eigenen Nachbarschaft. Dass das so erfolgreich

ist, hängt natürlich auch mit einer alten Problematik zusammen. Die liberalen Werte, die man immer mit einer Monstranz vor sich hertrug, sind teilweise im eigenen Handeln nicht umgesetzt worden. Wie soll man gegenüber anderen auf das humanitäre Völkerrecht pochen, wenn man selbst gerne gezielt mit Drohen tötet oder foltert?

Auch innerhalb der liberalen Demokratien kriselt es gewaltig. Woran liegt das?

Wir sehen eine Krise des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Es kommt kaum noch zu Auseinandersetzungen innerhalb der Gesellschaft über gemeinsame Werte und Normen, sondern es wird nur noch innerhalb kleiner Milieus diskutiert – und diese Milieus werden sich gegenseitig fremd. Diese Fremdheit führt dann zu Ressentiments, zu Herablassungen bis hin zu Feindschaft. Das sehen wir vor allem in den USA, aber auch in Europa.

Man streitet also nicht mehr konstruktiv miteinander?

Das passiert kaum noch. Das liegt auch an der Politik, die jahrzehntelange versucht hat, den gesellschaftlichen Konflikt einzuhegen und dafür immer neue Methoden gefunden hat, wie er umgangen werden kann: Runde Tische, Sachverständigenengremien, neue Formen der Bürgeranhörungen und Ähnliches sollen Konflikte auflösen, in dem sie direktere Partizipation ermöglichen und Wissen produzieren. Das hat bei vielen Bürgern, vor allem in der Unterschicht, eher zu einer

Entfremdung geführt. Denn für sie ist unklar geworden, wo Politik entschieden wird. Im Parlament? In irgendwelchen Kommissionen? In Brüssel? Sie haben das Gefühl von Entscheidungen betroffen zu sein, auf die sie keinen demokratischen Einfluss mehr haben.

Ist das ein Plädoyer gegen mehr Kommissionen, mehr Gremien und mehr Beteiligung?

Solche Verfahren können aufzeigen, was es für Optionen gibt und was für Implikationen einzelne Entscheidungen haben. Aber es muss wieder deutlicher werden, was politische Entscheidungen sind. Denn natürlich können politische Gemeinwesen sich für Optionen entscheiden, selbst wenn sie teurer oder weniger effizient sind, weil es ihren Zielen als Gemeinwesen entspricht. Das ist das Wesen politischer Entscheidungen und das bedeutet auch, dass wir ständig festlegen müssen, zu wessen Gunsten und zu wessen Ungunsten wir entscheiden. Wir dürfen nicht so tun, als würden mehr Wissen und neue Partizipationsformen dieses Wesen politischer Entscheidungen verändern können.

Wie verändert sich das Reden über Frieden und Gewalt in Zeiten von Cyberkrieg und autonomen Waffen?

Eigentlich überhaupt nicht. Wenn wir über die Entmenschlichung des Krieges sprechen, dann fragen wir, wer eigentlich verantwortlich ist für die Programmierung von Maschinen oder das Drücken auf den roten Knopf und mit welchen Konsequenzen das geschieht. Aus der Perspektive der Friedens- und Konfliktforschung haben wir aber ein Expertiseproblem. Wir brauchen mehr Fachleute im Bereich der Informationswissenschaften, Informatik und bestimmter Ingenieurwissenschaften. Die können wir aber nicht so einfach akquirieren. Im Bereich der Informatik promoviert man beispielsweise nicht unter einer 100-Prozent-Stelle. Davon hat man in den Sozialwissenschaften quasi noch nie gehört. Da brauchen wir kluge Lösungen. Das bedeutet auch, dass wir wieder Sensibilität für Friedens- und Konfliktforschung erzeugen müssen. Die große Begeisterung, die es gerade bei den Physikern und in den frühen Informationswissenschaften mal gab, ist leider abgeebbt.

Ist die Friedensforschung, die Sie betreiben, eigentlich relevant? Wird sie gehört?

Die Ratschläge und Analysen des HSKF werden nachgefragt. Dafür tun wir aber auch viel. Wir übersetzen unsere Ergebnisse so, dass sie für Politik und Zivilgesellschaft handhabbar werden und nicht nur in Bibliotheken landen. Ein Beispiel dafür ist unser jährliches Friedensgutachten, das wir zusammen mit anderen Friedensforschungsinstituten herausbringen. Darin analysieren wir nicht nur aktuelle Krisen, sondern formulieren klare Empfehlungen und Forderungen an die Politik. Wir werden gehört und sind regelmäßig im Gespräch mit Ministerien und Abgeordneten in Berlin und Brüssel. Es gibt aber eine klare Linie: Wir machen keine Auftragsforschung für die Politik. Vielmehr diktieren die Probleme der Welt unsere Forschungsagenda.

Sehen Sie eigentlich eine wirkmächtige Vision einer friedlichen Welt?

Ich halte es da mit Helmut Schmidt: Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen. Wenn ich so etwas wie Visionen zum Frieden habe, sind sie eher konfliktträchtig. Ich wünsche mir lebendigen Streit um unser Gemeinwesen. Denn erst im Konflikt setzen wir uns über unsere Ziele, die gemeinsamen Institutionen und

Werte auseinander. Selbst wenn ich unterliege, mache ich mir das politische System und die Normen und Werte, für das es steht, in diesem Moment zu eigen. Das ist die gesunde Grundlage einer Demokratie für Frieden. Und dann begegnet mir immer wieder auch das Königreich Bhutan. Dort wird Glück zum Staatsziel erklärt. Ich finde, das ist ein sehr interessanter Ansatz.

Das Gespräch führte Sören Christian Reimer. ||



ZUR PERSON

Nicole Deitelhoff (*1974) leitet seit 2016 das Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt am Main. Seit 2009 hat die Hochschullehrerin an der J.-W.-Goethe-Universität Frankfurt den Lehrstuhl für Internationale Beziehungen und Theorien globaler Ordnungen inne. Die Politikwissenschaftlerin wurde 2004 an der Technischen Universität Darmstadt mit einer Arbeit zur Rolle von Überzeugung in der internationalen Politik promoviert. 2017 erhielt Deitelhoff den Schader-Preis der Darmstädter Schader-Stiftung.

»Erst im Konflikt setzen wir uns über unsere Ziele, die Institutionen und Werte auseinander.«



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Verpasste Chancen

OST-WEST-KONFLIKT Die russische Krim-Annexion und Ukraine-Krise haben die europäische Sicherheitsordnung erschüttert. Können Russland und der Westen neues Vertrauen aufbauen?

Mit seinen Worten wirbelte der Bundestagsvizepräsident viel Staub auf: Um aus der Situation der Sprachlosigkeit herauszukommen, solle die Bundesregierung darauf dringen, die EU-Russland-Sanktionen zurückzunehmen, sagte Wolfgang Kubicki (FDP) Ende März. „Es wäre kindisch zu denken, dass die Russen von heute auf morgen die Krim wieder herausrücken.“ Das gelte auch für eine russische Abrüstung. „Denn nicht Russland ist an die Nato herangerückt, sondern die Nato an Russland.“ Kubicki, der auch stellvertretender Vorsitzender der FDP ist, erntete inner- und außerhalb seiner Partei heftigen Widerspruch: Partei- und Fraktionschef Christian Lindner verwies auf die Beschlusslage der Liberalen. „Eine einseitige Rücknahme ohne Politikwechsel in Moskau wäre nicht verantwortbar.“

Eiszeit Sanktionen, wechselseitige Schuldzuweisungen, Sprachlosigkeit und zuletzt der Giftgasanschlag des einstigen russischen und späteren britischen Agenten Sergei Skripal, der, wenn es denn nicht so ernst wäre, als Vorlage für eine Spionageklamotte des Kalten Kriegs taugen würde: Zu keinem Zeitpunkt war das Klima in den vergangenen drei Jahrzehnten zwischen Russland und „dem“ Westen, den EU- und Nato-Staaten, so eisig wie heute. Die Annexion der Krim durch Russland 2014 und der fortgesetzte Konflikt in der

Ostukraine haben vieles von dem in Frage gestellt, was in Europa nach dem Fall des Eisernen Vorhangs als selbstverständlich galt. In weiter Ferne scheint die Hoffnung auf eine transatlantische und eurasische Sicherheitsgemeinschaft von „Vancouver bis Wladiwostok“, auf eine Freihandelszone von Lissabon bis in den Fernen Osten Russlands und auf das „gemeinsame Haus Europa“ und die „Charta von Paris“, auf die sich 32 europäische Staaten der „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ KSZE mit den USA und Kanada verständigt hatten. Für die russische Politik, so lautet die Befürchtung in vielen Teilen Europas, bilden die in Paris 1990 und zuvor 1975 in der Helsinki-Schlussakte ausgehandelten Grundprinzipien, insbesondere der Gewaltverzicht und die staatliche Souveränität, offenbar keine Bezugspunkte mehr.

Russland verweist seinerseits in diesem Zusammenhang auf eine Reihe von Versäumnissen und Entscheidungen des Westens, die dem Geist und den Regeln von Helsinki widersprochen hätten – etwa der Angriff Jugoslawiens, den europäische Nato-Staaten und die USA 1999 ohne ausdrücklichen Beschluss des UN-Sicherheitsrats und gegen den ausdrücklichen Willen Russlands vom Zaun gebrochen hätten. Auch die europäischen Regierungen in den jeweiligen „Koalitionen der Willigen“ hätten sich bei der Invasion im Irak 2003 und bei der Intervention in Libyen 2011 um das Prinzip des Gewaltverzichts und der staatlichen Souveränität nicht geschert. Entge-

gen den Beteuerungen aus den westlichen Hauptstädten gelte auf dem Globus nicht die Herrschaft des Rechts, sondern am Ende viel zu häufig das Recht des Stärkeren – und Russland müsse in diesem geopolitischen Spiel sehen wo es bleibe, so ließe sich die Moskauer Sicht auf die Welt wohl skizzieren. Hinzu komme, dass sich das westliche Militärbündnis entgegen anderer Zusagen immer weiter bis an russischen Grenzen heran ausgedehnt habe (siehe Beitrag unten). In dieser russischen Logik wäre die Krim-Besetzung und die Unterstützung für Aufständische in der Ostukraine das letzte Mittel gewesen, um einen Nato-Beitritt eine der größten und wichtigsten Ex-Sowjetrepublik zu verhindern.

Für die Kritiker im Westen künden solche Argumente von einem Denken in Einflusssphären, das vollkommen ausblende, dass es die Staaten im östlichen Europa selbst waren, die sich in freier Selbstbestimmung für den Beitritt in die EU und für das westliche Militärbündnis entschieden haben. Wenn der Kreml eine Art verminderte Souveränität ehemaliger Warschau-Pakt-Staaten und vor allem ehemaliger Sowjetrepubliken beanspruche, dann verkenne er, dass durch multilaterale Kooperation und Soft Power im 21. Jahrhundert viel mehr zu gewinnen sei als durch Geländegewinne und Festungsbau. Die SPD und ihre damaligen Außenminister Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel haben trotz aller Verhärtungen stets dafür geworben, „Gesprächsfäden“ und „Drähte“

nach Moskau nicht zu kappen, in der Union gab und gibt es wiederum Vertreter, die für den Zusammenhalt und die Festigkeit des Nato-Bündnisses werben und dafür, die Bedrohungswahrnehmungen der osteuropäischen Länder nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Wie die alte Große Koalition steht nun auch die neue vor einer komplizierten Gratwanderung zwischen Sicherheit mit Russland und Sicherheit vor Russland.

Helsinki-Prozess Als Deutschland 2016 für ein Jahr den Vorsitz in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) übernahm, brachte die damalige Bundesregierung eine Initiative für einen „Neustart der konventionellen Rüstungskontrolle“ auf den Weg, mit dem Ziel, Vertrauen, Transparenz, Vorhersehbarkeit und strategische Zurückhaltung wieder herzustellen. Außerdem wurde auf deutsche Initiative ein „strukturierter Dialog“ etabliert, ein Forum, in dem sich die OSZE-Mitglieder regelmäßig über Bedrohungswahrnehmungen, militärische Übungen und Rüstungskontrollmechanismen austauschen. All das hat sicherlich nicht den Schwung und das Gewicht eines neuen Helsinki-Prozesses, den sich mancher als Antwort auf die Ukraine-Krise erhofft hat, folgt aber einem sehr pragmatischen, Helsinki-typischen Ansatz im Umgang mit Russland: Gemeinsame Interessen identifizieren, Kooperationsinseln schaffen, militärisches Vertrauen aufbauen und darauf aufbauend womöglich auch eines Tages neues politisches Vertrauen.

Im OSZE-Rahmen gibt es eine Reihe von Formaten und Baustellen, die sich gemeinsam bearbeiten ließen: der Vertrag über den Offenen Himmel etwa, der gegenseitige Beobachtungsflüge „von Vancouver bis Wladiwostok“ erlaubt oder das „Wiener Dokument“, das den Informationsaustausch zu Streitkräften und wechselseitige Inspektionen regelt, das aber nicht mehr auf der Höhe der Zeit ist. Aus dem Vertrag über die konventionellen Streitkräfte (KSE), der eine Obergrenze für schwere Waffensysteme und ein System von Informationspflichten und Inspektionsrechten vorsieht, hat sich Russland 2015 zurückgezogen. Aber man darf durchaus annehmen, dass Russland nach wie vor ein Interesse daran hat, darüber informiert zu sein, über welche Truppenstärken die Nachbarn in Europa verfügen.

Bevor an ein „Helsinki II“ zu denken wäre, geht es erst einmal darum, die Rolle der OSZE als Ansprechpartner bei der Vertrauensbildung und beim zivilen Krisenmanagement zu festigen. Allein dürfte die Organisation nicht in der Lage sein, Krisen wie den Ukrainekonflikt einzuhegen, dafür ist sie von allen Seiten nach dem Fall des Eisernen Vorhangs zu stiefmütterlich behandelt worden. Aber sie ist nach wie vor das einzige Forum, das Russland und den Westen bei der militärischen Vertrauensbildung an einen Tisch bringt. Dass man die Organisation für diesen Zweck überhaupt benötigt, ist knapp drei Jahrzehnte nach dem Ende des Kalten Krieges allerdings für beide Seiten eine bittere Nachricht. *Alexander Heinrich*



OSZE-Beobachter in der Ostukraine. Die Organisation hat das Mandat für die rund 1.000 Beobachter Ende März für ein weiteres Jahr verlängert.

© picture-alliance/dpa

STICHWORT

Helsinki-Prozess und die KSZE/OSZE

> **Konferenz 1975** unterzeichnen 33 europäische Teilnehmerländer der „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE), die USA und Kanada die KSZE-Schlussakte in Helsinki.

> **Verpflichtungen** Die Staaten verpflichten sich zur Unverletzlichkeit der Grenzen, zur friedlichen Regelung von Streitfällen, zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten sowie zur Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

> **Charta von Paris** Mit ihr besiegelten die KSZE-Länder 1990 das Ende des Kalten Krieges und der Teilung Europas. 1995 ging aus der KSZE die OSZE hervor. Der Sitz ist in Wien (Foto)



© picture-alliance/dpa

Logik der Abschreckung

SICHERHEIT Russland und der Nato ist es nicht gelungen, nach Ende des Kalten Krieges zu einem kooperativen Miteinander zu finden

Von Anfang an hielten das viele für keine gute Idee: Als Antwort auf die russische Aggression gegen die Ukraine und die Annexion der Krim boykottierte das westliche Verteidigungsbündnis zwischen 2014 und 2016 den Nato-Russland-Rat und warf damit eine nicht ganz unwichtige Frage auf: Wann eigentlich ist man auf diesen Rat angewiesen, wenn nicht in Krisenzeiten wie diesen?

Im Jahre 1997 einigten sich Nato und Russland in einer „Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit“ auf Konsultationen und die sicherheitspolitische Kooperation bei gemeinsamen Interessen. Angesichts der sich abzeichnenden Nato-Beitritte osteuropäischer Länder war es der Versuch, Russlands Vorbehalte abzuschwächen und mit Moskau zu einem kooperativen Miteinander zu kommen, zugleich aber das westliche Bündnis im Kern nicht aufzugeben, nachdem dessen militärischer Gegenspieler, die Sowjetunion, Geschichte geworden war. Sucht man nach einem der Gründe für die heutigen Spannungen zwischen Russland und dem Westen, dann ist man schnell bei

dieser Doppelstrategie, die es erschwert hat, Moskau den Eindruck zu geben, dazugehören und die es Moskau heute andererseits leicht macht, die eigenen Alleingänge zu rechtfertigen.

Langmut Symptomatisch dafür war 1999 der Eingriff der Nato in den Kosovokrieg: Als der damalige russische Premier Jewgeni Primakow auf einem Flug zum Staatsbesuch nach Washington die Nachricht von der Bombardierung Belgrads erreichte, ließ er den Piloten über dem Atlantik umkehren und sorgte damit für einen diplomatischen Eklat. Und als der russische Präsident Wladimir Putin 2007 auf der Münchener Sicherheitskonferenz eine „monopolare Welt“ für „unannehmbar“ erklärte und die USA „militärischer Abenteuer“ und der Verachtung grundlegender Regeln des Völkerrechts bezichtigte, wurde deutlich, dass es mit dem russischen Langmut einstweilen vorbei sein dürfte. Der ganz und gar un diplomatische Auftritt wurde oft so gedeutet, dass der Präsident hier den Bedeutungsverlust der einstigen Weltmacht beklage, schließlich hatte Putin bereits 2005 das Ende der Sowjetunion als „größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ bezeichnet. Aber hinzu kam bereits damals der Ärger in Moskau über den Alleingang der USA im Irak und mehr noch über die Pläne, in osteuropäischen Staaten wie Polen und Tschechien Elemente eines Rake-

tenabwehrschirms zu installieren. „Gegen wen ist diese Provokation gerichtet?“ fragte Putin, um sodann zu beklagen, dass „Garantien“ von 1990, die Nato nicht nach Osteuropa auszuweichen, nicht eingehalten worden seien.

„Russland hat die Idee eines Nato-Zentrismus in der europäischen Ordnung, der sich auf die EU konzentriert, nie akzeptiert“, so hat es der bulgarische Politologe Iwan Krastew formuliert. Die russische Führung hat allerdings offenbar auch nie verinnerlicht, dass die Freiheit- und Bündniswahlrechte, die sie ganz selbstverständlich für ihr Land reklamiert, auch für andere Staaten gelten müssen. Mit der Eskalation in der Ukraine und der völkerrechtswidrigen Krim-Annexion hat sich eine militärische Patt-Situation an der russischen Westgrenze mit der Nato verfestigt. 2014 beschloss die Nato in Wales als Reaktion auf die Ukraine-Krise eine Verstärkung der schnellen Eingreiftruppen und mehr Patrouillenflüge in den östlichen Nato-Staaten. Unter dem Namen „Operation Atlantic Resolve“ wurden Nato-Manöver in Polen und den baltischen Staaten abgehalten, auf dem Gipfel in Warschau folgte 2016 der Beschluss, in diesen Ländern „rotierende“ Kampfbrigaden zu installieren. Auf der anderen Seite ließ Russland mit Flugbewegungen und U-Boot-Bewegungen unter dem Radar die Muskeln spielen, außerdem wurden die russischen Truppen an

der Westgrenze aufgestockt, 2017 spielte die Armee im Großmanöver „Sapad“ mit Weißrussland das Szenario eines westlichen Angriffs durch. Hinzu kommt der Vorwurf der USA, dass Russland eine atomar bestückbare neue Mittelstreckenrakete entwickelt ha-

be, was eine Verletzung des für die europäische Sicherheit so wichtigen INF-Vertrages bedeuten würde.

Vor dem Hintergrund der größten Spannungen seit dem kalten Krieg gewinnen all jene im Nato-Bündnis an Gewicht, die für stei-

gere Verteidigungsausgaben eintreten. US-Präsident Donald Trump hat klar gemacht, dass er die Sicherheitsgarantien der USA für Europa davon abhängig mache, dass diese der Nato-Verpflichtung nachkommen, zwei Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes für Verteidigung aufzuwenden. Ein entsprechender Nato-Beschluss existiert bereits seit 2002, die Mitglieder haben ihn 2014 in Wales und 2016 in Warschau bekräftigt, darunter auch die deutsche Regierung.

Militärausgaben Doch ein Blick auf die Militärausgaben kann auch jenen im Nato-Bündnis gute Argumente in die Hand geben, die vor einer neuen Aufrüstungspirale warnen: Auf 69 Milliarden US-Dollar beziffert das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI den russische Militärschaushalt im Jahr 2016, das Budget der USA lag nach SIPRI-Angaben im gleichen Zeitraum fast zehn Mal so hoch bei 611 Milliarden US-Dollar. Zusammengekommen geben alle Nato-Staaten mehr als 900 Milliarden US-Dollar im Jahr für Verteidigung aus. Die Bedrohungswahrnehmungen im Baltikum und in Polen sind real. Das Bündnis kann nicht leichtfertig über solche Sorgen hinweggehen, wenn es auf die Weltbühne projizieren will, den Mitgliedern im Ernstfall beizustehen. Aber der Blick auf die Militärausgaben erlaubt auch die Frage, wer hier eigentlich wen bedroht. *ah*



Frieden und Wohlstand und eine gedeihliche Beziehung zu näheren und ferneren Partnern – das ist es, was die politische Führung für deutsche Interessen hält und daher zum Ziel deutscher Diplomatie erklärt hat. Sie folgt dabei einer Philosophie, die die Verwirklichung eigener Interessen weitgehend durch die Zusammenarbeit mit anderen und damit zwangsläufig durch die Berücksichtigung auch der Interessen der Partner sucht. Vorzugsweise operiert sie in einem völkerrechtlich geregelten Umfeld und betreibt die Verrechtlichung weiterer Politikfelder. Multilaterale Institutionen wie EU, Nato, und die Vereinten Nationen, deren Mitglied die Bundesrepublik ist, will sie erhalten und ausbauen.

In „schwierigen“ Gegenüber sieht Deutschland mögliche künftige Partner. Auch in solchen Beziehungen wird Empathie eingesetzt – die Staaten sollen angesichts sich überlappenden Interessen in kooperative Vernetzungen eingebunden werden. In solch schwierigen Beziehungen ist Entspannung die zentrale Leitlinie: Statt zu drohen und zu sanktionieren sind Überzeugung und Kompromiss bevorzugte Mittel.

Deutschland bedient sich dabei überwiegend klassischer diplomatischer und wirtschaftlicher Mittel – Verhandlungen und „Scheckbuchdiplomatie“. An militärischen Einsätzen beteiligt es sich hingegen widerstrebend und zurückhaltend. Wichtige Initiativen werden gemeinsam mit anderen unternommen und beruhen gemeinhin auf einem sorgfältig kalibrierten „Gesamtkonzept“, von dem die deutschen Diplomaten ihre Partner geduldig und systematisch zu überzeugen versuchen.

Lehren aus der Geschichte Damit soll die deutsche Außenpolitik nicht idealisiert werden. Sie hat aber ihre Lehren aus der Geschichte gezogen: Die Lage Deutschlands inmitten Europas – zu stark, um keine Befürchtungen bei den Nachbarn zu erregen und zu schwach, um diese Nachbarn mit bloßer Brutalität zu lenken – lässt keine Alternative zu, als das eigene Wohl im multilateralen Gemeinwohl zu suchen.

Mit der großen „Review“ deutscher Außenpolitik und der vom damaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck leidenschaftlich betriebenen „Verantwortungsdebatte“ schienen 2014 Änderungen ins Haus zu stehen. Der Akzent auf die militärischen Aspekte der Außenpolitik, der die Äußerungen sowohl von Gauck als auch von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU), weckte Befürchtungen einer „Militarisierung“ der deutschen Diplomatie. In der Praxis änderte sich jedoch nicht viel. 2014 betrug die mandatierte Höchstgrenze deutscher Truppen im Ausland 4.900. Ende März 2018 waren 3.950 Soldaten im Einsatz. Auch im Zeichen „erhöhter Verantwortung“ blieb die „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ also ungeliebtes Instrument deutscher Diplomatie. Und auch bei den diplomatischen Erfolgen wurde nicht wirklich ein neues Kapitel aufgeschlagen: Der eindrucksvollste – in einem kooperativen Verhandlungskontext – erzielte Coup, das Nuklearabkommen mit Iran von 2015, hatte immerhin eine elfjährige Geschichte hinter sich.

Nicht immer wirksam Bei allen Stärken und Erfolgen neigt die deutsche Diplomatie jedoch gelegentlich zur Selbst-Illusionierung. Dahinter steht der (nicht immer berechnete) Glaube, alle Probleme ließen sich mit den bevorzugten Mitteln lösen. Da ist zum einen die Neigung, den Gegenüber als kooperationsfähigen Partner einzuschätzen und dabei zu übersehen, dass er regelwidrig agiert, wie etwa Russlands Präsident Wladimir Putin zunehmend

Neue Verantwortung

DIPLOMATIE Die deutsche Außenpolitik steht angesichts immer komplexerer Konflikte vor großen Herausforderungen. Es braucht empathische Führung und gelegentlich auch klare Kante, fordert der Friedensforscher Harald Müller



Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) bei Frankreichs Präsident Emmanuel Macron (Bild unten links), Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) und Charlotte Knobloch von der Israelitischen Kultusgemeinde München in Israel (unten rechts) – die deutsche Diplomatie setzt auf Kooperation und Vernetzung. Einer der größten Erfolge dieser Strategie war 2015 das Atomabkommen mit dem Iran (Foto oben). Im Bild (von links) der damalige Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD), EU-Außenkommissarin Federica Mogherini, Irans Außenminister Mohammed Dschawad Sarif, der Leiter der iranischen Atomenergiebehörde, Ali Akbar Salehi, und der russische Außenminister Sergej Lawrow

nach 2007. Zum anderen verkennt die deutsche Außenpolitik zum Teil Bedingungen, die die Wirksamkeit der bevorzugten Mittel scheitern lassen. Das gilt etwa für Afghanistan oder das frühere Jugoslawien. Auch hat die Globalisierung dem Außenministerium Konkurrenz beschert. In der Europapolitik zum Beispiel mischen neben dem Kanzleramt inzwischen auch andere Ressorts mit, was neue Konflikte provoziert. Beispielfähig genannt sei hier die

Durchsetzung der PkW-Maut gegen die Interessen der europäischen Nachbarn. Diese beiden Beeinträchtigungen diplomatischer Effizienz sind angesichts heutiger Herausforderungen gefährlich. Der Zusammenhalt der Europäischen Union wird durch die geschwundene Verlässlichkeit des US-amerikanischen Partners wichtiger. Er ist darüber hinaus durch das Aufkommen semi-faschistoider politischer Führungen in manchen Mitgliedstaaten beein-

trächtigt. Mit diesem Problem fertig zu werden, verlangt eine umso größere Kohärenz unter den übrigen Partnern. Der Blick auf die Welt zeigt, dass die bewährte deutsche Tradition gefordert ist, Führung auch in schwierigen, gelegentlich auch konfrontativen Konstellationen anzubieten. Russland zum Beispiel gebärdet sich mit verdeckten Einflussnahmen in demokratischen Wahlen, Aufrüstung, nuklearem Säbelrasseln, einer völkerrechtswidri-

gen Gebietsannexion und anderem wie ein Feind. Die bewährte Kombination von Entspannung und Verteidigungsbereitschaft platziert Deutschland auch wegen seiner geografischen Lage in eine Schlüsselposition. Die logistische, aber auch direkte militärische Verstärkung der Verteidigungsbereitschaft verlangt möglicherweise keine Aufstockung auf einen Zwei-Prozent-Anteil am Bruttosozialprodukt, aber gewiss mehr, als die derzeitige Bundesregierung gegen-

wärtig auf dem Schirm hat. Nur so ließe sich vielleicht die Glaubwürdigkeit erreichen, die den russischen Präsidenten zu ernsthaften Neuverhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa motivieren könnte. Was allerdings gar nicht in das Muster einer solchen Diplomatie passt, ist die Verwirklichung der Northstream Gas-Pipeline durch die Ostsee gegen die ausdrücklichen Bitten der östlichen EU-Partner. Sie konterkariert die relativ harte deutsche Haltung in der Sanktionsfrage.

Machtfaktor China Noch komplexere Herausforderungen bedeuten die ebenso ehrgeizigen wie raffinierten Anstrengungen Chinas, seine Weltmachtrolle auszufüllen. Das Projekt der „neuen Seidenstraße“ ist der ehrgeizigste geostrategisch-geoökonomische Plan einer Großmacht seit der Neuordnung der Welt durch die USA nach 1945; US-Präsident Donald Trump hat das weltpolitische Spielfeld dafür preisgegeben. China spielt seine wirtschaftliche „soft power“ mit großem Geschick und ungeheurer finanzieller Einsätze, die Folgen sind im deutschen Interessenraum bereits zu spüren. Partnerstaaten im Südosten der EU verweigern sich aufgrund chinesischer Wünsche gemeinsamen Positionen der europäischen Außenpolitik, wenn diese chinakritisch sind. Das japanisch-indische Gegenprojekt zur „Neuen Seidenstraße“ ist unterausgestattet und wird nur zögerlich voran getrieben. Es ist Zeit, dass die EU zu einer langfristigen Strategie findet, mit dieser Problematik umzugehen, ohne sich zu zerlegen oder gänzlich mit China zu verfeinden. Deutschland sollte vorangehen, zunächst im Dialog mit Frankreich. Ein „Gesamtkonzept“ ist dringend gefordert.

Es gibt auch Probleme, die Deutschland überfordern. Der Nahe Osten ist eine solche Problemregion. Dort ist ein 30-jähriger Krieg bereits im Gange, wenn man den Anfang des irakisch-iranischen Kriegs (1980) als Beginn des Konflikts definiert. Seither toben in der Region mit kurzen Unterbrechungen immer komplexere Kriege mit immer fataleren äußeren Interventionen. Diese Interventionen machen wie schon im Falle des Dreißigjährigen Krieges von 1618 bis 1648 die Sache nur noch schlimmer. Deutschland hat bei der Vernichtung eines Teils der syrischen Chemiewaffen eine ehrenwerte Rolle gespielt, leistet humanitäre Hilfe, spricht mit den Parteien, und hält sich ansonsten heraus. Etwas anderes ist nicht empfehlenswert (auch für die EU als Ganzes), weil ein stärkeres Engagement nur zur Verwicklung in das Konfliktscheitern und so zu einer kriegstreibenden Parteinahme führen wird. Mehr als Schadensbegrenzung von Außen ist nicht drin.

Deutsch-französische Achse Deutsche Diplomatie hat ihren Zweck immer in der Kriegsverhütung gesehen, etwa bei ihrem Engagement für Rüstungskontrolle und Abrüstung. Der 400. Jahrestag des Dreißigjährigen Krieges mahnt uns an die Notwendigkeit dieser Orientierung. In ihren Grundstrukturen ist die deutsche Außenpolitik gut aufgestellt. Angesichts der Herausforderungen muss sie sich jedoch weiterentwickeln. Gefordert ist die Fähigkeit zur unaufdringlichen, empathischen und wirksamen Führung. Außerdem braucht es eine neuerliche Stärkung der französisch-deutschen Handlungsgemeinschaft und die Bereitschaft, wenn nötig, auch harte Kante zu zeigen.

Harald Müller

Der Autor ist Geschäftsführender Vorstandsmitglied i.R. des Leibniz-Instituts Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung und Prof. em. für Internationale Beziehungen an der Goethe Universität Frankfurt.

Worte statt Waffen

KOLUMBIEN Das Frauenkollektiv »Erzählen, um zu leben« kämpft für Gerechtigkeit nach mehr als 50 Jahren Bürgerkrieg

Einen Alltag ohne Bedrohungen, Vertreibungen und Gewalt – davon träumt die Kolumbianerin Mayerlis Angarita Robles, seit sie ein Kind ist. Erlebt hat sie den Frieden nie. Als sie 1980 im nordkolumbianischen San Juan Nepomuceno zur Welt kommt, tobt der Bürgerkrieg zwischen Guerilla und Staat schon seit fast zwei Jahrzehnten. Drogenkartelle und von Großgrundbesitzern finanzierte Paramilitärs verschärfen die Gewaltspirale. Die Region Montes de María, wo Mayerlis Angarita aufwächst, ist stark betroffen. Sie liegt auf der „Route des Terrors“, auf der die paramilitärischen Autodefensas de Colombia (AUC) zwischen 1997 und 2005 systematisch Massaker begehen.

Schweigen oder fliehen, das seien die Optionen gewesen, als sich die Todesschwadronen durch Städte und Dörfer mordeten, sagt die Menschenrechtsverteidigerin heute. Flucht erfährt Angarita das erste Mal, als sie 13 Jahre alt ist. Paramilitärs haben ihre Mutter verschleppt. Beim Besuch armer Nachbarn gerät die Frau in eine „soziale Säuberungsaktion“. Um weiterer Gewalt und Stigmatisierung aus dem Weg zu gehen, verlässt die Familie den Ort. Weil Angarita ebenso wie andere Menschenrechtsverteidiger in Kolumbien bedroht wird, muss sie danach noch mehrmals fliehen.

Über das Geschehene schreiben will sie schon lange nicht mehr. Stattdessen setzen sie und die Organisation »Erzählen um zu leben« auf die Kraft des Wortes. Es ist ihr »Werkzeug«, um mit der Gewalterfahrung und dem Tod von Angehörigen umzugehen, die Wahrheit aufzudecken, Rechte einzufordern – und damit einer befriedeten Gesellschaft näherzukommen. Die Kraft des Wortes sei im Friedensprozess maßgeblich, ist die Juristin überzeugt. Man müsse sich auf das Wort des anderen verlassen können, damit ein Neuanfang nach mehr als 50 Jahren Bürgerkrieg beginnen kann.

Als Angarita die Organisation vor 18 Jahren gründet, befindet sich der Konflikt in der Hochphase. Allein 83 Massaker verübt die AUC im Jahr 2000 in der Karibikregion, wie ein Bericht des Nationalen Zentrums für Erinnerung dokumentiert. In den ersten Jahren müssen die Frauen sich heimlich treffen. In den Hinterhöfen sprechen und hören sie einander zu, auch nach 18 Uhr, wenn die Ausgangssperre gilt. Doch weil sie Frauen sind, werden sie nicht ernst genommen,

die Ausrede sie bauten Hühnerställe, wird ihnen abgenommen. »Frauen eben. Die machen nichts«, habe es geheißen. Angarita lacht laut auf. »Dabei haben wir durchaus etwas gemacht«, sagt sie. »Durch das Wort haben wir uns die Würde zurückgegeben, die sie uns genommen haben. Wir haben geheilt, was sie verletzt haben.« Wenn die Frauen das erste Mal von ihren Erfahrungen berichteten, sei das wie eine Katharsis. »Plötzlich kommt alles heraus, was schwer in einem lag«, sagt Angarita.

Das Sprechen helfe nicht nur, um die traumatischen Erlebnisse zu verarbeiten, sondern auch die Vergangenheit aufzudecken. »Wir sind keine Opfer, sondern Überlebende des Konflikts«, betont Angarita. »Rechtssubjekte, die die Gesellschaft verändern können.« Viele der Frauen haben in der mobilen Schule des Kollektivs Lesen und Schreiben gelernt, einige arbeiten in der Bekleidungsfirma und im Viehzuchtbetrieb. Angarita hat Jura studiert. Die nach vierstelligen Nummern benannten Gesetze, die ihre Rechte stärken, zählt sie in atem-

beraubender Geschwindigkeit auf. Sich in lokale und nationale Politik einzubringen, ist erklärtes Ziel von »Erzählen, um zu leben« – die Aktivistinnen haben an den Friedensverhandlungen von Havanna bei Genderthemen mitgewirkt und beraten in Gesetzgebungsprozessen.

840 Frauen gehören heute dem Netzwerk an. Nicht alle von ihnen haben schon über ihre Erfahrungen geredet. Es gibt keinen Zwang zum Sprechen, aber klare Regeln: Worte verlassen den Raum nur, wenn eine Frau das möchte, um ihre Rechte einzuklagen. »Klar, das geht immer mit einem gewissen Risiko einher«, sagt Angarita. Sicherheitsgarantien gebe es nicht, vielleicht werde man bedroht, eingeschüchert, sogar umgebracht. Die Organisation hat viele Drohungen erhalten. Angarita bekommt vom kolumbianischen Staat Sicherheitspersonal gestellt. Aus Kostengründen würden sie derzeit zwei statt wie früher drei Männer begleiten. Kein Blatt vor den Mund zu nehmen, ist riskant in Kolumbien. Daran hat sich auch nach dem Friedensabkommen zwischen Regierung und den Farc-Rebellen im November 2016 nichts geändert. Seitdem sind laut der kolumbianischen Nichtregierungsorganisation Indepaz rund 200 Menschenrechtsverteidiger ermordet worden. Sie alle

haben sich für den Frieden engagiert, zuerst für das »Si« im Referendum, dann für die Umsetzung der Friedensverträge. Dass die Befriedung der Gesellschaft noch auf wackeligem Fundament steht, meint auch Angarita. Guerillagruppen und Paramilitärs kämpfen weiterhin um Ressourcen, Bodenschätze und Drogen. Der Verhandlungsprozess mit der zweitgrößten Guerilla ELN steckt in der Krise. Und die Hauptkonfliktsache, die ungleiche Landverteilung, ist alles andere als gelöst. Bei den Präsidentschaftswahlen am 27. Mai könnten die rechten Hardliner und Ex-Präsident Álvaro Uribe, einem dezidierten Gegner des Friedensprozesses, punkten. Sie haben schon bei den Kongresswahlen im März erfolgreich abgeschnitten. In einem ist sich Angarita sicher: Die Frauenbewegung und die sozialen Organisationen werden sich weiter für eine friedliche Gesellschaft einsetzen. »Echter Frieden muss an der gesellschaftlichen Basis entstehen«, ist sie überzeugt.

Eva Bräth

»Echter Frieden muss an der gesellschaftlichen Basis entstehen.«

Mayerlis Angarita Robles, Menschenrechtsaktivistin

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.

Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253

AUFGEKEHRT

April, April – oder nicht?

In Zeiten politischer Verwerfungen trägt der Aprilscherz zur Wahrheitsfindung bei. Der Gedanke dahinter ist durchaus klug: „Was wäre, wenn...?“, fragt zaghaft an den Fingernägeln kauend der Aprilscherz-Verkünder und geht vorsichtshalber schon mal in Deckung. In der Politik nennt man sowas, einen Testballon fliegen lassen. Dann gucken alle ganz gespannt, wie weit es den Ballon trägt, oder ob er gleich platzt. Horst Seehofer (CSU) ist ja einer, der schon so viele Testballons hat platzen lassen, dass die Kinder in Bayern an Geburtstagen nur noch Wunderkerzen anzünden können. Ballons sind aus. Aprilscherz mit hoher Wahrscheinlichkeit haben gerade Konjunktur. Einer, der sich mit Scherzen und selbst gedrehten Wahrheiten auskennt, der Elektriker Elon Musk, hinterfragte am 1. April gleich sein ganzes Geschäftsmodell und verkündete die baldige Tesla-Pleite. Da an der Börse nur gehandelt und nicht gelacht wird, erlitt die Aktie eine ungeschöne Delle. Ein anderer Freund selbst definierter Wahrheiten, der Buddha des Silicon Valley, ein gewisser Mark Zuckerberg, verbreitete, er wolle alle Menschen in Frieden vereinen, auch die Armen. Ein Dreiklang also: Frieden, Wohlstand, Glück. Der Bettler mit Handy im sumpfigen Slum, die Fast-Food-Werbung gratis vom Display leuchtend. Eine Erleuchtung für alle.

Jetzt erkennen wir auch endlich die große Weisheit des US-Präsidenten. Der Mann stellt keine Forderungen, sondern Fragen! Mauer, Straßzölle, bewaffnete Lehrer, Ölpest in Reservaten, Klimawandel, eine tolle Ehe mit Melania. Ganz klar, für Donald Trump ist jeder Tag ein 1. April: Er verkündet, verdichtet, fragt. And the answer is blowin' in the wind. *Claus Peter Kosfeld*

VOR 50 JAHREN...

Sicherheit in Europa festigen

9.4.1968: Note über Gewaltverzicht an Moskau Schon bevor Willy Brandt (SPD) 1969 Bundeskanzler wurde und mit seiner neuen Ostpolitik eine Zäsur in der Außenpolitik der Bundesrepublik im Kalten Krieg einleitete, gab es Versuche der Entspannungspolitik. Seit 1967 führten Bonn und Moskau Gespräche über eine sogenannte Gewaltverzichtsklärung. Am 9. April 1968 schien ein



Kurt Georg Kiesinger (CDU)

Durchbruch zum Greifen nahe: In einer Note an die UdSSR erklärte sich die Bundesrepublik bereit, Verhandlungen über eine Gewaltverzichtsklärung zu führen – und zwar mit allen Staaten des Warschauer Paktes, auch mit der DDR. Die Bundesregierung unter Kanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU) bezeichnete darin den Gewaltverzicht als „geeigneten Ausgangspunkt zur Festigung der Sicherheit in Europa“. Bereits Ende 1967 hatte Brandt – damals noch Außenminister – im Bundestag erklärt, dass ein Gewaltverzicht „ohne jeden Vorbehalt auch für den anderen Teil Deutschlands“ gelte. Die Einbeziehung der DDR in die Gespräche war eine von fünf Vorbedingungen Moskaus für Gespräche. Hinzu kamen unter anderem die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags, die Anerkennung bestehender Grenzen sowie des Status Berlins. Doch wenige Wochen später sollten die Verhandlungen Rückschläge erleiden. Trotz vereinbarter Vertraulichkeit veröffentlichte Moskau den Notenwechsel; hinzu kam die bewaffnete Intervention des Warschauer Paktes in der CSSR im August. Die Politik des Gewaltverzichts war damit aber nicht am Ende. 1970 unterzeichneten die Bundesrepublik und die Sowjetunion einen Gewaltverzichtsvertrag. *Benjamin Stahl*



ORTSTERMIN: IM GARTEN DES KANZLERAMTES



Die Skulptur „Non Violence“ findet sich nicht nur in Berlin (oben links), sondern etwa auch in – im Uhrzeigersinn – New York, Kapstadt und Peking. © picture-alliance/dpa/AP Photo

Der verknotete Revolver

Zur Einweihung gab sich ein Literatur-Nobelpreisträger im Kanzleramt die Ehre. Dichter Günter Grass war der Partei des damaligen Hausherrn, der SPD, aus manchen Gründen gram. Doch Kanzler Gerhard Schröder bewunderte er für dessen redlichen, wenn auch letztlich vergeblichen Versuch, den Feldzug der USA gegen Saddam Hussein zu verhindern. „Mit dem Nein zum Irak-Krieg hat die deutsche Regierung den Knoten im Lauf des Revolvers in die Tat umgesetzt“, sagte Grass vor 200 Gästen. Der Knoten im Lauf – mittlerweile zählt das Bild zum festen Bestand globaler Ikonen. Das berühmteste Exemplar der einen Meter hohen, zwei Meter langen Skulptur in Form einer überdimensionalen Schusswaffe steht seit 1988 vor dem Hauptsitz der Vereinten Nationen in New York. Kopien indes finden sich heute in weltweit rund 30 Städten, in Curitiba, Göteborg, Johannesburg, Lausanne, Liverpool, Miami, Paris – und seit der feierlichen Enthüllung am 25. August 2005 auch in Berlin. Ein Kunstwerk zum Anfassen ist es hier nicht, jedenfalls nicht für Normalsterbliche, denn es steht in einem um-

friedeten Bezirk, dem rückwärtigen, westlich der Spree gelegenen Teil des Kanzlergartens, der nur einmal im Jahr, am „Tag der offenen Tür“, für Publikum zugänglich ist. Doch das Werk ist dem Ufer nahe genug, den verknoteten Lauf übers Wasser gerichtet, dass Spaziergänger auf der Flusspromenade es sehen können. Der Schöpfer, der schwedische Bildhauer und Maler Carl Fredrik Reuterswärd, ist im Jahr 2016 81-jährig in Landskrona verstorben. Reuterswärd war mit etlichen Prominenten der Kulturwelt seiner Zeit befreundet, unter ihnen der existentialistische Philosoph Jean Paul Sartre, die Maler Francis Bacon und Salvador Dalí und der Ex-Beatle John Lennon. Dessen Ermordung im Dezember 1980 habe ihn, wie Reuterswärd selbst später erzählte, zu der Skulptur des verknoteten Revolvers unter dem Titel „Non Violence“ inspiriert. Der Künstler schuf drei Originale, die in der Gestaltung des Knotens jeweils leicht voneinander abweichen. Zwei davon kaufte vor 30 Jahren das Großherzogtum Luxemburg und schenkte eines den Vereinten Nationen.

Dass Reuterswärd mit Schröder zusammenkam, hatte mit dessen Heimatstadt Hannover zu tun, genauer gesagt, mit dem dortigen Sprengel-Museum. Dort war der schwedische Künstler seit 1986 ein gern gesehener Gast. Damals richtete das Museum die erste große Reuterswärd-Retrospektive aus, später noch zwei weitere Ausstellungen in den Jahren 1993 und 2008. Dank einer Schenkung des Künstlers verfügt das Haus seit 2013 über die bedeutendste Kollektion von Werken Reuterswärd's. Es fügte sich, dass die feierliche Enthüllung 2005 mitten in den namentlich vom Kanzler mit großer Leidenschaft ausgefochtenen Bundestagswahlkampf fiel. „Für wie blöd hält die Bundesregierung die Wähler, mit trivialpazifistischer Symbolik unter dem Deckmantel der Kunst auf Stimmengang zu gehen?“, wettete Steffen Kampeter (CDU). Politischer Widerspruch konnte sich auch später an der Skulptur entzünden. So stellten im Februar 2013 Friedensaktivisten einen überdimensionalen Revolver mit intaktem Lauf vor dem Kanzleramt auf, um gegen deutsche Waffenexporte zu protestieren. *Winfried Dolderer*

PERSONALIA

>Eckart Kuhlwein
Bundestagsabgeordneter 1976-1998, SPD

Eckart Kuhlwein vollendet am 11. April sein 80. Lebensjahr. Der Diplom-Volkswirt und Journalist aus Ammersbek/Kreis Stormarn trat 1965 der SPD bei und gehörte von 1973 bis 2003 dem Vorstand in Schleswig-Holstein an. Von 1971 bis 1976 war er dort Landtagsabgeordneter. Kuhlwein engagierte sich im Bundestag vorwiegend im Bildungsausschuss, an dessen Spitze er von 1990 bis 1994 stand. 1981/82 amtierte er als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesbildungsminister.

>Norman Paech
Bundestagsabgeordneter 2005-2009, Die Linke

Norman Paech begeht am 12. April seinen 80. Geburtstag. Der promovierte Jurist und Professor für öffentliches Recht, bis 2001 SPD-Mitglied, trat 2007 der Linken bei. Der außenpolitische Sprecher seiner Fraktion war Mitglied des Auswärtigen Ausschusses.

>Joschka Fischer
Bundestagsabgeordneter 1983-1985, Grüne, 1994-2006, Bündnis 90/Die Grünen

Am 12. April wird Joschka Fischer 70 Jahre alt. Der aus der außerparlamentarischen Bewegung der 1960er und 1970er Jahre hervorgegangene Politiker trat 1982 den Grünen bei, wurde rasch ihre bekannteste Persönlichkeit und repräsentierte in der Partei den realpolitischen Flügel. Von 1985 bis 1987 sowie von 1991 bis 1994 konnte er sich vor allem als hessischer Umweltminister in Szene setzen. Von 1994 bis 1998 war er Sprecher seiner Bundestagsfraktion. 1998 wurde Fischer Außenminister und behielt das Amt bis 2005. Im Jahr darauf zog er sich aus der Politik zurück.

>Manfred Reimann
Bundestagsabgeordneter 1983-1994, SPD

Am 14. April vollendet Manfred Reimann sein 90. Lebensjahr. Der Maschinenschlosser und Gewerkschaftsmitarbeiter aus Ludwigs- hafen trat 1957 der SPD bei, stand von 1983 bis 1990 an der Spitze der pfälzischen SPD und war zugleich von 1983 bis 1990 stellvertretender Vorsitzender in Rheinland-Pfalz. Reimann wirkte im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung mit.

>Thomas Klein
Bundestagsabgeordneter 1990, Vereinigte Linke/PDS

Am 14. April wird Thomas Klein 70 Jahre alt. Der promovierte Mathematiker, seit den 1970er-Jahren in der DDR-Opposition engagiert, zählte 1989 zu den Gründungsmitgliedern der Vereinigten Linken. Von März bis Oktober 1990 gehörte er der ersten frei gewählten Volkskammer und danach bis Dezember dem Bundestag an.

>Fritz-Joachim Gnädinger
Bundestagsabgeordneter 1969-1976, 1980-1983, SPD

Am 18. April wird Fritz-Joachim Gnädinger 80 Jahre alt. Der Staatsanwalt aus Konstanz schloss sich 1957 der SPD bei. 1967 trat er an die Spitze des dortigen Kreisverbands und gehörte von 1971 bis 1975 dem SPD-Landesvorstand Baden-Württemberg an. Gnädinger wirkte im Rechtsausschuss mit und amtierte von 1973 bis 1976 als dessen stellvertretender Vorsitzender.

>Gerd Jürgen Häuser
Bundestagsabgeordneter 1990, SPD

Am 18. April wird Gerd Jürgen Häuser 70 Jahre alt. Der Verwaltungsangestellte trat 1972 der SPD bei und gehörte dem Bezirksvorstand Hessen Süd an. Von 1979 bis 1983 war er Stadtrat in Butzbach und von 1981 bis 1992 Kreisratsmitglied. Im Bundestag gehörte Häuser dem Städtebauausschuss an.

>Ina Lenke
Bundestagsabgeordnete 1998-2009, FDP

Ina Lenke wird am 18. April 70 Jahre alt. Die Steuerfachangestellte aus Oyten/Kreis Verden trat 1974 der FDP bei, amtierte von 1994 bis 2002 als stellvertretende niedersächsische Landesvorsitzende und gehörte von 1997 bis 2003 dem FDP-Bundestagsvorstand an. Von 1991 bis 2005 war sie Kreisratsmitglied in Verden und von 1990 bis 1994 niedersächsische Landtagsabgeordnete. Im Bundestag saß Lenke im Familienausschuss.

>Frank Tiesler
Bundestagsabgeordneter 1990, CDU/CSU, Gast

Frank Tiesler vollendet am 20. April sein 80. Lebensjahr. Der promovierte Ethnologe trat 1990 der DSU in der DDR bei und gehörte von März bis Oktober der ersten frei gewählten Volkskammer und danach bis Dezember 1990 dem Bundestag an.

>Jürgen Grimming
Bundestagsabgeordneter 1975-1976, SPD

Jürgen Grimming wird am 23. April 80 Jahre alt. Der Leitende Angestellte aus Berlin trat 1962 der SPD bei und amtierte dort von 1967 bis 1969 als Juso-Vorsitzender. Grimming engagierte sich im Verkehrsausschuss sowie im Ausschuss für innersächsische Beziehungen. *brm*

Blick hinter die Kulissen Nordkoreas

W-FORUM Vortrag des Asien-Experten Hanns Günther Hilpert

Wie funktioniert Nordkorea? Einblicke in ein unbekanntes Land und Herrschaftssystem“ lautet das Thema eines Vortrags der Veranstaltungsreihe „W-Forum“ der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages am Donnerstag, 12. April. Es referiert Hanns Günther Hilpert, Leiter der Forschungsgruppe Asien in der Stiftung Wissenschaft und Politik. Das W-Forum wird ab 13 Uhr zeitversetzt im Internet auf www.bundestag.de und auf mobilen Endgeräten übertragen. Nordkorea löst mit seinen vom Machthaber Kim Jong Un spektakulär insze-

nierten Raketentests immer wieder internationale Diskussionen aus. Das Nuklearprogramm stellt eine Bedrohung für zahlreiche Länder in der Region und darüber hinaus dar. Dies hat zu vielfältigen diplomatischen Initiativen, Vermittlungsversuchen und schließlich zu Sanktionen der Vereinten Nationen geführt. Zuletzt gab es allerdings wieder Signale für Verhandlungsbereitschaft, gerade auch gegenüber den USA. Aber wie verhandelt man mit einem Staat, über den nur wenig bekannt ist? Nordkorea ist eines der am stärksten abgeschotteten Länder der Welt mit streng überwachten

Grenzen, gleichgeschalteten Medien und einem staatlich gelenkten, ideologisierten Bildungs- und Erziehungsbereich. Wie funktioniert ein Staatssystem, das freie Meinungsäußerung unterdrückt und massiv Feindbilder schürt? Mit welchen Mitteln wird versucht, der Bevölkerung trotz chronischer Versorgungsmängel die Überlegenheit des eigenen Systems zu suggerieren? Und wie sind die jüngsten Ansätze für Entspannung und Abrüstung zu beurteilen? Diesen Fragen soll im W-Forum nachgegangen werden. An den Vortrag schließt sich eine Diskussion an. *vom*

LESERPOST

Zur Ausgabe 13-14 vom 26. März 2018, »Die Strickerin: Anke Domscheit-Berg« auf Seite 2:

Die Aussage von Frau Domscheit-Berg „Ein Hotelzimmer kann man sich auf dem Bildschirm ansehen und buchen, aber einen Kita Platz findet man nicht im Internet“ ist nicht richtig. Sehr wohl gibt es einige Städte im Bundesgebiet, die genau das anbieten. Die Stadt Bochum zum Beispiel hat im Jahr 2017 das Kita-Portal eingerichtet. Eltern können sich im Internet über alle Angebote der Kita-Betreuung informieren (auch der freien Träger) und ihre Wunschrichtung per Internet benennen. Damit entfällt die aufwändige Suche nach einem Platz und die gleichzeitige Voranmeldung in unzähligen Einrichtungen. Das System ersetzt allerdings nicht das persönliche Gespräch. Soll es auch nicht, denn anders als bei der Buchung eines Hotelzimmers geht es hier um die Betreuung und Bildung eines Kindes, bei der die Zusammenarbeit zwischen den Eltern und dem pädagogischen Personal zum Wohle des Kindes nicht nur erwünscht, sondern auch erforderlich ist. Insofern ist der Vergleich Hotel = Kita eher populistischer Unsinn. Denn niemand kann ein Interesse daran haben, Kinder internetgestützt – aber völlig anonym – in eine Kita „einzubuchen“, in der sich diejenigen, die sich gemeinsam um das Kind kümmern sollen, nicht einmal kennengelernt haben. *Dolf Mehring, Leiter Jugendamt Bochum*

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 23. April.

SEITENBLICKE



leicht
erklärt!

Oster-Märsche

Demos für mehr Frieden auf der Welt



An Ostern gab es in ganz Deutschland wieder Oster-Märsche.

Im folgenden Text steht:

- Was ist ein Oster-Marsch?
- Wie sind die Oster-Märsche entstanden?
- Worum ging es bei den Oster-Märschen in diesem Jahr?

Was sind die Oster-Märsche?

Ein Oster-Marsch ist eine besondere Demo.

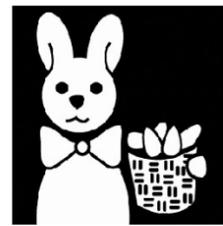
Bei einer Demo gehen viele Leute zusammen auf die Straße.

Denn:
Sie wollen sich beschweren.
Sie wollen laut sagen, was sie stört.
Und was sie sich wünschen.

Das schreiben sie zum Beispiel auf große Plakate.

Oder sie schreiben es auf Zettel.

Und die Zettel verteilen sie dann.



Die Oster-Märsche finden jedes Jahr um Ostern herum statt.

Und zwar in sehr vielen Städten in ganz Deutschland.

Oft geht ein Oster-Marsch über mehrere Tage.

Und die Menschen laufen dabei eine sehr weite Strecke.

Einen sehr langen Spaziergang nennt man auch einen Marsch.

Daher haben die Demos den Namen: Oster-Märsche.

Bei den Oster-Märschen geht es um verschiedene Themen.

Eins haben sie aber alle gemeinsam:

Die Menschen auf den Demos wollen mehr Frieden auf der Welt.

Weniger Kriege.

Und weniger Gewalt.



Wie sind die Oster-Märsche entstanden?



Die Oster-Märsche sind vor 60 Jahren entstanden.

Damals herrschte auf der Welt eine große Streiterei.
Man nannte sie: Den Kalten Krieg.

Der Kalte Krieg war vor allem zwischen zwei großen Ländern.

Das eine Land waren die USA.

Das andere Land hieß Sowjet-Union.

Dieses Land gibt es heute nicht mehr.
Es ist vor ungefähr 30 Jahren in viele verschiedene Länder zerfallen.

Das größte von diesen Ländern ist Russland.

Die USA und die Sowjet-Union hatten auch noch andere Länder als Partner.



Zu den USA hielten zum Beispiel:

- die Bundes-Republik Deutschland
- Großbritannien
- Frankreich
- Die meisten anderen Länder im Westen von Europa.

Zur Sowjet-Union hielten zum Beispiel:

- die DDR
- Polen
- Ungarn
- Die meisten anderen Länder im Osten von Europa.

Der Kalte Krieg betraf also sehr viele Länder.
Das war ein Grund, warum er so gefährlich war.

Der Kalte Krieg hatte eine Besonderheit.



Die USA und die Sowjet-Union kämpften nicht direkt mit Waffen gegeneinander.
So wie man das von vielen anderen Kriegen kennt.



Aber: Die Sowjet-Union, die USA und einige von ihren Partnern hatten Atom-Bomben.

Das sind besondere Bomben.
Sie sind viel gefährlicher als normale Bomben.
Denn: Sie können sehr viele Menschen gleichzeitig töten.

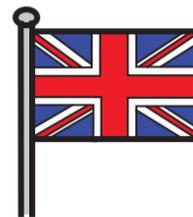
Mit den Atom-Bomben haben sich die USA und die Sowjet-Union gegenseitig bedroht.

Viele Menschen hatten Angst, dass sie die Atom-Bomben irgendwann tatsächlich benutzen.

Erster Oster-Marsch

Darum entstand die Idee für einen Oster-Marsch.

Und zwar in Groß-Britannien.



Das Land war ja ein Partner von den USA.
Und es besaß auch Atom-Bomben.

Der erste Oster-Marsch dort war im Jahr 1958.

Er begann in London.

Und er ging zu einem Dorf mit dem Namen Aldermaston.
Es liegt ungefähr 80 Kilometer von London entfernt.

Dort werden die britischen Atom-Bomben entwickelt.

Der Oster-Marsch ging 4 Tage lang.
Am Anfang waren etwa 10-Tausend Menschen dabei.
Davon haben 700 bis zum Ende durchgehalten.



Ihr Wunsch war:
Groß-Britannien sollte seine Atom-Bomben abschaffen.

Danach gab es jedes Jahr Oster-Märsche in Groß-Britannien.

Der erste Oster-Marsch in Deutschland

Auch in Deutschland hatten die Menschen Angst vor den Atom-Bomben.

Darum fand man die Idee aus Groß-Britannien gut. Man wollte auch hier Oster-Märsche machen.

Der erste war dann im Jahr 1960.

Damals machten etwa 1000 Menschen mit.

Sie liefen in folgenden Städten los: Bremen, Hamburg, Braun-Schweig und Hannover.

Ihr Ziel war eine Stadt mit dem Namen Bergen im Bundes-Land Nieder-Sachsen.

Genauer: Ein Truppen-Übungs-Platz. Das ist ein Gelände, auf dem man Soldaten ausbildet.

Bei dem Oster-Marsch ging es um Folgendes:

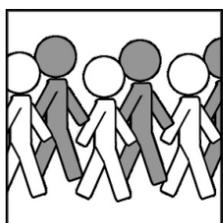


Auf dem Truppen-Übungs-Platz gab es Raketen. Raketen, auf die man Atom-Bomben bauen wollte.

Und gegen diese Raketen haben die Menschen damals die Demo gemacht.

Weitere Oster-Märsche

In den folgenden Jahren gab es immer mehr Oster-Märsche. Und es kamen immer mehr Menschen.



1964 waren es schon 100-Tausend Menschen.

1967 waren es 150-Tausend.

1968 waren es 300-Tausend.

Es ging auch um immer mehr Themen. Nicht nur um Atom-Bomben.

Es ging auch um:

- Das Ende von Kriegen auf der Welt
- Länder sollten auf Waffen verzichten
- Guter Umgang zwischen verschiedenen Ländern

Oster-Märsche in den Jahren ab 1980

Ab dem Jahr 1969 war die Situation zwischen den USA und der Sowjet-Union entspannter.

Darum hatten die Menschen nicht mehr so viel Angst vor dem Kalten Krieg.

Es kamen weniger Leute zu den Oster-Märschen.

Das änderte sich um das Jahr 1980 herum wieder.

Die Sowjet-Union stellte wieder mehr Atom-Bomben in Ost-Europa auf.

Und die USA in West-Europa. Vor allem in der Bundes-Republik Deutschland.



Die Menschen machten sich wieder Sorgen wegen der vielen Waffen.

Sie wollten etwas dagegen unternehmen.

Und eine Möglichkeit waren die Oster-Märsche.

Zu ihnen kamen jetzt wieder viel mehr Menschen.

Oster-Märsche in den letzten Jahren

Im Jahr 1991 war der Kalte Krieg zu Ende.

Die Gefahr war also plötzlich verschwunden.

Viele Leute hatten darum kein Interesse mehr an den Oster-Märschen.

Es gab sie zwar immer noch. Aber es kamen viel weniger Leute.

Nur in manchen Jahren war das Interesse etwas größer.

Vor allem, wenn es auf der Welt einen Krieg gab.

Oder Schwierigkeiten zwischen Ländern.

Und wenn Deutschland etwas damit zu tun hatte.

Oster-Marsch 2018



Seit dem Jahr 2013 machen wieder jedes Jahr etwas mehr Menschen bei den Oster-Märschen mit.

So war es auch in diesem Jahr. Genaue Zahlen gibt es nicht. Aber es waren wohl über 10-Tausend.

Die Veranstalter sagen:

Bei vielen Veranstaltungen waren doppelt so viele Leute wie letztes Jahr.

Im Moment gibt es viele Probleme auf der Welt.

Zum Beispiel Kriege oder Streitereien zwischen Ländern.

Dagegen wollen die Leute vielleicht etwas tun.

Beschwerden und Wünsche

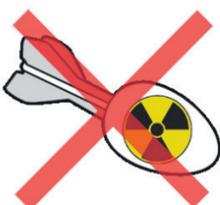


Auch in diesem Jahr haben sich die Menschen über verschiedene Dinge beschwert.

Und sie haben sich Dinge gewünscht.

Hier ein paar Beispiele:

Keine Atom-Bomben



Wie schon immer waren viele Menschen auf den Demos auch dieses Jahr gegen Atom-Bomben.

Sie wollen eine Welt, auf der kein Land Atom-Bomben besitzt.

Weniger Ausrüstung für Krieg



Ein anderer Wunsch war: Die Länder sollen einen Teil von ihren Soldaten abschaffen.

Und auch von ihren Waffen.

Und von ihrer Ausrüstung für den Krieg.

Weniger Geld für Soldaten



Oft fordern die Menschen auf den Demos auch:

Deutschland soll weniger Geld für Soldaten und für Ausrüstung für den Krieg ausgeben.

Stattdessen sollen mit dem Geld Projekte bezahlt werden.

Und zwar Projekte für den Frieden.

Keine Waffen verkaufen

Ein wichtiges Thema sind auch Waffen-Verkäufe.

Das bedeutet: Firmen aus einem Land verkaufen Waffen an andere Länder.



Die Menschen auf den Demos finden: Deutsche Firmen sollten keine Waffen an andere Länder verkaufen dürfen.

Keine Bundes-Wehr im Ausland

Die Bundes-Wehr sind die Soldaten von Deutschland.

Sie ist dafür da, Deutschland zu verteidigen.

Im Ausland hilft sie bei großen Unglücken.

Zum Beispiel bei Erdbeben oder Überflutungen.

Außerdem erledigt die Bundes-Wehr auch andere Aufgaben im Ausland.

Dabei geht es darum, den Frieden in diesen Ländern zu sichern.

Bei diesen Aufträgen kann es aber auch zu Waffen-Gewalt kommen.



Viele Demonstranten fordern: Darum soll die Bundes-Wehr solche Aufträge nicht mehr machen.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



Nachrichtenwerk

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture alliance / NurPhoto, Fotograf: Alexander Pohl. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 15-16/2018
Die nächste Ausgabe erscheint am 23. April 2018.